

Beteiligungsbericht 2009



Vogelsbergkreis

IMPRESSUM

Herausgeber:	Kreisausschuss des Vogelsbergkreises Goldhelg 20 36341 Lauterbach Telefon 06641 / 977-0
Ansprechpartner:	Landrat Rudolf Marx
Redaktion:	Dr. Eckhard Köhler-Hälbig, Hannelore Greb (Amt für Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung und Naturschutz)
Druck:	Vogelsbergkreis
Stand:	31. Dezember 2008

Vorwort



Der Vogelsbergkreis hat zu Beginn des Jahres 2007 den ersten Beteiligungsbericht nach Änderung der Hessischen Gemeindeordnung im Jahr 2005 erstellt. Entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur jährlich aktualisierten Vorlage legen wir mit dem vierten Beteiligungsbericht gegenüber den politischen Gremien und der Bevölkerung Rechenschaft über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Beteiligungen zum Stichtag 31.12.2008 ab.

Der Bericht geht dabei wiederum deutlich über den gesetzlich vorgegebenen Umfang hinaus. Es sind alle Beteiligungen aufgenommen und abgebildet worden.

Der politische Steuerungsanspruch gründet letztlich auf umfassenden und zeitnahen Informationsfluss. Es war unser Ziel, mit der Vorlage des vierten Beteiligungsberichtes, die Jahreskennzahlen unserer Beteiligungen zum 31.12.2008 noch im Jahr 2009 im Bericht abzubilden und den Kreisgremien vorzulegen.

Leider lagen bis zum 31.01.2010 die doppelten Abschlüsse des Wasserverbandes Schwalm und des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis nicht vor. Um die Vorlage des Beteiligungsberichtes nicht weiter zu verzögern, sind für beide Verbände die Zahlen aus dem Beteiligungsbericht 2008 noch einmal aufgeführt.

Ich hoffe, dass auch dieser Beteiligungsbericht großes Interesse findet und als Informationsgrundlage in Sachen Beteiligungen des Kreises genutzt wird.

Der Beteiligungsbericht 2009 wird den Mitgliedern der politischen Gremien des Kreises (auch aus Kostengründen) auf CD-Rom zur Verfügung gestellt.

Wie bisher ist er als PDF-Datei im Internet abrufbar unter

www.vogelsbergkreis.de → Themen → Beteiligungsbericht.

Für etwaige Rückfragen oder weitergehende Erläuterungen stehen in der Kreisverwaltung Herr Dr. Köhler-Hälbig, Tel.: 06641/977-271 oder Frau Greb, Tel.: 06641/977-270 zur Verfügung. Bei Frau Greb sind ggf. gewünschte Druckversionen abholbar.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Marx'.

(R. Marx)
Landrat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Herrn Landrat Marx

Seite

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)	1
1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung	1
1.2 Beteiligungsbegriff	4
1.3 Rechts- und Organisationsformen	5
1.4 Beteiligungscontrolling	7
1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung	8

Übersicht über die Beteiligungen des Vogelsbergkreises	10
---	----

Verkehr und Versorgung

➤ Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	13
➤ Wasserverband Nidda	30
➤ Wasserverband Schwalm	35
➤ Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (plus Beteiligungen)	41
➤ Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	55

Entsorgung

➤ Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	64
---	----

Soziale Angelegenheiten und Gesundheit

- NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH 68
- Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH 76

Freizeit, Sport, Erholung, Natur

- Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg 91

Kultur, Bildung, Ausbildung

- Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. 100

Wirtschaftsförderung, Tourismus, Kreditinstitute

- Vogelsberg Consult - Gesellschaft für Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH 105
- Region Vogelsberg Touristik GmbH 114
- Sparkasse Oberhessen 124

Sonstige Beteiligungen und Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden 142

Urheberrechte

1. Allgemeines (Grundsätzliche Informationen)

1.1 Kommunalrechtliche Voraussetzungen einer Beteiligung

Das Grundgesetz sichert im Artikel 28 Abs. 2 den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der **kommunalen Selbstverwaltung** räumt den Kommunen eigenständige Hoheitsrechte in den Bereichen Personal, Finanzen und Vermögen sowie Organisation ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 31. Januar 2005 hat der hessische Landtag wichtige Neuregelungen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung beschlossen.

Wesentlich verändert wurden insbesondere die §§ 121/122 HGO.

Weil mit der Novellierung die Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen enger gezogen werden, sind beide Paragraphen nachfolgend aufgeführt:

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) ¹Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

²Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2) ¹Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

²Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

- (3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.
- (4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.
- (5) ¹Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
 2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.
- (6) ¹Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten.
- ²Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist.
- ³Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.
- (7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.
- (8) ¹Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. ²Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
 2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und

3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

³Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) ¹Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

²Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) ¹Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

²Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) ¹Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft.

²Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

- (4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen § 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.
- (5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.
- (6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

Nach § 123a HGO besteht nunmehr seitens der Kommune die Verpflichtung jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen vorzulegen zur Unterrichtung der Gemeindevertretung/ des Kreistages und der Öffentlichkeit.

Entgegen den in § 123a Abs. 2 HGO definierten Mindestanforderungen an den Beteiligungsbericht hat der Vogelsbergkreis sich entschlossen, ein bewusst weiten Beteiligungsbegriff zu wählen und einen umfassenden Überblick über alle Beteiligungen zu erarbeiten und vorzulegen.

Der Beteiligungsbericht wird dem Kreisausschuss vorgelegt, in öffentlicher Sitzung des Kreistages erörtert und öffentlich ausgelegt.

1.2 Beteiligungsbegriff

Der rechtliche Beteiligungsbegriff nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften definiert diesen als *„Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jenen Unternehmen zu dienen“*.

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO) spricht im § 121 von „Beteiligungen an Unternehmen“. In § 126 HGO sind allerdings bereits Formulierungen zu finden, die den Begriff auf „Beteiligungen an anderen privatwirtschaftlichen Vereinigungen“ ausweitet.

Eine Beschränkung des Beteiligungsbegriffes auf „Unternehmen“ als Grundlage für diesen Bereich hätte u.E. die tatsächliche Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Kreises nur unzureichend dokumentiert.

In diesem Bericht haben wir deshalb den Beteiligungsbegriff bewusst weit gefasst. Wir haben alle maßgeblichen Unternehmen, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine aufgenommen, die außerhalb des Kreishaushaltes eine eigene Buchführung haben und an denen der Kreis

beteiligt ist, ohne dass dies zugleich eine abschließende Aussage zur kreispolitischen Verantwortung oder Einflussnahme zulässt. Das wäre zumeist nur sehr schwierig und im Einzelfall zu beschreiben.

Währenddessen einzelne Beteiligungen durch Gewinnausschüttungen oder Defizitausgleich auf den ersten Blick erkennbar finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben, basieren andere Beteiligungen mehr auf einer gesellschaftspolitischen Einflussnahme als auf einem vordergründigen tatsächlichen (betriebs-)wirtschaftlichen Nutzen.

Wir wollen mit unserer weit gefassten Darstellung einen ersten umfassenden Überblick über das Spektrum der Beteiligungen des Vogelsbergkreises ermöglichen.

Dieser Bericht richtet sich in erster Linie an die Zielgruppe der Parlamentarier/innen. Wir haben ihn daher bewusst nicht nach Betriebsformen (GmbH, AG, Eigenbetriebe etc.), sondern nach Politikfeldern gegliedert.

Wir hoffen, hiermit einen besseren Zugang zu ermöglichen.

1.3 Rechts- und Organisationsformen

Die Rechtsordnung stellt den Unternehmungen eine große Anzahl von Rechtsformen (Unternehmensformen) zur Verfügung und überlässt es in der Regel den Eigentümern oder Gründern, die Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform nach betriebswirtschaftlichen, steuerlichen oder anderen Gesichtspunkten zu treffen.

Durch den in § 122 HGO geregelten weitgehenden Ausschluss der öffentlichen Hand als **Vollhafter** reduzieren sich die Möglichkeiten auf die Rechts- und Organisationsformen Eigenbetrieb, GmbH, AG, rechtlich selbständige Anstalt, Zweckverband (ZV), Genossenschaft, eingetragener Verein (e.V.).

Eigenbetrieb:

Der Eigenbetrieb ist ein wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Grundlage Eigenbetriebsgesetz). Hinsichtlich seiner Organisation und Wirtschaftsführung ist dieses Unternehmen verselbstständigt, d.h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt. Organe des Eigenbetriebs sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich ist es aus dem Gesamtvermögen des Kreises heraus genommen. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH):

Die GmbH gehört zur Gruppe der Kapitalgesellschaften. Sie ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Die Gesellschafter haften nicht mit ihrem Gesamtvermögen, sondern nur in

Höhe ihres Stammkapitalanteils. Es besteht somit eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist fakultativ, bei Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung wegen § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO jedoch die Regel.

Im Zuge sog. Outsourcingprozesse (Ausgliederung kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung) kommt diese Rechtsform im kommunalen Beteiligungsbereich mittlerweile häufig vor, u.a. auch deswegen, weil das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume eröffnet (z.B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien (Anteilscheine) zerlegtes Grundkapital aufweist. Gesellschafter (Aktionär) wird man durch Erwerb eines Aktienstückes (Mitgliedschaftsurkunde). Aktionäre sind also an einem Teil des Grundkapitals beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der AG sind der Vorstand, der Aufsichtsrat (als Repräsentanten der Anteilseigner) und die Hauptversammlung.

Seit dem Inkrafttreten des Bilanzrichtliniengesetzes bestehen keine Unterschiede mehr in den Rechnungslegungs-, Prüfungs- und Publizitätsvorschriften für Kapitalgesellschaften (GmbH, AG). Dies führt u.a. dazu, dass die AG (im Vergleich zur GmbH) sich wachsender „Beliebtheit“ auch bei Betrieben mittlerer Größenordnung erfreut.

Rechtlich selbstständige Anstalt:

Die rechtlich selbstständige Anstalt kann von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gelten. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt, und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Landrat) ist. Die kommunale Gebietskörperschaft haftete in der Vergangenheit als Gewährträger unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der ihr zugehörigen Sparkasse (§ 3 Sparkassengesetz). Dementsprechend wurde die Selbstständigkeit des Vorstandes durch den Verwaltungsrat und die Aufsicht bzw. Einflussnahme des Gewährträgers eingeschränkt.

Durch die von der EU-Kommission ausgelösten Veränderungen (Brüsseler Verständigung über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Landesbanken und Sparkassen vom 17. Juli 2001) wurde der Vogelsbergkreis von seiner Gewährträgerhaftung befreit; die Sparkasse haftet zukünftig für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen, der Vogelsbergkreis wird sukzessive aus seiner Gewährträgerhaftung entlassen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.12.2002 die Änderung der Satzung beschlossen (KT VIII/145). Sie ist gemäß § 5 Abs. 3 der Hess. Landkreisordnung am 29.12.2002 in Kraft getreten.

Zweckverband:

Der Zweckverband ist ein Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden, der der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner/bestimmter kommunaler Aufgaben dient. Er ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und verwaltet seine Angelegenheit in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Verbandsvorstand und die Verbandsversammlung.

Wasser- und Bodenverbände:

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, bei denen nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazu gehören.

Genossenschaft:

Die Genossenschaft ist eine Gesellschaft, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezweckt. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe Genossen im Insolvenzfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Charakteristisch für die Genossenschaft ist, dass sie keinen eigenen wirtschaftlichen Zweck verfolgt, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern will.

Eingetragener Verein (e.V.):

Der Verein ist ein auf Dauer angelegter freiwilliger Zusammenschluss von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit wird durch Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht erlangt.

1.4 Beteiligungscontrolling

Vor allem ausgelöst durch die Finanzprobleme der öffentlichen Hand hat bundesweit eine allgemeine Diskussion über die Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt. Ebenso ist im Zuge der Verwaltungsmodernisierung ein Trend zur Ausgliederung öffentlicher Aufgaben in selbstständige Betriebs- und Rechtsformen zu verzeichnen, um öffentliche Aufgaben effektiver und effizienter wahrzunehmen. Darüber hinaus gibt es eine lang anhaltende Diskussion, welche Aufgaben „öffentlichen Charakter“ haben, welche „freiwilliger Art“ sind und aus welchen Bereichen sich der Staat zurückziehen und sie dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen sollte.

Auch der Vogelsbergkreis hat zahlreiche Beteiligungen, z.T. historisch gewachsen als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge (Wasser, Energie, Krankenhaus) oder z.T. jüngeren

Datums auf der Basis gewollter Einflussnahme in wichtigen Feldern (Touristik, Regionalentwicklung).

Aufgrund seiner Eigentümerstellung und der erheblichen finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt ergibt sich für den Vogelsbergkreis die Notwendigkeit zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen sowie der kritischen Reflexion, welche Einzelbeteiligungen dauerhaft als „quasi öffentliche Aufgabe“ anzusehen sind.

Gemäß § 121(7) HGO haben die Gemeinden (der Kreis) mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Aufgaben des § 121(1) HGO erfüllt.

Mit der Vorlage des Beteiligungsberichtes 2008 als Tagesordnungspunkt der Kreistagssitzung am 12.12.2008 hat der Kreistag gleichzeitig diese Prüfung vorgenommen.

Mit der vom Kreisausschuss am 02.10.2008 beschlossenen „Beteiligungsrichtlinie“ wurden die organisatorischen Voraussetzungen für ein Beteiligungscontrolling geschaffen.

Das Beteiligungscontrolling besteht neben der „Politikberatung“ insbesondere in der interdisziplinären Zusammenarbeit beteiligungsrelevanter Querschnittsämter (Hauptamt, Amt für Finanzen, Amt für Beteiligungscontrolling).

Eine Bündelungsfunktion und damit die Zuständigkeiten für

- Grundsatzfragen der Beteiligungspolitik,
- finanz- und haushaltswirtschaftliche Querschnittsaufgaben,
- Grundsatzangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Gesellschafterrechten (Beratungsfunktion),
- Grundsatzfragen der Organisation und Struktur der Beteiligungen
- Beratung und Unterstützung der Fachämter bei der Verwaltung von Beteiligungen

sind im Amt für CFWN (Beteiligungscontrolling, Kommunale Finanzaufsicht, Wirtschaftsförderung und Naturschutz) konzentriert.

1.5 Erklärungen zur Rechnungslegung

Die Zweckverbände, Gesellschaften, etc., an denen der Vogelsbergkreis Beteiligungen hat, erstellen ihren **Jahresabschluss** unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches. Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden.

Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

Bilanz:

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva).

Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. **Aktiva** sind danach die der

Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), **Passiva** sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite - Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen. Das **Anlagevermögen** stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum **Umlaufvermögen** zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden wie z.B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Auf der Passivseite - Mittelherkunft - werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten dargestellt. Unter der Position **Eigenkapital** sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z.B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder -verlust des Vorjahres. **Rückstellungen** sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z.B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der **Verbindlichkeiten** werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt sind, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferung und Leistungen etc.

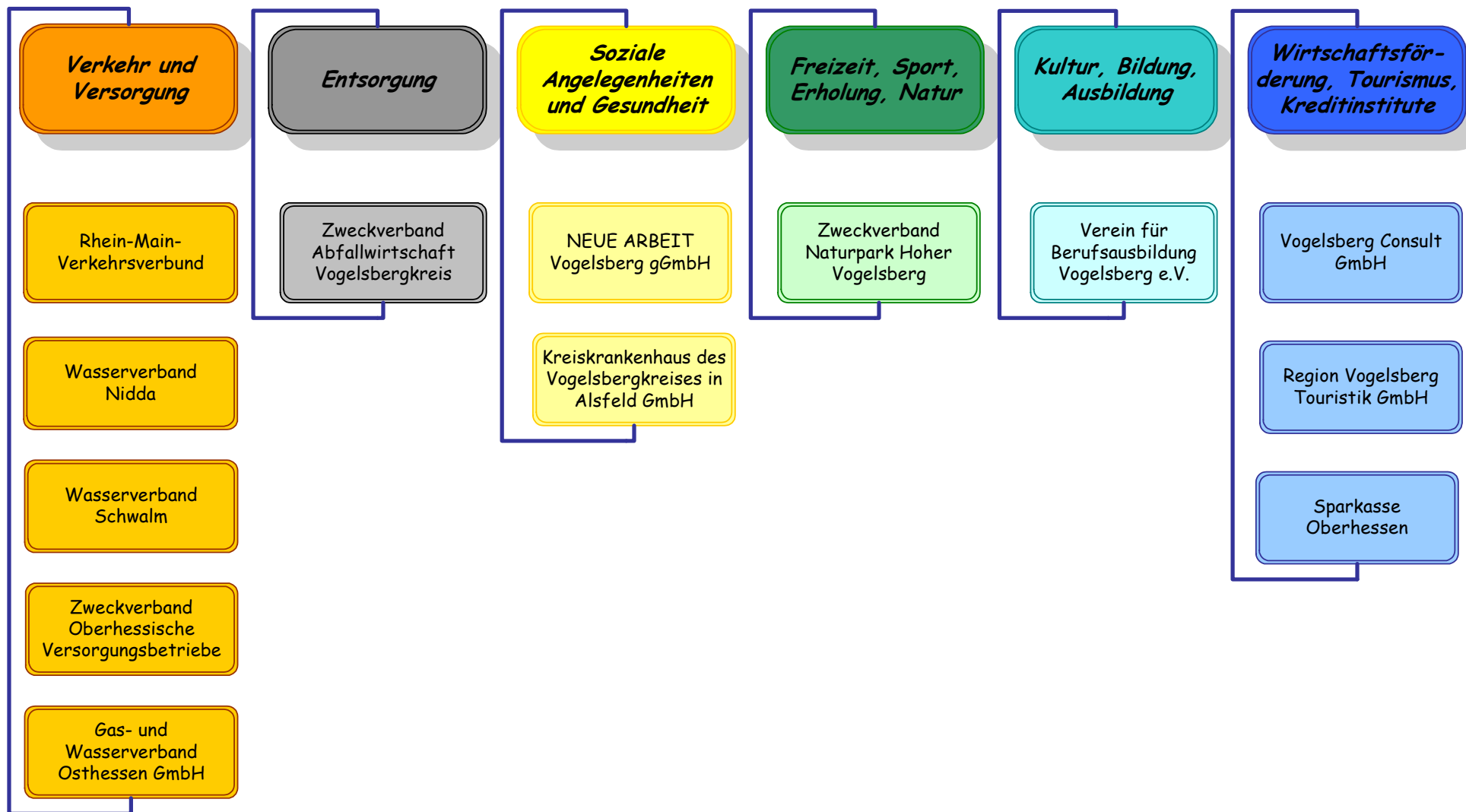
Gewinn- und Verlustrechnung (GuV):

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögensnachweis - besonders der Schuldennachweis - im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV - auch Erfolgsrechnung genannt - dar.

Die Darstellung der GuV erfolgt im vorliegenden Beteiligungsbericht reduziert auf wesentliche Positionen.

Das **Betriebsergebnis** liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im **Finanzergebnis** sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das **gewöhnliche Geschäftsergebnis** ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das **außerordentliche Ergebnis** den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i.d.R. ungewöhnlich hoch sind, wie z.B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das **Jahresergebnis** - Jahresüberschuss oder -fehlbetrag - ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

Beteiligungen des Vogelsbergkreises



Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	Anrede	Vorname	Nachname
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	Alte Bleiche 5	65719 Hofheim am Taunus	06192 / 294-0 06192 / 294-900	rmv@rmv.de www.rmv.de	Herr	Volker	Sparmann
Wasserverband Nidda	Leonhardstr. 7	61169 Friedberg	06031 / 83 7100 06031 / 83-7104	wv-nidda@wetteraukreis.de	Herr	Stefan	Schulz
Wasserverband Schwalm	Parkstr. 6	34576 Homberg / Efze	05681 / 775-205 05681 / 775-207	info@wasserverband-schwalm.de www.wasserverband-schwalm.de	Herr	Peter	Kugler
Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe	Hanauer Str. 9-13	61169 Friedberg	06031 / 82-0 06031 / 82-1306	info@zov.de www.zov.de	Herr	Rainer	Schwarz
Gas- und Wasserversorgung Osthessen (GWV) GmbH	Rangstr. 10	36043 Fulda	0661 / 299-0 0661 / 299-119	post@gwv-fulda.de www.gwv-osthessen.de	Herr	Dr. Peter	Szepeanek
Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis	Eselswörth 23	36341 Lauterbach	06641 / 9671-0 06641 / 9671-20	info@zav-online.de www.zav-online.de	Herr	Dr. Hansjörg	Fuchs
NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH	Altenburger Str. 40	36304 Alsfeld	06631 / 9641-0 06631 / 9641-41	info@neue-arbeit-vb.de www.neue-arbeit-vb.de	Herr	Christoph	Geist
Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH	Schwabenröder Str. 81	36304 Alsfeld	06631 / 98-0 06631 / 98-1118	info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de	Herr	Henner	Häfner

Einrichtung	Straße	PLZ / Ort	Telefon / Fax	Mail/Homepage	An-rede	Vorname	Nachname
Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg	Karl-Weber-Str. 2	63679 Schotten	06044 / 2631 06044 / 987465	naturparkvogelsberg@t-online.de www.natpa.de	Herr	Rudolf	Heuchert-Frischmuth
Verein Berufsausbildung Vogelsberg e.V.	Goldhelg 20	36341 Lauterbach	06641 / 977-331 06641 / 977-5317	vfb@vogelsbergkreis.de	Herr	Erich	Bloch
Vogelsberg Consult GmbH	Am Schlossberg 32	36304 Alsfeld	06631 / 9616-0 06631 / 96 16-16	info@vogelsberg-consult.de www.vogelsberg-consult.de	Herr	Thomas	Schaumberg
Region Vogelsberg Touristik GmbH	Vogelsbergstr. 137a	63679 Schotten	06044 / 964848 06044 / 964849	info@vogelsberg-touristik.de www.vogelsberg-touristik.de	Frau	Uta	Nebe
Sparkasse Oberhessen	Kaiserstr. 155	61169 Friedberg	06031 / 86-0 06031 / 86-128	info@sparkasse-oberhessen.de www.sparkasse-oberhessen.de	Herr	Günter	Sedlak

Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim am Taunus

Tel.: 06192 / 294-0 - Fax: 06192 / 294-900

E-Mail: rmv@rmv.de

Internet: www.rmv.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

- regionaler Schienenpersonennahverkehr (SPNV),
- regionaler Buspersonennahverkehr (BPNV),
- Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation,
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- integriertes Plandatensystem.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

öffentlicher Personennahverkehr

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1994

Anteile in %: 3,7 %

§ 121 (2) 1 Wirtschaftliche Betätigung:

öffentlicher Personennahverkehr

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Petra Roth - Vorsitzende	Alfred Jakoubek
André Kawai - stellv. Vorsitzender	Bernd Woide
Klaus-Peter Güttler	Siegfried Fricke
Dr. Walter Arnold	Enno Siehr
Klaus Feuchtinger	Ulrich Krebs
Birgit Simon	Wolfgang Schuster
Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös	Manfred Michel
Dr. Ursula Jungherr	Berthold R. Gall
Gerhard Möller	Dr. Karsten McGovern
Thomas Rausch	Horst Schnur
Axel Weiss-Thiel	Peter Walter
Egon Vaupel	Burkhard Albers
Ernst Peter Layer (bis 09.09.2008)	Rolf Gnadl (bis 30.06.2009)
Silke Klinger (ab 10.09.2008)	Joachim Arnold (ab 01.07.2008)
Wolfram Dette	Rudolf Marx

Beirat:

Dr. Thomas Kortenhaus	Reinhard Bayer
Wolfgang Holzhausen	Michael Takatsch
Dr. Klaus Vornhusen	Norbert Schüren
Ernst Kleinwächter	Werner Siebert
Peter Berking	Klaus Gürsch
Verena diPasquale	Karlheinz Betz
Peter Kynast (bis 30.09.2008)	Reinhold Bickelhaupt
Bernd Oleynik (ab 01.10.2008)	
Dr. Hans-Peter Debling	Matthias Altenhein
Dr. Frank Wendzinski	Dipl.-Verw. Thomas Fiedler
Bernhard Mundschenk	Michael Holla
Dr. Georg Friedrich	Armin Klein
Michael Ackermann	Christian Sommer
Peter Bickel	Wolfgang Fechter
Karl-Heinz Holub	Dieter Mohn
Doris Weiland	Reinhold Hasselbächer
Hans-Jörg von Berlepsch	Volker Rahm
Gunther Rebahl	Ralf Scholz
Volker Lampmann	Heinz-Konrad Debus
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Bier-Kruse	Peter Krämer
Dipl.-Ing. Uwe Cramer	Jürgen Hoffmann
Stefan Burghardt	Eckhard Bernstorff
Horst Freund	Gerd Mehler - Vorsitz
Norbert Witzel	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr

Geschäftsführung: Volker Sparmann (Sprecher der Geschäftsführung)
 Hansjörg Röhrich (Geschäftsführer bis 31.03.2008)
 Knut Ringat (Geschäftsführer ab 01.04.2008))

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 30.06.1994
Gesellschaftsvertrag: 04.07.1991, geändert am 30.06.1994
Handelsregister: Frankfurt, HRB 34128
Stammkapital: 690.244,04 €
Beteiligungen: Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft GmbH (rms) 100 %
 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH, 100 %
 Zentrum f. integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV), 32,52 %
 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG, Köln, 11,11 %
 cosmobil Projektmanagementgesellschaft mbH i.L., 22,50 %
 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH, Köln, 0,65 %
 RTW Planungsgesellschaft mbH, 33,33 %

Gesellschafter:

Land Hessen	Stadt Marburg	Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Darmstadt	Stadt Rüsselsheim	Main-Kinzig-Kreis
Stadt Frankfurt am Main	Stadt Wetzlar	Main-Taunus-Kreis
Stadt Offenbach am Main	Landkreis Darmstadt-Dieburg	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Stadt Wiesbaden	Landkreis Fulda	Odenwaldkreis
Stadt Bad Homburg v.d.H.	Landkreis Gießen	Landkreis Offenbach
Stadt Fulda	Landkreis Groß-Gerau	Rheingau-Taunus-Kreis
Stadt Gießen	Hochtaunuskreis	Vogelsbergkreis
Stadt Hanau	Lahn-Dill-Kreis	Wetteraukreis

Stammeinlagen:

Die Geschäftsanteile werden mit jeweils 25.564,59 € je Gesellschafter zum Bilanzstichtag gehalten.

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2008 €	2007 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. EDV-Software	1.760.320,00	1.545.951,00
2. Geleistete Anzahlungen	355.650,00	474.512,00
	2.115.970,00	2.020.463,00
II. Sachanlagen		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	496.333,00	403.736,00
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	725.568,31	637.718,90
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	6.639,01
3. Beteiligungen	37.500,00	50.000,00
	763.068,31	694.357,91
Summe Anlagevermögen	3.375.371,31	3.118.556,91
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	14.991,63	757.041,09
2. Sonstige Vermögensgegenstände	17.308.342,53	11.106.739,62
	17.323.334,16	11.863.780,71
II. Sonstige Wertpapiere	704.056,00	1.604.217,90
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	758.767,00	3.267.553,23
Summe Umlaufvermögen	18.786.157,16	16.735.551,84
C. Rechnungsabgrenzungsposten	492.828,74	383.722,01
Summe Aktiva	22.654.357,21	20.237.830,76

PASSIVA

	2008 €	2007 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	690.244,04	690.244,04
II. Andere Gewinnrücklagen	1.481.385,80	1.481.385,80
Summe Eigenkapital	2.171.629,84	2.171.629,84
B. Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	3.375.371,31	3.118.556,91
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	4.445.021,00	3.636.445,00
2. Sonstige Rückstellungen	5.262.449,96	5.030.827,13
Summe Rückstellungen	9.707.470,96	8.667.272,13
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.805.760,13	3.598.157,51
2. Verbindlichkeiten aus Projektfinanzierungen	3.848.876,31	1.922.944,26
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	326.119,85	346.174,28
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	49.147,00	72.054,50
5. Sonstige Verbindlichkeiten	327.984,37	316.506,39
Summe Verbindlichkeiten	7.357.887,66	6.255.836,94
E. Rechnungsabgrenzungsposten	41.997,44	24.534,94
Summe Passiva	22.654.357,21	20.237.830,76

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Erträge aus Beiträgen der kommunalen Aufgabenträger	2.404.115,68	2.442.631,57
2. Erträge aus Zuwendungen des Landes Hessen	<u>25.062.899,20</u>	<u>24.327.013,82</u>
3. Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	27.467.014,88	26.769.645,39
4. Erträge aus Projektzuwendungen	4.255.523,34	2.419.656,32
5. Sonstige betriebliche Erträge	1.488.211,38	816.751,56
6. Zuführung zu Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	-1.451.208,60	-1.484.307,38
7. Materialaufwand Aufwendungen für projektbezogene Leistungen	-18.024.264,29	-16.011.938,87
8. Personalaufwand a) Löhne und Gehälter	-7.407.487,67	-6.782.184,22
b) Soziale Abgaben u. Aufwendungen f. Altersversorgung	-2.563.105,57	-1.814.555,81
	<u>-9.970.593,24</u>	<u>-8.596.740,03</u>
9. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.194.394,20	-1.291.139,36
10. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	1.194.394,20	1.291.139,36
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.496.514,63	-5.226.467,85
12. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	141.667,90	746.411,88
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	752.869,25	593.128,99
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	-19.440,56
15. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-160.139,99	0,00
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-4.576,45</u>
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.566,00	2.123,00
18. Sonstige Steuern	<u>-2.566,00</u>	<u>-2.123,00</u>
19. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: (Jahresdurchschnitt)	<u>2008</u> 132	<u>2007</u> 127
---	--------------------	--------------------

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 0,00 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Aufgabenwahrnehmung öffentlicher Personennahverkehr

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

1. Geschäftstätigkeit

Die Basis der Geschäftstätigkeit findet ihren Ursprung im Gesellschaftsvertrag mit dem Gesellschaftszweck der primären Aufgaben zur Organisation und gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des ÖPNV im Verbundgebiet. Weitere Aufgaben und Kompetenzen sind im hessischen ÖPNV-Gesetz geregelt.

Die öffentlichen Verkehrsangebote können nachhaltig verbessert werden, wenn zum Ausgangspunkt der Entwicklung von Strategien an die Stelle des technischen Ansatzes einer Erhöhung und Verbesserung der Kapazitäten der Verkehrsinfrastruktur und der Fahrzeuge eine Sichtweise zum Ausgangspunkt wird, die die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen im Fokus hat.

Dieser in der Verkehrswirtschaft in den letzten Jahren immer stärker herausgearbeitete Ansatz wird der Weiterentwicklung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes zu Grunde gelegt. Der RMV soll sich so zum Mobilitätsverbund entwickeln.

Abgeleitet ergeben sich folgende grundlegende Unternehmensziele für die RMV GmbH:

Die Fahrgäste und potentiellen Kunden stehen im Mittelpunkt. Ihre Mobilität soll organisiert werden.

Die Zusammenarbeit der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im Verkehrsverbund mit einer starken Unterstützung des Landes soll weiter gestärkt werden, um den öffentlichen Auftrag der Daseinsvorsorge nachhaltig erfüllen zu können.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll seine Kernkompetenzen stärken.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund soll das Dach sein, zu dem alle Akteure in der Region positiv stehen. Die RMV GmbH ist einer der Akteure.

Als Mobilitätsdienstleister der Zukunft ist es wichtig, die Mobilität in der Region RheinMain für den Kunden zu erhöhen und damit an den ÖPNV zu binden. Projekte wie „Masterplan Mobilität“ oder „Staufreies Hessen 2015“ tragen zu mobilen Problemlösungen bei. Zur Erreichung höherer Marktreichweite sind Mobilitätspakete mit Verkehrsunternehmen, Taxi, CarSharing, insbesondere auch im ländlichen Raum, als potentielle Entwicklung anzusehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Aufgaben ist der bargeldlose Zahlungsverkehr. Ein deutschlandweites eTicket wird mit anderen Verbünden und der VDV-Kernapplikations GmbH & Co. KG vorbereitet und zur baldigen Umsetzung realisiert werden.

Im Geschäftsjahr wurden im Rahmen des Wettbewerbskonzeptes Ausschreibungen im Schienenpersonennahverkehr sowie im Buspersonennahverkehr vorgenommen. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens wurde zur Sicherstellung der Qualitätsstandards ein Qualitätsmanagement notwendig. Eine wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Aufgaben des RMV vom Aufgabenträgerverbund zum Mobilitätsverbund ist die zukunftsfähige Weiterentwicklung der Organisationsstruktur der RMV GmbH. Neben einer noch stärker auf die grundlegenden Unternehmensziele ausgerichteten Organisationsstruktur sind eine klare Zuständigkeitsverteilung bei gleichzeitiger Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit und eine Förderung leistungsfähiger und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die herausragenden Organisationsziele.

Die nunmehr im Fokus stehende Neuorganisation stellt die zweite Stufe dar, die zur Mitte des Jahres 2009 in einem wesentlichen Schritt realisiert und ab 01.01.2012 mit einem ergänzenden Schritt abgerundet werden soll.

Zeitlich neben der zweiten Stufe steht die Stufe 3, die die RMV GmbH mit ihren Tochtergesellschaften im Fokus hat. Diese Arbeiten sollen in der zweiten Jahreshälfte 2009 anlaufen. Die Geschäftsführung wird detaillierte Vorstellungen entwickeln und darüber berichten.

Darüber hinaus werden durch die Aufgabenträger weitere Anforderungen und Aufgaben an den RMV gestellt. Diese müssen im finanziellen Rahmen bewältigt werden, wobei durch die steigenden Kosten die Einsparpotentiale ausgeschöpft sind.

Die Finanzierung der RMV GmbH für Verwaltung sowie die Fremdleistungen für Untersuchungen laut Wirtschaftsplan erfolgt nach Abzug von eigenen Erträgen durch Zuwendungen des Landes Hessen und aus der Umlage der Komplementärfinanzierung der kommunalen Gesellschafter. Der Regiebereich wickelt die Projekte im Rahmen des für ein Kalenderjahr genehmigten Wirtschaftsplanes ab und stellt die personelle und technische Infrastruktur bereit.

2. Beteiligungen

2.1 Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Die sich verschlechternden finanziellen Rahmenbedingungen im gesamten ÖPNV wirken sich auf die Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms) aus. Dies zeichnet sich durch geringere Auftragsvolumina sowie erhöhtem Preiskampf im Wettbewerb um Beratungs-, Planungs- und Serviceleistungen ab.

Für die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen rücken neue Aufgaben in den Focus.

Der Rückgang der finanziellen Förderungen im ÖPNV, der demographische Wandel sowie die Entwicklung neuer Technologien erfordern entsprechendes Handeln. Für die rms GmbH entstehen vor diesem Hintergrund neue Chancen am Mobilitätsmarkt, die bereits im letzten Jahr durch eine Fünfjahresstrategie entwickelt wurden.

Der Umsatz mit Dritten konnte gegenüber 2007 in Folge gesteigert werden um somit die Abhängigkeit von der RMV GmbH weiter zu reduzieren. Dennoch ist es von Bedeutung, dass

die rms GmbH wichtige Dienstleistungen der RMV GmbH übernimmt, um die Stabilität der rms GmbH anhaltend zu gewährleisten.

Zur Stärkung des Eigenkapitals der rms hat die RMV GmbH die für das Geschäftsjahr 2007 vereinnahmte Gewinnabführung in Höhe von TEUR 88 als Einlage an die rms zurückgeführt.

Die rms schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem positiven Ergebnis ab. Vor Gewinnabführung weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 142 (i. Vj. TEUR 132) aus.

Der Akquisitionsschwerpunkt der rms GmbH wird in der Entwicklung der neuen Themenfelder liegen. Dies wird in den Bereichen Datenmanagement, E-Ticketing, Outbound-Call-Center sowie konzeptionelle Marktforschung sein. Die rms GmbH sieht hierbei eine realistische Chance für 2009 neue Kunden zu gewinnen.

Die primäre Geschäftstätigkeit der rms GmbH in 2009 muss auch im Dienstleistungs- und Beratungssektor, speziell bei den lokalen Aufgabenträgern sowie außerhalb Hessens zur Unterstützung von Lösungen in der Verkehrsplanung, Vertrieb und Informationstechnologien gestärkt werden. Dieser Weg kann für 2009 erfolgreich umgesetzt werden.

2.2 Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Im Geschäftsjahr 2008 wurden schwerpunktmäßig bei Bestandsfahrzeuge der Odenwaldbahn sowie der Taunusbahn, im Rahmen der Gewährleistungsfrist, die dort aufgetretenen Fahrzeugmängel abgearbeitet. Weiterhin von Bedeutung war die Baubegleitung der in 2007 gekauften drei ITINO Fahrzeuge für die Odenwaldbahn sowie für ein Fahrzeug zur Anbindung Pfungstadt an die Stadt Darmstadt auf Basis des Werklieferungsvertrages mit Bombardier Transportation GmbH.

Zur Finanzierung der Fahrzeuge für Odenwald- und Taunusbahn liegen Darlehensverträge mit der Deutschen Verkehrsbank AG (DVB) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in der Gesamthöhe TEUR 60.787 vor (i.Vj. 64.064).

Dagegen steht der Fahrzeugbereitstellungsvertrag Odenwaldbahn mit der VIAS GmbH vom 04. April 2005 und der Fahrzeugbereitstellungsvertrag Taunusbahn mit der Hessischen Landesbahn GmbH vom 27. Oktober 2006.

Die Geschäftsjahr weist ein negatives Ergebnis in Höhe von TEUR 160 aus, (i.Vj. ein Jahresüberschuss TEUR 615). Der Verlust des Geschäftsjahres 2008 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

2.3 Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH (ZIV)

Die Gesellschaft bietet Beratungsleistungen in planerischer und konzeptioneller Art im gesamten Individualverkehr sowie im Flughafen-, Bahn- und öffentlichen Personennahverkehr an. Weiterhin werden Leistungen im Verkehrs-, Projekt- und Qualitätsmanagement erbracht.

Durch kontinuierliche Akquisitionen konnten im Geschäftsjahr ausreichende Aufträge sichergestellt werden. Somit konnte sich die in den vergangenen Jahren abzeichnende positive Geschäftslage weiter fortsetzen. Die im Geschäftsjahr 2008 erfolgten Tätigkeiten waren zum einen abzuschließende Projekte, die schwerpunktmäßig für die Fraport AG sowie den RMV abgewickelt wurden. Weiterhin konnte ein größeres EU-Projekt ISMAEL fertig gestellt werden.

Nennenswerte neue Projekte sind z.B. eine Verkehrsuntersuchung für Eschborn mit einem Auftragsvolumen in Höhe von TEUR 73, RMV Vertrieb 3PNV III 24 mit einem Auftragsvolumen in Höhe von TEUR 95, der MoMaPlan mit TEUR 70 Auftragsvolumen sowie im Bereich des Projektmanagement diverse Forschungsprojekte mit einem Gesamtauftragsvolumen in Höhe von TEUR 500.

Das positive Geschäftsergebnis wurde durch eine Abfindung des ausscheidenden Geschäftsführers belastet.

Der eingeräumte Kreditrahmen in Höhe von TEUR 150 wurde nicht in Anspruch genommen. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 17 (i.Vj. in Höhe von TEUR 47) ab.

2.4 VDV-Kernapplikations GmbH & Co. Kommanditgesellschaft (VDV KG)

Seit 2004 ist die RMV GmbH als Kommanditist mit TEUR 23 an der VDV KG beteiligt.

Durch diese Beteiligung erwachsen der RMV GmbH im Rahmen der Einlage keine finanziellen Risiken.

Der weitere Ausbau des eTicket Deutschland wurde auf der VDV-Jahrestagung durch den Verkehrsminister Herrn Wolfgang Tiefensee begrüßt. Gleichzeitig bestätigte der Minister die Freigabe der dafür vorgesehenen Gelder. Auch auf der Verkehrsministerkonferenz wurde erklärt, bei allen eTicket-Projekten, für die Fördermittel gewährt werden, die Anwendung der VDV-Kernapplikation zur Förderbedingung zu machen.

Bei einer europaweiten Ausschreibung zur Chipkartenbeschaffung hat die VDV-Kernapplikation GmbH Co. KG einen Rahmenvertrag an Firm Cardaq Deutschland vergeben. Die Auftraggeber waren 61 Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbünde. Die guten Ausschreibungserfahrungen im Rahmen der Chipkarten führte dazu, dass die VDV GmbH Co. KG beauftragt wurde, eine Ausschreibung eines interoperablen HandyTicket-Systems vorzubereiten und durchzuführen.

Die VDV KG konnte im Geschäftsjahr 2008 einen Jahresüberschuss von TEUR 595 (i.Vj. TEUR 75) erwirtschaften.

2.5 Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH

Die RMV GmbH ist an der beka mit einem Geschäftsanteil in Höhe von 2.500 € Gesellschafter.

Das Interesse der RMV GmbH, als Gesellschafter in die beka einzutreten, liegt in einer einheitlichen Weiterbildungspolitik im Sinne der Gesellschafter von Verkehrsunternehmen und Verbünden in der beka.

Die beka mbH versteht sich als Dienstleister für den öffentlichen Personennahverkehr. Sie ist in den Geschäftsbereichen Handel, Bildung, Verlag und Kooperationen tätig, wobei die primäre Hauptumsatzleistung im Handel zu finden ist. Der Umsatz betrug hier TEUR 9.581. Im Geschäftsjahr entwickelte sich der Gesamtumsatz leicht rückläufig (um 1 %). Die beka schließt im Geschäftsjahr 2008 mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 64 (i.Vj. TEUR 58) ab. Die Geschäftsführung wird der Gesellschafterversammlung vorschlagen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss (TEUR 64) zu einem Teil in Höhe von TEUR 38 an die Gesellschafter auszuschütten und der Restbetrag in Höhe von TEUR 26 in die Gewinnrücklage einzustellen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag nimmt die RMV GmbH ab 2007 an der Ergebnisverwendung teil.

2.6 Regionaltangente West Planungsgesellschaft mbH (RTW GmbH)

Die Gesellschaft zur Planung der Regionaltangente West (RTW) wurde zum 27. November 2008 gegründet. Die RMV GmbH hat einen Anteil in Höhe von € 10.000 (33,33 %) erworben. Die Gesellschaft hat die Geschäftstätigkeit aufgenommen.

3. Geschäftsentwicklung 2008

Für das Geschäftsjahr 2008 sind die Kürzungen, die aus der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen für die Jahre 2005 bis 2009 hervorgegangen sind, deutlich spürbar. Insbesondere wirken sich die Kürzungen auf die Regiekosten der RMV GmbH aus. Die Kosten der RMV GmbH haben auch durch stringenten Umgang mit den Mitteln die finanzielle Grenze erreicht.

Die primären Ziele der Finanzierungsvereinbarung dienen der Sicherung und Verbesserung des lokalen ÖPNV und sind vorrangig an folgenden Aufgaben zu messen:

- Steigerung der Marktreichweite: Steigerung der Fahrgeldeinnahmen
- Steigerung der Kundenzufriedenheit: Pünktlichkeit, Service und Sauberkeit
- Effizienzsteigerung: Anteil der ausgeschriebenen regionalen Leistungen

Die weiteren Aufgaben des Geschäftsjahres 2008 lagen zum einen in den originären Aufgaben des RMV wie

- Kundeninformation und Verkaufsförderung
- Einsatz und Betrieb neuer Technologien
- Erstellung des neuen Fahrplanes 2008/2009
- Regionale und Lokale Fahrpläne
- Qualitätserfassung u. -bewertung im SPNV + BPNV
- Einnahmensicherung
- Fahrkarten- und Vertriebsinfrastrukturstandards
- Mobilitätsgarantie

und zum anderen im strategischen Bereich wie

- Elektronik-Ticketing
- Weiterentwicklung der Internet-Services
- Konzept und Modellierung Nutzerfinanzierter Tarif
- Vergabe von SPNV- und RBNV-Verkehrsdienstleistungen im Wettbewerb
- Elektronischer Vertrieb

4. Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2008

4.1 Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen sind im Geschäftsjahr 2008 im Vergleich zu 2007 auf TEUR 33.946 gestiegen (i.Vj. TEUR 31.113). Zum Vorjahr lag der Anstieg bei TEUR 2.833.

Im Wesentlichen betrifft dies die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie den Personalaufwand.

Der betriebliche Mehraufwand stieg um TEUR 942 auf TEUR 29.235 (i. Vj. TEUR 28.293). Die Betriebserträge sind um TEUR 1.891 auf TEUR 4.711 (i. Vj. TEUR 2.820) gestiegen. Der Anstieg des Betriebsertrages ist primär auf die Akquisition im Bereich der C-Projekte zurückzuführen. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 604 gesunken. Dies resultiert aus dem negativen Ergebnis der fahma mit TEUR 160, (i.Vj. Jahresüberschuss TEUR 615). Der Verlust des Geschäftsjahres 2008 wird gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag mit der RMV GmbH ausgeglichen.

Die Aufwendungen wurden durch die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung mit TEUR 25.063 (i.Vj. TEUR 24.327) und durch die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger mit TEUR 2.404 (i.Vj. TEUR 2.443) ausgeglichen.

4.2 Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 2.417 auf TEUR 22.654.

Durch verstärkte Nettoinvestitionen ist das Anlagenvermögen sowie der korrespondierenden Passivsonderposten gegenüber dem Vorjahr um 257 T€ gestiegen.

Der Anstieg ist bei den immateriellen Vermögensgegenständen durch die in Entwicklung befindlicher Software primär für das Projekt eTicketing um TEUR 96 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

Aufgrund des Rückkaufs der Anteile an rms, der Gewinnrückführung der rms und des gezahlten Disagios sind die Anteile an verbundenen Unternehmen weiter gegenüber dem Vorjahr um 88 T€ auf 726 T€ gestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6.201 erhöht, da überschüssige Liquidität aus dem Regiebereich an den TH-Bereich transferiert wurde.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 14,9 % (i. Vj. 15,4 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 85,1 % (i. Vj. 84,6 %) auf das Umlaufvermögen und den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände durch langfristiges Kapital ist jederzeit sichergestellt, da in Höhe des Anlagevermögens ein Sonderposten für die entsprechenden Zuschüsse passiviert wird.

4.3 Finanzlage

Im Geschäftsjahr haben sich die flüssigen Mittel gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.509 auf TEUR 759 vermindert. Im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen sind Mittel des nicht verbrauchten Finanzierungszuschuss an den Treuhandbereich zu

transferieren. Sie dienen als Liquiditätshilfe und der genehmigte Kreditrahmen muss nicht ausgeschöpft werden.

Die Zahlungsfähigkeit der RMV GmbH war im Geschäftsjahr 2008 jederzeit gewährleistet.

4.4 Personal- und Sozialbereich

Im Personalbereich des Geschäftsjahres waren 10 Zugänge und 4 Abgänge zu verzeichnen. Die Zugänge erfolgten zum Teil für die neu eingestellten Projekte. Weiterhin wurde die

Vorgabe des Landes Hessen, mehr Auszubildende einzustellen, weiter verfolgt. Im Geschäftsjahr sind 5 Auszubildende in der Ausbildung.

Ausblick:

1. ÖPNV-Gesetz

Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) löste das Gesetz zur Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen in der Fassung vom 19. Januar 1996 (GVBl. I S. 50) ab. Es trat mit Wirkung zum 1. Dezember 2005 (GVBl. I S. 786) in Kraft und ist noch bis zum 31. Dezember 2009 befristet.

Zudem tritt am 03.12.2009 die neue Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 vom 23. Oktober 2007 in Kraft, die zum einen die bisher gültige Verordnung (EWG) 1191/69 ablöst und zum anderen mehr oder weniger weitreichende Folgen für den gesamten ÖPNV und den bisherigen nationalen Rechtsrahmen haben dürfte. Nachdem der zweijährige Übergangszeitraum zwischen Verabschiedung der neuen Verordnung und deren In-Kraft-Treten nicht zu einer entsprechend qualifizierten Novellierung des nationalen Rechts (Regionalisierungsgesetz; Allgemeines Eisenbahngesetz; PBefG) genutzt werden konnte, trifft nun eine in weiten Teilen unmittelbar Geltung erlangende neue Verordnung auf einen nicht darauf abgestimmten Rechtsrahmen.

Vor diesem Hintergrund scheidet eine grundlegende Überarbeitung und Anpassung des ÖPNVG zunächst aus. Im Rahmen einer bis zum 31.12.2011 befristeten Übergangslösung sollen jedoch bereits jetzt zwei wichtige Punkte in dem ÖPNVG verankert werden.

Durch die beabsichtigte Klarstellung, dass die Aufgabenträgerorganisationen/Verbünde die zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 sind, wird sichergestellt, dass diese weiterhin als Besteller zur Gewährung von Ausgleichszahlungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen befugt sind.

Desweiteren soll nun von der 2006 zugunsten landesgesetzlicher Regelungen eingeführten Öffnungsklausel im PBefG/AEG bzgl. der Gewährung von Ausgleichsleistungen für die Beförderungen von Auszubildenden Gebrauch gemacht werden.

Sobald sich die Handlungsstarre auf bundesgesetzlicher Ebene auflöst, wird mit einer weitreichenden Novellierung des nationalen Rechtsrahmens gerechnet, die dann wahrscheinlich eine erneute Überarbeitung des ÖPNVG seitens des Landesgesetzgebers erforderlich machen dürfte.

Die Vorgaben des ÖPNVG werden seitens des Verbundes wie in den Vorjahren stringent umgesetzt.

2. Finanzierungsvereinbarung 2005 bis 2009

Auf Grundlage der am 20. Dezember 2004 unterzeichneten Finanzierungsvereinbarung für den Zeitraum 2005 bis 2009 erfolgt nach den Vorgaben des Landes durch den RMV die Umsetzung des ÖPNV-G. Mit der Finanzierungsvereinbarung wird vom Land insbesondere der Weg der einheitlichen Mittelzuweisung unterstützt, um das Finanzmanagement sowohl des Landes als auch der Verbünde zu vereinfachen. Da sich die Finanzierungsinstrumente des Verbundes in ihrer bisherigen Zielsetzung bewährt, sich aber in ihrer praktischen Umsetzung als zu eng angelegt erwiesen haben, bilden diese zwar weiterhin die Grundlage der Finanzierungsvereinbarung, der Verbundgesellschaft werden darüber hinaus aber weitere Handlungsspielräume eröffnet.

Die Zuwendungen des Landes müssen weiterhin in Übereinstimmung mit der sonst gängigen Zuwendungspraxis stehen. Die bereits in den Jahren 2000 bis 2004 praktizierte, einheitliche pauschale Mittelzuweisung hat sich als eine Finanzierungsform in der Praxis bewährt. Auf diesen positiven Erfahrungen aufbauend wurde daher mit der Vereinbarung für 2005 bis 2009 die Finanzierungsvereinbarung vom 19. April 2000 zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in Hessen bzw. im Gebiet des RMV, in der bestehenden Qualität und Quantität im Sinne der Erfahrungen geeignet modifiziert.

In der Finanzierungsvereinbarung zwischen der RMV GmbH und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung wurde für die Jahre 2008 und 2009 eine Plafondierung auf Basis der Werte von 2007 vereinbart.

Im Jahr 2006 hat der Gesetzgeber auf Initiative des Bundes im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2006 (HHBeglG 2006) die Regionalisierungsmittel erheblich gekürzt. Die Kürzungen betragen für das Jahr 2007 7,7 % und ab dem Jahre 2008 9,5 %. Basis ist hierbei der jährlich mit 1,5 % dynamisierte Betrag nach dem Regionalisierungsgesetz in der Fassung von Art. 25 Haushaltsbegleitgesetz 2004 vom 29.12.2003 gültig ab 01.01.2004. Trotz eines Kompromisses in Folge der Verhandlungen von Bundesrat und Bundesregierung (vgl. Drucksache 16/6310), der eine teilweise Kompensation ab 2008 beinhaltet, beträgt die Reduzierung der Regionalisierungsmittel allein in den Jahren 2006 bis 2010 rund 2,8 Mrd. Euro bundesweit. Für den RMV bedeutet dies ab 2007 eine Mittelreduzierung von bis zu 33,4 Mio. Euro jährlich.

Diese Mittelkürzungen wurden im Rahmen von Nachträgen im Rahmen der gültigen Finanzierungsvereinbarung abgemildert.

Übergeordneter Grundsatz des RMV bei der Kompensation dieses Kürzungsanteils ist die solidarische Umgehensweise mit den notwendigen Maßnahmen. Konkret bedeutet dies, dass es keine Streckenstilllegungen gegeben hat und jeder Aufgabenträger im Verbundgebiet einen Teil der Last tragen muss. Dieser Ansatz berücksichtigt auch das Gefälle zwischen Ballungsraum und Region. Der RMV selbst hat mit 50 % die Hauptlast getragen. Dies bedeutete im Einzelnen, die fehlenden Mittel u.a. aus einer außerordentlichen Tarifierhöhung, Leistungskürzung bei der Regionalbahn sowie aus Reduzierung der Regiekosten zu kompensieren.

Oberstes Ziel des RMV ist neben dem Erhalt der Funktionsfähigkeit des Verbundes auch die Reduzierung der Risiken der kommunalen Aufgabenträger durch die sich ergebenden regionalen Umlagen für den Schienenpersonennahverkehr und den Regionalbus.

Solange die Effekte aus dem Wettbewerb im SPNV noch nicht voll greifen und gleichzeitig überproportionale Preissteigerungen zu verkraften sind, birgt dies erhebliche Risiken für

die regionalen Umlagen. Hierfür steht der RMV mit dem Land in Verhandlungen über eine Übergangshilfe. Das Land hat in den Verhandlungen positiv reagiert und bereits für das Jahr 2008 eine Übergangshilfe in Höhe von 7,5 Mio. € zur Verfügung gestellt. In einem weiteren Schritt gilt es die seitens des Landes auch für 2009 avisierte Übergangshilfe vertraglich zu fixieren.

Die derzeitige Finanzierungsvereinbarung hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen zur Sicherung und Weiterentwicklung des ÖPNV in der bestehenden Qualität und Quantität beabsichtigen das Land und der RMV die Finanzierungsvereinbarung vom 20.12.2004 zu modifizieren. Eckpunkte einer Finanzierungsvereinbarung für die Jahre 2010-2019 sind die:

1. Bestandsfinanzierung
2. Finanzierung bereits beschlossener Vorhaben (zwingend notwendig)
3. Umsetzung der Koalitionsvereinbarung
4. Laufzeit von zweimal fünf Jahren
5. Fortführung der Zielwertvereinbarung
6. Schwerpunktprojekte

Die Geschäftsführung strebt an, die Verhandlungen zur Umsetzung der Verbundfinanzierung mit dem Land Hessen zügig zu einem Abschluss zu bringen. Eine weitere Zielsetzung der Geschäftsführung ist die Erhöhung der Planungssicherheit durch eine Finanzierungsvereinbarung für einen Zeitraum von zweimal fünf Jahren.

Der Fokus liegt auf der Mittelsicherung zur Fortführung derzeit bestehender vertraglicher Verpflichtungen sowie in der längerfristigen Planungssicherung der im Betrachtungszeitraum vorgesehenen Maßnahmen. Ziel der Verhandlungen ist es, die Umlagen für den Regionalverkehr auf einem Niveau sicherzustellen, das im Schienenverkehr zu keinen Belastungen führt und sich im Busverkehr an der Umlage 2006 orientiert. Ebenfalls von großer Bedeutung ist die Sicherstellung einer angemessenen Finanzierung des lokalen Verkehrs.

3. EU-weite Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen im SPNV und RBNV

3.1 Wettbewerbliche Vergaben im SPNV

Der Verkehrsmarkt im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) befindet sich im Berichtsjahr nach wie vor in der wettbewerblichen Übergangsphase. Zum Stand 31. Dezember 2008 konnten nunmehr insgesamt 11 Teilnetze (TN) mit ca. 8,2 Millionen Zugkilometer im SPNV nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben werden. Dies entspricht einem Anteil von ca. 23 % der Fahrleistungen, bezogen auf den Umfang der Verkehrs-Service-Verträge mit den Altunternehmen. Der Umfang der Fahrleistung der „Vergabeverfahren in Vorbereitung“ erhöht die Vergabequote auf ca. 50 %.

Vergabeverfahren des Teilnetzes 7: Rheingau

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) und der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (SPNV-Nord) haben als zuständige Vergabestelle die Verkehrsdienstleistungen der RMV-Linie 10 (Frankfurt Hauptbahnhof - Wiesbaden Hauptbahnhof - Koblenz Hauptbahnhof - Koblenz-Lützel) mit jährlich insgesamt ca. 2,1 Millionen Zugkilometer gemeinsam ausgeschrieben. Dabei sollen Fahrleistungen von ca. 1,3 Millionen

Zugkilometer, das sind ca. 62 %, im Verkehrsraum des RMV erbracht werden. Die Beschaffung und der Einsatz von Neufahrzeugen im Teilnetz Rheingau wird im Rahmen der Angebotswertung vorteilhaft bewertet.

Das Vergabeverfahren wurde am 17. September 2007 (Tag der Absendung) europaweit veröffentlicht. Die Verkehrsdienstleistungen wurden mit Zuschlagsschreiben vom 25. April 2008 an die VIAS GmbH als dem wirtschaftlichsten Anbieter vergeben.

Betriebsstart ist am 12. Dezember 2010 zum Fahrplanwechsel 2011. Die Vertragslaufzeit beträgt 13 Jahre und endet am 09. Dezember 2023 zum Fahrplanwechsel 2024.

Vergabeverfahren des Teilnetzes 10 - Main-Lahn-Sieg

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) und der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) haben als zuständige Vergabestelle die Verkehrsdienstleistungen der RMV - Linien 30 (Gießen - Marburg) und 40 (Frankfurt Hauptbahnhof - Gießen - Siegen) mit jährlichen Fahrleistungen von insgesamt ca. 1,3 Millionen Zugkilometer gemeinsam auf den KBS 620, 630 und 445 ausgeschrieben. Dabei sollen Fahrleistungen von ca. 1,1 Millionen Zugkilometer, das sind 85 %, im Verkehrsraum des RMV erbracht werden. Das Betriebsprogramm sieht die Vorgabe eines Flügelungskonzeptes mit dem Knotenpunkt Gießen vor. Damit werden den Fahrgästen umsteigefreie Verbindungen von Marburg und Siegen nach Frankfurt und umgekehrt angeboten.

Das Vergabeverfahren wurde am 30. November 2007 (Tag der Absendung) europaweit veröffentlicht. Die Verkehrsdienstleistungen wurden mit Zuschlagsschreiben vom 25. Juni 2008 an die Hessische Landesbahn GmbH als dem wirtschaftlichsten Anbieter vergeben. Betriebsstart ist der 12. Dezember 2010 zum Fahrplanwechsel 2011. Die Vertragslaufzeit beträgt 13 Jahre und endet am 09. Dezember 2023 zum Fahrplanwechsel 2024.

Vergabeverfahren der Teilnetze 11 - Mittelhessen und 17.2 - Wetterau Nord-Süd

Im Berichtszeitraum wurden die Teilnetze 11 (Mittelhessen) und 17.2 (Wetterau Nord-Süd) gemeinsam in einem Ausschreibungspaket als „Mittelhessennetz“ in einer europaweiten Ausschreibung veröffentlicht.

Die Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) und die Verkehrsverbund und Fördergesellschaft Nordhessen mbH (NVV) haben als zuständige Vergabestellen die Verkehrsdienstleistungen der RMV-Linien 30/40 (Frankfurt Hauptbahnhof - Gießen (Fahrzeugflügelung) - Treysa beziehungsweise Dillenburg) und der RMV-Linie 33 (Hanau - Friedberg - Gießen) mit jährlich insgesamt ca. 3,1 Millionen Zugkilometer (Zugkilometer) gemeinsam ausgeschrieben.

Dabei werden Fahrleistungen von ca. 3,0 Millionen Zugkilometer, das sind ca. 98 %, im Verkehrsraum des RMV erbracht. Das Betriebsprogramm der Linien 30/40 sieht in Gießen für die einzusetzenden Fahrzeuge ein Flügelkonzept vor.

Das Vergabeverfahren wurde am 13. August 2008 (Tag der Absendung) europaweit veröffentlicht. Die Angebotsfrist endet am 26. Februar 2009.

Betriebsstart ist am 11. Dezember 2011 zum Fahrplanwechsel 2012. Die Vertragslaufzeit beträgt 12 Jahre und endet am 09. Dezember 2023 zum Fahrplanwechsel 2024.

3.2 Wettbewerbliche Vergaben im BPNV

Der Verkehrsmarkt im Buspersonennahverkehr (BPNV) befindet sich im Berichtsjahr am Ende der Übergangsphase, d.h. bis zum Fahrplanwechsel 2010 am 12. Dezember 2009

werden alle Verkehrsdienstleistungen im regionalen Buspersonennahverkehr mindestens einmal nach wettbewerblichen Grundsätzen vergeben sein.

Zum Stand 31. Dezember 2008 wurden 44 regionale Linienbündel - inklusive Wiederholungen - im Wettbewerb vergeben. Weitere 16 regionale Linienbündel beziehungsweise Teile daraus wurden in lokale Verantwortung übertragen und ebenfalls im Wettbewerb vergeben. Dies entspricht, gemessen am Stand der Fahrleistungen gegenüber den Altverträgen im Fahrplanjahr 2003, einem Anteil von ca. 80 % der Fahrleistungen.

Im Berichtsjahr wurden sechs Ausschreibungspakete mit insgesamt 9 Linienbündeln und ca. 5 Millionen Nutzwagenkilometern vergeben. Die Vergabequote beträgt im regionalen

BPNV einschließlich der lokalisierten Verkehre 79,5 % gemessen am Umfang der Bestandsverkehre in 2003.

Zur Erzielung von Synergieeffekten wurden auch im Berichtsjahr Ausschreibungspakete mit zwei oder mehreren Linienbündel im Buspersonennahverkehr gebildet. Dies hatte wirtschaftliche und organisatorische Vorteile, die zu einer signifikanten Reduktion der damit verbundenen Transaktionskosten führten.

Nach den wettbewerblichen Vergaben im BPNV haben die Konzerngesellschaften einen Anteil von 64 %, die privaten Busverkehrsunternehmen 25 %, die privat/kommunalen 5% und die kommunalen 2 % an den zu erbringenden Fahrleistungen.

4. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan der RMV GmbH für das Jahr 2009 hat folgende wesentlichen Eckdaten:

Erfolgsplan

	2009 TEUR (Plan)	2008 TEUR (Plan)	Veränderung %
Regiekosten	11.397	10.975	+ 3,85
Gutachten/Untersuchungen S	2.530	2.916	- 13,24
Gutachten/Untersuchungen O	7.670	7.304	+ 5,01
Gutachten/Untersuchungen C/D*	-	-	-
Aufwand	21.597	21.195	+ 1,90
Umlage	2.824	2.768	+ 2,02
Landeszuwendungen	18.773	18.427	+ 1,88
Ertrag	21.597	21.195	+ 1,90

Finanzplan

	2009 TEUR (Plan)	2008 TEUR (Plan)	Veränderung %
Investitionen	1.640	2.035	- 19,41
Ausgaben	1.640	2.035	- 19,41
Umlage	213	266	- 19,92
Landeszuwendungen	1.427	1.769	- 19,33
Einnahmen	1.640	2.035	- 19,41

* Diese werden außerhalb des Wirtschaftsplanes des RMV finanziert.

Im Geschäftsjahr 2009 steigen die Bruttoansätze des Erfolgsplanes um TEUR 402 (+ 1,9 %) gegenüber dem Vorjahr. Der Bruttoansatz der strategischen Projekte kann im Gegensatz zum Vorjahr um TEUR 386 (- 13,24) zurückgeführt werden. Im Finanzplan kann eine Reduzierung des Planbudget in Ansatz gebracht werden.

Die neue Darstellungsform des Wirtschaftsplanbudgets in Brutto- und Nettoansatz hat sich als positiv bewiesen, da der tatsächliche Verbrauch der Mittel genau darstellbar ist. Es wird von einem Budgetansatz ausgegangen, der sich - gemessen an den Aufgaben - als ausreichend darstellt.

Der Wirtschaftsplan 2009 schließt systembedingt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Gegenwärtig sind für die RMV GmbH keine Risiken für den Fortbestand erkennbar.

Sonstige Angaben

Die Aufsichtsgremien der RMV GmbH - Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - tagten turnusmäßig. Die entsprechenden Beschlussfassungen zum Leistungsangebot, zum Jahresabschluss und zur zweckentsprechenden Verwendung der Landesmittel mit der Einnahmenaufteilung/Abrechnung (EAV/ABR) sowie zum Tarif erfolgten mit den erforderlichen Mehrheiten.

Wasserverband Nidda

Leonhardstr. 7, 61169 Friedberg/H.

Tel.: 06031 / 83-7100 - Fax: 06031 / 83-7104

E-Mail: wv-nidda@wetteraukreis.de

Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Ausbau und Unterhaltung der **Nidda** vom Wehr Eschersheim-Heddernheim (Stadtgebiet Frankfurt/Main) bis einschließlich Ortslage Rudingshain (Vogelsbergkreis) mit den beiden Niddaquellbächen Hundsborn- und Graswiesenbach, des Flutgrabens in Nidda, der Ulfa von der Mündung in die Nidda bis zur Hochwasserrückhalteanlage Ulfa und der Wetter von der Mündung in Niddatal/Assenheim bis zur Gemarkungsgrenze Laubach (OT Münster), Lich (OT Ober-Bessingen), jeweils einschließlich der Uferrandstreifen, soweit sie im Eigentum des Verbandes oder einer Gemeinde stehen, und Unterhaltung oder Wiederherstellung des naturnahen Gewässerzustandes; Erstellung, Betrieb und Unterhaltung der Hochwasserrückhalteanlagen und Talsperren; Errichtung und Unterhaltung der Bauwerke in und an den genannten Gewässern, sofern dies nicht Aufgabe der Triebwerksbesitzer oder sonstiger Verpflichteter ist.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1966

Anteile in %: 5,55 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz und Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Oswin Veith - Vorsitzender (Bardo Bayer)	Herbert Unger (Manfred Wetz)	Dr. Bernhard Hertel (Kurt Meisinger)
Siegfried Fricke - stellv. Vors. (Andrea Kaup)	Peter Ziebarth (Michael Keller)	Erhard Landmann (Helmut Krailing)
Werner Kristeller (Dr. Holger Krier)	Roland Schulz (Adolf Koch)	Bernd Klein (Barbara Kröger)
Armin Häuser (Michael Merle)	Lucia Puttrich (Reimund Becker)	S. Schaab-Madeisky (Heide Förschner)
Dr. Thomas Stöhr (Jörg Frank)	Ulrich Madeisky (Uwe Mayer)	

Verbandsversammlung:

Heinz Becker (Christel Gontrum)	Manfred Schütz (Karl Heinrich Schmidt)	Michael Hahn (Dieter Eisenberg)
Hans-Helmut Günther (Kurt Stiehler)	Hans-Peter Lang (Klaus-Werner Deis)	Ottmar Herche (Rosel Schleicher)
Hubertus Ellerhusen (Rudolf Henrich)	Heinz Günter Lampert (Reiner Kulb)	Katharina Jung (Bernhard Widmich)
Dr. Ulrich Heidemann (Roland Kammerer)	Dr. Gerd Rippen (Jürgen Hintz)	Alfons Götz (Heinz Arnold)
Jürgen Patscha (Rainer Wengorsch)	Hans Jürgen Zeiß (Manfred Müller)	Michael Reinemer (Günther Block)
Albrecht Kliem (Christian Brück)	Walter Pöllmann (Hans Gotthard Lorch)	Joachim Haas (Barbara Steffani-Velden)

Betriebsleitung: Stefan Schulz, Technik

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 24.05.1961
Verbandssatzung : 29.11.1999
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Anteile: (je 5,55 %)

Landkreis Gießen	Gemeinde Florstadt	Stadt Nidda
Vogelsbergkreis	Stadt Frankfurt am Main	Stadt Niddatal
Wetteraukreis	Stadt Friedberg (Hessen)	Gemeinde Ranstadt
Stadt Bad Nauheim	Stadt Karben	Gemeinde Rockenberg
Stadt Bad Vilbel	Stadt Lich	Stadt Schotten
Stadt Butzbach	Stadt Münzenberg	Gemeinde Wöllstadt

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Feststellung des Rechnungsergebnisses gemäß § 40 Absatz 3 GemHVO
Ergebnis der Haushaltsrechnung 2008

Bezeichnung	Einnahmen	Ausgaben	Differenz
	€	€	€
Verwaltungshaushalt			
AO-Soll lfd. Jahr	1.547.317,06	1.532.019,36	15.297,70
neue Haushaltsreste	0,00	15.297,70	-15.297,70
Abgang Kassenreste	0,00	0,00	0,00
Abgang Haushaltsreste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.547.317,06	1.547.317,06	0,00
Vermögenshaushalt			
AO-Soll lfd. Jahr	2.357.929,35	1.976.446,46	381.482,89
neue Haushaltsreste	2.304.220,87	2.650.938,27	-346.717,40
Abgang Kassenreste	0,00	0,00	0,00
Abgang Haushaltsreste	269.741,89	234.976,40	34.765,49
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	4.392.408,33	4.392.408,33	0,00
RE Gesamthaushalt	5.939.725,39	5.939.725,39	0,00

Die Gegenprobe zur Ermittlung des Rechnungsergebnisses 2008 aus der Kassenrechnung ergibt folgende Bild:

Bezeichnung	Verwaltungs- haushalt	Vermögenshaus- halt	Gesamthaushalt
	€	€	€
IST - Einnahmen	1.532.178,11	2.518.937,32	4.051.115,43
IST - Ausgaben	1.524.679,82	1.946.757,35	3.471.437,17
IST - Bestand	7.498,29	572.179,97	579.678,26
plus Haushaltseinnahmereste	0,00	2.670.577,87	2.670.577,87
plus Kasseneinnahmereste	16.770,48	166.794,32	183.564,80
minus Haushaltsausgabereste	15.297,70	2.974.696,90	2.989.994,60
minus Kassenausgabereste	8.971,07	434.855,26	443.826,33
Ausgleich	0,00	0,00	0,00

Gegenüberstellung Haushalt 2008 und Rechnungsergebnis 2008

Bezeichnung	HH-Ansatz	RE	Veränderung	
	€	€	€	%
Verwaltungshaushalt - Einnahmen	1.409.651,00	1.547.317,06	137.666,06	9,77%
Verwaltungshaushalt - Ausgaben	1.409.651,00	1.547.317,06	137.666,06	9,77%
Verwaltungshaushalt - Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00
Vermögenshaushalt - Einnahmen	4.767.919,00	4.392.408,33	-375.510,67	-7,88%
Vermögenshaushalt - Ausgaben	4.767.919,00	4.392.408,33	-375.510,67	-7,88%
Vermögenshaushalt - Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamthaushalt - Einnahmen	6.177.570,00	5.939.725,39	-237.844,61	-3,85%
Gesamthaushalt - Ausgaben	6.177.570,00	5.939.725,39	-237.844,61	-3,85%
Gesamthaushalt - Ausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00

<i>Schulden</i>	<u>2008 / €</u>	<u>2007 / €</u>
Schuldenstand zum 31.12.	3.194.282,40	1.740.523,06

<i>Rücklagebestände</i>		
Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	705.033,34	439.658,75

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 9

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe hauswirtschaftliche Eckdaten

Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt

Kreditaufnahmen: 1.500.000,00

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Wasserverband Schwalm

Parkstr. 6, 34576 Homberg (Efze)

Tel.: 05681 / 775-205 - Fax: 05681 / 775-207

E-Mail: info@wasserverband-schwalm.de

Internet: www.wasserverband-schwalm.de



Unternehmenszweck

Verbandszweck:

Der Verband hat zur Aufgabe im Gebiet seiner Mitgliedsgemeinden (Verbandsgebiet)

1. im Sinne des regionalen und überregionalen Hochwasserschutzes den Abfluss der Verbandsgewässer zu regeln und dazu die notwendigen Anlagen zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben.
Hierzu zählen drei Hochwasserrückhaltebecken (Treysa-Ziegenhain, Heidelbach und Antrifttalsperre) mit einem Stauvolumen von insgesamt 16,8 Mio. Kubikmeter sowie 10 Pegelstationen, 5 Niederschlagsstationen und zahlreichen Nebenanlagen (Stauklappen und Pumpwerke).
2. Gewässerunterhaltung der Verbandsgewässer mit einer Länge von insgesamt 221 km: Schwalm, Antreff (Antrift), Grenff, Steina, Grenzebach, Wiera, Eifa, Berfa, Efze, Gilsa, Urff, Klingelbach (Homberg-Mardorf), Katterbach, Leimbach, Olmes, Ransbach, Baumbach, Ittersbach, Schlierbach, Ascheröderbach ab einem Niederschlagsgebiet von 5 km².

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1962 (Gründungsjahr)

Anteil: 2,1735 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:

- Winfried Becker - Vorsitzender
Günter Jung - stellv. Vorsitzender
Mitglieder - die von den jeweiligen Mitgliedern gewählten Vertreter sind
entsprechend dem Beitrag stimmberechtigt

Verbandsvorstand:

- Winfried Becker - Vorsitzender
Günter Jung - stellv. Vorsitzender
Johannes Averdung - Mitglied
Ralf Becker - Mitglied
Erich Diehl - Mitglied
Bernd Heßler - Mitglied
Wilhelm Kröll - Mitglied
Heinrich Vesper - Mitglied
Klemens Olbrich - Stellvertreter
Rudolf Marx - Stellvertreter
Michael Köhler - Stellvertreter
Günter Schlemmer - Stellvertreter
Volker Steinmetz - Stellvertreter
Kai Knöpper - Stellvertreter
Jürgen Kaufmann - Stellvertreter

Betriebsleitung: Dipl.-Ing. Peter Kugler

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1962
Verbandssatzung : 15.03.1996, zuletzt geändert 28.02.2007

Mitglieder und Anteile:

Kreis/Stadt/Gemeinde	%	Kreis/Stadt/Gemeinde	%
Gemeinde Antrifttal	1,8269	Stadt Borken (Hessen)	10,5837
Gemeinde Bad Zwesten	5,4525	Stadt Felsberg	2,7681
Gemeinde Jesberg	2,0473	Stadt Homberg (Efze)	6,2751
Gemeinde Knüllwald	2,3562	Stadt Kirtorf	0,6892
Gemeinde Neuental	6,6240	Stadt Neukirchen	3,0962
Gemeinde Schrecksbach	3,8096	Stadt Schwalmstadt	14,5832
Gemeinde Wabern	8,8910	Stadt Schwarzenborn	0,5211
Gemeinde Willingshausen	5,8728	Schwalm-Eder-Kreis	13,7268
Stadt Alsfeld	8,9728	Vogelsbergkreis	2,1735

<i>Beiträge</i>	<u>2007 / €</u>	<u>2006 / €</u>
der Landkreise von insgesamt	88.530,00	85.950,00
der Verbandsgemeinden von insgesamt	450.000,00	450.000,00

<i>Schulden</i>		
Schuldenstand zum 31.12.	204.542,73	274.550,30

<i>Rücklagebestände</i>		
Bestand allgemeine Rücklage zum 31.12.	1.030.637,93	1.053.172,90

Die im Beitragsbuch festgesetzten Beiträge wurden vollständig und in der richtigen Höhe erhoben.

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Haushaltsgesamtbeträge:

	Verwaltungshaushalt 2007 / €	Vermögenshaushalt 2007 / €	Verwaltungshaushalt 2006 / €	Vermögenshaushalt 2006 / €
Einnahmen	669.350,00	330.370,00	694.150,00	295.000,00
Ausgaben	669.350,00	330.370,00	694.150,00	295.000,00
Fehlbedarf	0,00	0,00	0,00	0,00

Ist-Abschluss nach dem Hauptbuch

Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	mehr €	weniger €
Verwaltungshaushalt	705.769,12	703.544,29	2.224,83	0,00
Vermögenshaushalt	315.963,10	138.691,31	177.271,79	0,00
Verwahrtgelder	22.534,97	22.534,97	0,00	0,00
Vorschüsse	1.584,45	1.584,45	0,00	0,00
Insgesamt	1.045.851,64	866.355,02	179.496,62	0,00

Soll-Abschluss nach den Sachbüchern

	2007 / €	2006 / €
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	706.219,83	797.544,41
+ Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	315.963,10	352.086,60
Summe Soll-Einnahmen	1.022.182,93	1.149.631,01
+ <u>neue Haushaltseinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushalts-/Kasseneinnahmereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
Summe bereinigte Soll-Einnahmen	1.022.182,93	1.149.631,01
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	706.219,83	797.544,41
+ Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	315.963,10	387.706,56
Summe Soll-Ausgaben	1.022.182,93	1.185.250,97
+ <u>neue Haushaltsausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	0,00
./. <u>Abgang alter Haushalts-/Kassenausgabereste</u>		
Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
Vermögenshaushalt	0,00	35.619,96
Summe bereinigte Soll-Ausgaben	1.022.182,93	1.149.631,01
Bereinigte Soll-Einnahmen ./. bereinigte Soll-Ausgaben		
Ausgleich	0,00	0,00

Haushaltsüberschreitungen

Die Summe der genehmigungspflichtigen Haushaltsüberschreitungen betrug

	2007 / €	2006 / €
im Verwaltungshaushalt	5.482,03	2,04
im Vermögenshaushalt	7.407,57	9.844,75
insgesamt	12.889,60	9.846,79

Einzelaufstellung

Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haushalts- ansatz €	AO-Soll €	Überschreitung €
Deckungsring GD 002	Personalausgaben	268.760,00	274.242,03	5.482,03
01.915100.86000	Zuführung zum Vermögenshaushalt	159.490,00	269.068,13	109.578,13
02.910001.91000	Zuführung an allgemeine Rücklage	0,00	177.271,79	177.271,79
02.912001.97700	Tilgung von Krediten	17.200,00	24.607,57	7.407,57
Zwischensumme:		445.450,00	745.189,52	299.739,52
abzüglich:	Mehrzuführung an den Vermögenshaushalt, da diese keine Haushaltsüberschreitung im Sinne des § 100 HGO darstellt			109.578,13
abzüglich:	Zuführungen an die allgemeine Rücklage und Sonderrücklage, diese keine Haushaltsüberschreitungen im Sinne des § 100 HGO darstellen			177.271,79
mithin verbleiben Haushaltsüberschreitungen in Höhe von				12.889,60

Kassenreste

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden im **Verwaltungshaushalt**

Kasseneinnahmereste in Höhe von 450,71 € und
Kassenausgabereste in Höhe von 2.675,64 € gebildet.

Die Reste-Listen wurden - nach Haushaltsstellen gegliedert - erstellt und mit der Jahresrechnung zur Prüfung vorgelegt.

Die Kassenreste wurden richtig in die „Doppik“ 2008 vorgetragen (manuell)

Bei den im **Vermögenshaushalt** gebildeten Kassenausgaberesten in Höhe von 177.271,79 € handelt es sich um die Zuführung zur Allgemeinen Rücklage.

Diese Summe wurde am 07.04.2008 der Allgemeinen Rücklage zugeführt (Umbuchung/ Transitbuchung zwischen Bankkoten).

Haushaltsreste

Am Ende des Haushaltsjahres 2007 wurden keine Haushaltsreste gebildet.

Schulden

	2007 / €	2006 / €
Zu Beginn des Haushaltsjahres bestanden gemäß Kontoauszügen an Schulden	274.550,30	296.295,05
+ aufgenommene Kredite im Haushaltsjahr	0,00	0,00
./. geleistete Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	24.607,57	21.744,75
./. geleistete Sonder-Tilgung lt. Jahreskontoauszüge	45.400,00	0,00
Verbleibt ein Schuldenbestand am Ende des Haushaltsjahres in Höhe von	204.542,73	274.550,30

Rücklagebestände

Bezeichnung	Stand 31.12.2006 €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12.2007 €
Allgemeine Rücklage	1.030.637,93	0,00	0,00	1.030.637,93
Termingeldkonto				
Rücklage Einstauschäden	22.534,97	0,00	22.534,97	0,00
Termingeldkonto				
Insgesamt	1.053.172,90	0,00	22.534,97	1.030.637,93

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Kreditaufnahmen:

Die Aufnahme von Krediten war in der Haushaltssatzung nicht vorgesehen. Der Höchstbetrag von 100.000,00 € der Kassenkredite gem. § 4 der Haushaltssatzung wurde ebenso nicht in Anspruch genommen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV)

Hanauer Str. 9-13, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 82-0 - Fax: 06031 / 82-1306
E-Mail: info@zov.de
Internet: www.zov.de



Unternehmenszweck

Versorgung der Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie und Wasser und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs; Förderung gemeinnütziger Bestrebungen des oberhessischen Raums.

Die Geschäftsfelder des ZOV

Der ZOV hat sich zum Ziel gesetzt, Aufgaben der Wasserversorgung sowie der Abwasserbeseitigung aus kommunaler Hand zu übernehmen. Hierzu wurde ein gleichermaßen anspruchs- wie verantwortungsvolles Contracting-Modell entwickelt.

Sehr umfangreich sind die Bemühungen des ZOV auch auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Durch eine Bündelung von Interessen und Maßnahmen ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr in der Region weitgehend zu optimieren; zum Nutzen der Bürger und Kunden, die auch in Zukunft vom Angebot eines umfangreichen und bezahlbaren Nahverkehrsangebotes profitieren sollen. Die administrative Betreuung auf dem Sektor der öffentlichen Nahverkehrsplanung wird im Verbandsgebiet durch den ZOV gewährleistet. Es werden verkehrspolitische Grundsatzentscheidungen vorbereitet und wichtige Weichenstellungen für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorgenommen. Die praktische Durchführung des öffentlichen Nahverkehrs wird durch die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) organisiert.

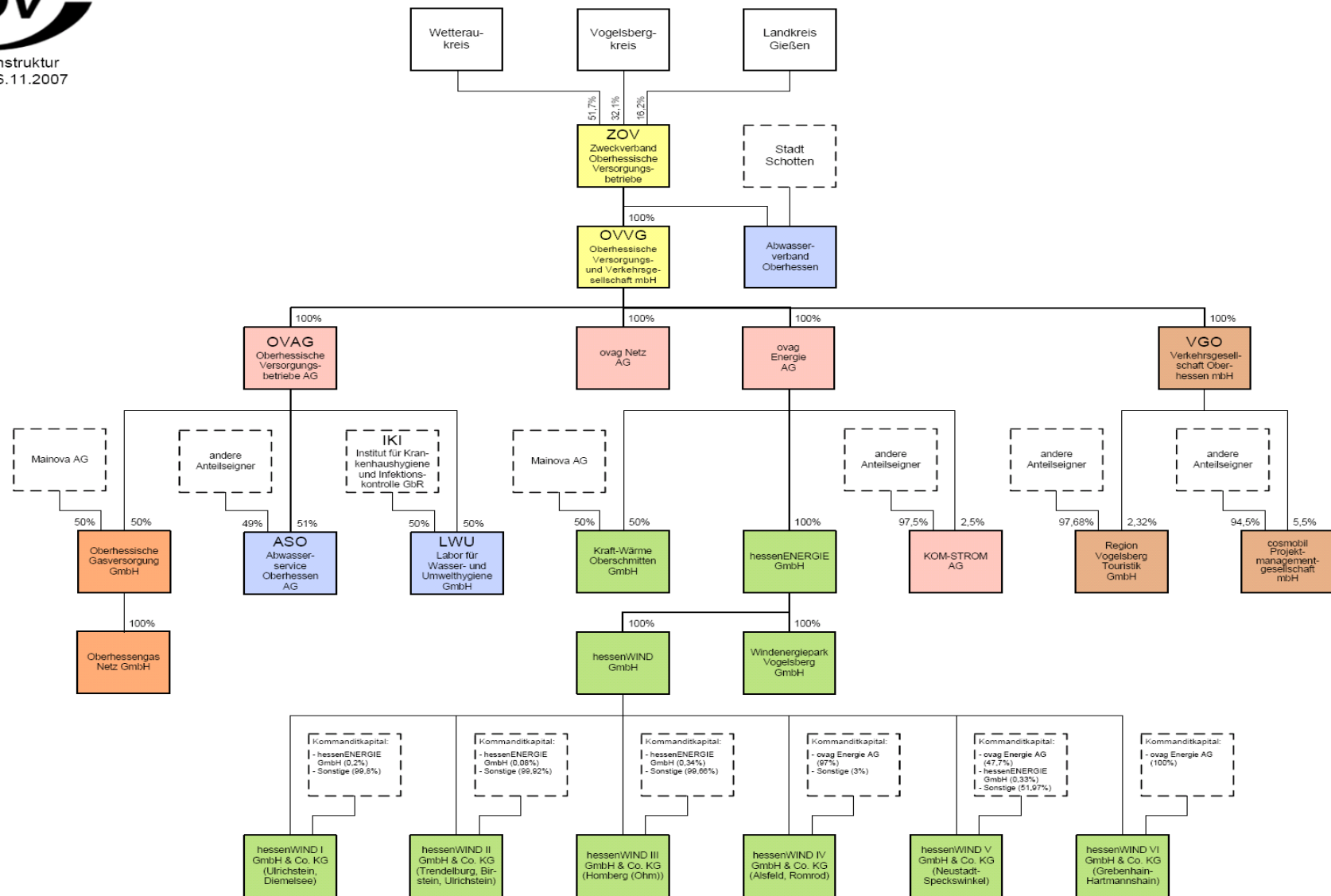
Nach wie vor steht die Umsetzung des regionalen Nahverkehrskonzeptes dabei in der Trägerschaft der OVVG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH).

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ver- und Entsorgung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

<i>Beteiligung seit:</i>	1972
<i>Anteile in %:</i>	32,1 %
<i>§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:</i>	Ver- und Entsorgung



Verbandsgebiet und Mitglieder

Im ZOV, einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit Sitz in Friedberg (Hessen), haben sich die nachfolgend genannten Mitglieder zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zusammengeschlossen:

Landkreis Gießen



Vogelsbergkreis



Wetteraukreis



Die Vermögens- und Stimmanteile verteilen sich wie folgt:

Landkreis	Vermögensanteile	Stimmenverteilung
Landkreis Gießen	16,2 %	8 Stimmen
Vogelsbergkreis	32,1 %	16 Stimmen
Wetteraukreis	51,7 %	20 Stimmen
Gesamt	100,0 %	44 Stimmen

Verbandsvorstand:

Silvia Lübbers

Oswin Veith

Siegfried Fricke (ab 23.03.09 stv.V.)

Rudolf Marx – Verbandsvorsitzender

Prof. Dr. M. Göldenboth

Hans-Jürgen Herbst

Wolfgang Schleiter

Diethardt Stamm

Bernfried Wieland

Karl-Heinz Schneider – stv. Verbandsvors.
(ab 23.03.09 Verb.Vors)

Joachim Arnold

Ekkehard Kehm

Für die Sitzungsgelder wurden

für den Verdienstausfall

und für Fahrtkostenerstattung

aufgewendet

25.460,00 €

750,00 €

5.180,70 €

Verbandsversammlung:

Dr. Christiane Schmahl	Kurt Wiegel	Guido Rahn
Siegbert Damaschke	Manfred Dickert	Karl-Peter Schäfer
Heinz Schäfer	Friedel Kopp - stv. Vors.	Almut Wilser
Claus Spandau	Sven Bastian	Klaus Fischer
Jochen Kilp	Manfred Görig	Wolfgang Patzak
Hans-Eberhard Hoffmann	Elisabeth Hillebrand	Günter Bögelein
Hans-Jürgen Becker	Margret Jöckel	Rudolf Eimer
Manfred Weber	Rudolf Marek - stv. Vors.	Eleonore Dietz
Dr. Udo Ornik	Matthias Weitzel	Hubert Ellerhusen
Johannes Averdung	Rainer Michel	Lisa Gnadl
Hans Heuser - stv. Vors.	Rosa Maria Bey - Vors.	Kristina Paulenz
Ulrich Künz	Erhard Buß	Dr. Wiltrud Risch-Laasch
Edgar Merle	Konrad Dörner	Gerhard Weber
Michael Refflinghaus	Jutta Heck	Georg Wegner
Hans-Jürgen Schäfer	Walter Pöllmann	

Für Vergütungen an Mitglieder der Verbandsversammlung wurden gezahlt	90.000,00 €
für Verdienstausschüttungen sind entstanden	4.640,15 €
Fahrtkostenerstattungen wurden insgesamt geleistet in Höhe von	39.836,88 €

Den Fraktionen im ZOV wurden insgesamt Haushaltsmittel gewährt von	4.500,00 €
--	------------

Ausschüsse der Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur fachlichen Unterstützung ihrer Parlamentsarbeit folgende Ausschüsse gebildet:

Hauptausschuss	Verkehrsausschuss	Umweltausschuss
Karl-Peter Schäfer - Vors.	Johannes Averdung - Vors.	Gerhard Weber - Vors.
Hans-Jürgen Becker	Sven Bastian	Erhard Buß
Manfred Dickert	Günter Bögelein	Eleonore Dietz
Konrad Dörner	Manfred Dickert	Rudolf Eimer
Friedel Kopp	Rudolf Marek	Elisabeth Hillebrand
Dr. Udo Ornik	Rainer Michel	Margret Jöckel
Kristina Paulenz - Vors.	Walter Pöllmann	Jochen Kilp
Wiltrud Risch-Laasch	Guido Rahn	Dr. Christiane Schmahl
Hans Jürgen Schäfer	Heinz Schäfer	Claus Spandau
Heinz Schäfer	Manfred Weber	Kurt Wiegel
Matthias Weitzel	Georg Wegner	Almut Wilser

Geschäftsführung: Rainer Schwarz, Dipl.-Finanzwirt
Rolf Gnadl, Dipl.-Verwaltungswirt

Die beiden Geschäftsführer des ZOV üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Zweckverband
Gründungsdatum: 1972
Satzung: 16.12.1994 (letzte Änderung vom 15.12.2006)
Stammkapital: 133.911.686,55 €
Beteiligungen: Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft
mbH (OVVG) 100 %

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Immat. Vermögensgegenstände

1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

II. Sachanlagen

1. Technische Anlagen und Maschinen
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

III. Finanzanlagen

- Anteile an verbundenen Unternehmen

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
2. Forderungen geg. verb. Unternehmen
3. Sonstige Vermögensgegenstände

II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

C. Rechnungsabgrenzungsposten

2008
€

2007
€

722.013,00

761.195,00

31.842.537,00

31.306.746,00

28.592,00

42.123,00

1.896.417,19

1.274.079,85

33.767.546,19

32.622.948,85

133.418.531,87

133.418.531,87

167.908.091,06

166.802.675,72

508.460,83

521.419,89

624,44

0,00

17.177,66

34.963,35

526.262,93

556.383,24

295.564,34

320.171,79

821.827,27

876.555,03

22.431,53

32.119,44

168.752.349,86

167.711.350,19

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Stammkapital

II. Zweckgebundene Rücklagen

III. Gewinn

- Gewinn des Vorjahres
- Verw. f. Einstellung in Rücklagen
- Verw. f. Abführung an d. HH d. Gemeinde (Vorabausschüttung)
- Jahresgewinn

B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

C. Empfangene Ertragszuschüsse

D. Rückstellungen

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
2. Sonstige Rückstellungen

E. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
2. Erhaltene Anzahlungen
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
5. Sonstige Verbindlichkeiten

F. Rechnungsabgrenzungsposten

2008
€

2007
€

133.911.686,55

133.911.686,55

1.770.602,21

1.266.047,55

1.834.848,86

2.856.432,31

-504.554,66

-286.909,25

-5.135.447,06

-6.263.724,54

6.212.324,27

5.529.050,34

2.407.171,41

1.834.848,86

138.089.460,17

137.012.582,96

5.730.054,00

5.853.039,00

4.905.965,00

4.762.201,00

27.232,16

32.683,98

50.194,15

173.628,69

77.426,31

206.312,67

5.273.347,65

3.790.224,11

16.411,24

62.905,88

547.012,20

467.147,07

124.739,21

123.564,11

13.987.934,08

15.383.020,56

19.949.444,38

19.826.861,73

0,00

50.352,83

168.752.349,86

167.711.350,19

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	4.741.587,79	4.797.343,08
2. Sonstige betriebliche Erträge	395.911,20	310.478,08
	5.137.498,99	5.107.821,16
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	72.630,24	75.370,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.740.794,08	2.803.246,96
	2.813.424,32	2.878.617,65
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	256.224,94	415.964,85
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	63.614,66	95.391,41
	319.839,60	511.356,26
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	888.900,85	870.708,61
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	378.115,95	373.901,68
	737.218,27	473.236,96
7. Erträge aus Beteiligungen	6.330.958,76	5.885.330,49
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	54.061,56	39.558,08
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	911.885,32	867.175,19
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.210.353,27	5.530.950,34
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.274,00	1.136,00
12. Sonstige Steuern	303,00	764,00
13. Jahresgewinn	6.212.324,27	5.529.050,34
Nachrichtlich		
Verwendung des Jahresgewinns		
a) zur Einstellung in Rücklagen	-504.554,66	-286.909,25
b) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Vorabausschüttung)	-5.135.447,06	-6.263.724,54
c) auf neue Rechnung vorzutragen	572.322,55	-1.021.583,45

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 6 (durchschnittlich)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresgewinn 6.212.324,27 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft:</i>	Ausschüttung an die Verbandsmitglieder 5.135.447,06 € VBK = 1.460.432,16 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Ver- und Entsorgung

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2008 kalenderbereinigt mit +1,0% (Bruttoinlandsprodukt) deutlich schwächer gewachsen als in den beiden Jahren zuvor. Wirtschaftsimpulse kamen ausschließlich aus dem Inland. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen um 5,3% (Vorjahr +6,9%) und die Bauinvestitionen um 2,7%. Der Außenbeitrag bremste die Entwicklung 2008. Ursache hierfür ist der im Vergleich geringe Anstieg der Exporte um nur noch 3,9% (Vorjahr +7,5%), während die preisbereinigten Importe mit +5,2% (Vorjahr +5,0%) etwas stärker zugenommen haben.

Die im Jahresverlauf abgekühlte Konjunktur hat sich am Jahresende auch auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. So nahmen laut „Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit für Dezember und das Jahr 2008“ die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung (Daten bis November bzw. Oktober berücksichtigend) saisonbereinigt zwar weiter, allerdings nur noch wenig zu.

In den Daten zur Arbeitslosigkeit, die bis Dezember reichten, setzte sich die positive Grundtendenz nicht mehr fort, saisonbereinigt hat es einen Anstieg gegeben. Auch das gemeldete Stellenangebot ist zuletzt deutlicher gesunken und Anzeigen für Kurzarbeit sind kräftig gestiegen.

Die allgegenwärtige Wirtschaftskrise hat auch den heimischen Raum erfasst. In einer Blitzumfrage der IHK Gießen-Friedberg im Oktober 2008 ging rund ein Drittel der Betriebe von einer schlechteren Geschäftsentwicklung aus, darunter 5,0%, die sogar eine deutliche Verschlechterung aufgrund der Finanzkrise erwarten.

Unternehmensentwicklung

Nachfolgend ist die Entwicklung der Sparten im ZOV kurz dargestellt:

Verwaltung:

Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane sowie die allgemeine Verwaltung. Bestimmende Größe für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2008 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der Oberhessischen Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) von rund 6,3 Mio. €.

Verkehr:

In 2008 ist das bisherige Verkehrsdezernat in einen Fachbereich umgewandelt worden und sind vier Mitarbeiter/-innen zum Dienstleister VGO gewechselt. Der ZOV als Aufgabenträger musste im Jahr 2008 keine gemeinwirtschaftliche Ausschreibung der auslaufenden Konzessionen für sechs Linienbündel vornehmen, da nach der Umstellung auf das so genannte Konzessionshüllenmodell VGO direkt die Liniengenehmigungen auf eigenwirtschaftlicher Basis beantragte. In drei Linienbündeln wurden jedoch konkurrierende eigenwirtschaftliche Anträge von privaten Busunternehmen gestellt, wodurch es zu „Genehmigungswettbewerben“ gekommen ist, in dem VGO unterlag. Somit fallen wieder mehr und teilweise neue Regietätigkeiten an ZOV-Verkehr als Aufgabenträger zurück.

Die Arbeiten und Anhörungen im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans wurden 2008 zu Ende gebracht und am 8. Dezember in der vorgelegten Fassung von der Versammlungsversammlung für die Jahre 2009 bis 2013 beschlossen.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain:

Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Die Abwassergebühr beträgt seit dem 1. Januar 2009 5,50 € je cbm Frischwasserverbrauch, die Frischwassergebühr 2,10 € je cbm. Die in der Folge der Baumaßnahmen gestiegenen Abschreibungen und Darlehenszinsen sowie Aufwendungen zur Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen aus der Eigenkontrollverordnung

(EKVO) für TV- Befahrungen und die Instandsetzung der dabei festgestellten Schäden waren ursächlich für die Anpassung der Gebühren.

Im Jahr 2008 konnten neben der Baumaßnahme in der Karl-Birx-Straße noch Arbeiten in der Schulstrasse ausgeführt und Arbeiten in der Höhenstraße fortgeführt werden. Für das Jahr 2009 sind in Abstimmung mit der Gemeinde Hirzenhain die Sanierung der Trinkwasserkammern des Hochbehälters in Glashütten sowie der Wasserleitungen und des Abwasserkanals in der Waldstrasse geplant.

Stadt Nidda:

Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda nach langen Verhandlungen im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda beträgt unverändert 4,20 € pro cbm Frischwasserverbrauch.

In 2008 wurden neben vorbereitenden Planungen für künftige Baumaßnahmen hauptsächlich die Kanalsanierungen in der Alois-Thums-Straße in Nidda-Harb sowie in der Bürgerstraße in Nidda umgesetzt.

Nach Beginn der Planungsarbeiten im Jahr 2008 können in 2009 die Sanierungsarbeiten in der Deckmannsgasse und am Regenüberlaufbecken in Unter-Schmitten mit dem anschließenden Kanal sowie die Arbeiten zur Abtrennung des Außengebietswassers in Ulfa gestartet werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Als wichtigste Einflussgröße auf das Jahresergebnis erwies sich erneut die Ausschüttung der OVVG.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Mio.€ auf 168,8 Mio.€.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände erhöhten sich von 33,4 Mio.€ um 1,1 Mio.€ auf 34,5 Mio.€. Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft ausschließlich die Beteiligung an der OVVG und beträgt unverändert 133,4 Mio.€. Der Anstieg der Bilanzsumme und des Anlagevermögens ist insbesondere auf die Investitionstätigkeit im Abwasserbereich zurückzuführen.

Der Bestand an Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 30 T€ auf 526 T€. Der Bestand an flüssigen Mitteln verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr von 320 T€ auf 296 T€. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten verringerte sich um 10 T€ auf 22 T€.

Das Eigenkapital des ZOV erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.077 T€ auf 138.089 T€. Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.636 T€. Der Zuführung von 118 T€ stand eine zeitanteilige Auflösung von 98 T€ in 2006 gegenüber. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (25 T€) sowie Kosten für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (19 T€). Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.483 T€ auf 5.273 T€ erhöht. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 80 T€ auf 547 T€ an. Die

sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (13.497 T€). Für diese Darlehen wurde die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit den ursprünglichen Darlehensnehmern, der Stadt Nidda bzw. in einem Fall der Gemeinde Hirzenhain, vereinbart.

Zusammenfassende Darstellung		2008	2007
Bilanzsumme	Mio. €	168,75	167,71
Anlagevermögen	Mio. €	167,91	166,80
Umlaufvermögen	Mio. €	0,82	0,87
Eigenkapital	Mio. €	138,09	137,01
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	82,24	82,14
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	81,83	81,69

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln. Unter den sonstigen Umsatzerlösen sind im Wesentlichen Erstattungen für Arbeiten an Hausanschlüssen ausgewiesen.

Umsatzerlöse	2008		2007
	Menge cbm	Erlöse €	Erlöse €
Wasserversorgung Hirzenhain	122.161	266.658	252.778
Abwasserbeseitigung Hirzenhain	117.489	681.720	669.246
Abwasserbeseitigung Nidda	773.162	3.793.210	3.875.319
Summe		4.741.588	4.797.343

Die sonstigen Erträge resultieren vor allem aus der erfolgswirksamen Auflösung der Zuschüsse und Anschlussbeiträge für Wasser- und Abwasseranlagen.

Neben den Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sind unter dem Materialaufwand von 2.813 T€ auch Aufwendungen der Sparten Verkehr und „Allgemeine Verwaltung“ erfasst.

Wesentlich bestimmt wird diese Position durch die Umlagen der Abwasserverbände Oberhessen, Oberes Niddertal und Hungen von 1.937 T€.

Der Personalaufwand umfasst das Personal der Sparte ZOV- Verkehr sowie die von Hirzenhain und Nidda übernommenen Mitarbeiter. Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr 320 T€.

Die Abschreibungen betreffen die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Verkehrssparte. Sie betragen im Wirtschaftsjahr 2008 889 T€.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 378 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Die Erträge aus Beteiligungen betreffen die Ausschüttung der OVVG in Höhe von 6.331 T€.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Die zweckgebundenen Rücklagen wurden entsprechend um 505 T€ aufgestockt.

	2008	2007
Beitrag der Sparten zum Gesamtergebnis	T€	T€
Allgemeine Verwaltung	-117,1	-106,9
Vermögensverwaltung	+6.336,8	+5.885,3
Verkehr	-344,5	-536,3
Trinkwasserversorgung	-66,2	-85,8
Abwasserentsorgung	+403,3	+372,8
Jahresgewinn ZOV	+6.212,3	+5.529,1

	2008	2007
Zusammenfassende Darstellung	T€	T€
Umsatzerlöse	4.741,6	4.797,3
Betriebsergebnis	737,2	473,2
Finanzergebnis	5.473,1	5.057,7
davon Beteiligungserträge 6.331 T€		
Steuern	2,0	-1,8
Jahresgewinn ZOV	6.212,3	5.529,1

Personal

Zum 1. April 2008 wurden im Rahmen einer Neuorganisation vier Mitarbeiter des seitherigen Verkehrsdezernates auf die Verkehrsgesellschaft Oberhessen GmbH (VGO) übertragen, was zu einem entsprechenden Rückgang der Personalaufwendungen führte. Am 31. Dezember 2008 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/ Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt betrug der Personalaufwand 320 T€.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres

Solche Vorgänge sind uns nicht bekannt geworden.

Ausblick:

Risikobericht

Der ZOV - in seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, unkalkulierbaren politischen Motiven und dem sich ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt - ist in das Risikomanagementsystem der OVVG implementiert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden zudem durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems

und entsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind dennoch derzeit nicht erkennbar.

Der Bereich Verkehr führt die ihm durch das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. Die hierbei entstehenden Kosten durch erforderliche Personal- und Sachaufwendungen können künftig aufgrund von punktuellen Aufgabenverlagerungen, die sich aufgrund anstehender rechtlicher Veränderungen und der Rechtsprechung ergeben, steigen.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch eingesetzte Technik und Personal sowie höhere Gewalt wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

In seinen Geschäftsfeldern ist der ZOV speziellen Risiken und Chancen ausgesetzt.

Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung.

Nach den beiden erfolgreich verlaufenden Projekten Hirzenhain und Nidda in den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nun die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen.

Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für Kommunen sicher sehr interessant.

Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen wird hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue Geschäftsfelder gesehen.

Nach wie vor ist der ÖPNV-Markt mit Unsicherheiten verbunden, was die Entwicklung der Kosten- und Einnahmen- bzw. Zuwendungsseite betrifft. Bei der Entwicklung von Fahrplanangeboten wird auf eine wirtschaftliche Verkehrsgestaltung geachtet. Voraussichtlich in 2009 finden Ausschreibungen von Busverkehrsleistungen vorerst ihren Abschluss und stehen planmäßig erst in 2013 wieder an.

Rechtlich von Bedeutung ist das Inkrafttreten der EU-Verordnung 1370/07 am 3. Dezember 2009 und die auf nationaler Ebene anstehende Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes sowie des Hessischen ÖPNV-Gesetzes (läuft 2009 aus). Infolge sich ergebender neuer steuer-, beihilfe- und genehmigungsrechtlicher Rahmenbedingungen sind ggf. notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Ausblick:

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der EKVO werden in Absprache mit den Partnerkommunen Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht.

Im Jahr 2009 wird der Schwerpunkt der Arbeiten im Gebiet der Stadt Nidda voraussichtlich im Kanalbau in der Deckmannsgasse, in der Sanierung des Regenüberlaufbeckens (RÜB) „Am Hinterhof“ mit Kanal sowie in der Abtrennung des Außengebietswassers in Ulfa liegen. In Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung ist die Sanierung der Ortsdurchfahrt von Glashütten (Gemeinde Hirzenhain) für die nächsten Jahre geplant.

In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden auch in den Folgejahren entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

Mit Auslaufen bestehender Konzessionen stehen insgesamt vier Linienbündel in 2009 zur Vergabe an. Es zeichnet sich ein Genehmigungswettbewerb ab, so dass es voraussichtlich zu keiner gemeinwirtschaftlichen Ausschreibung des Aufgabenträgers kommen wird.

Im Wirtschaftsplan 2009 des ZOV sind über alle Sparten Investitionen von insgesamt 1,5 Mio.€ veranschlagt. Auch für 2009 und Folgejahr werden Gewinne erwartet.

Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbands, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV-Konzerns und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

Gas- und Wasserversorgung Osthessen GmbH

Rangstr. 10, 36043 Fulda
Tel.: 0661 / 299-0 - Fax: 0661 / 299-119
E-Mail: post@gwv-fulda.de
Internet: www.gwv-osthessen.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung kommunaler, industrieller und privater Abnehmer im osthessischen Raum, insbesondere im Gebiet des Landkreises Fulda, des Vogelsbergkreises, des Main-Kinzig-Kreises, mit Ausnahme der Stadt Fulda und der Gemeinden westlich der Gemeinde Steinau, mit Gas, Wasser sowie die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung der hierfür erforderlichen Anlagen. Das Unternehmen kann auch Gasgeräte vertreiben sowie Gas jeder Art kaufen und verkaufen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich betreffen. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder verpachten sowie Interessengemeinschafts- und Unternehmensverträge schließen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 11/1966

Anteile in %: 6,20 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Versorgung der Region mit Gas/Wasser

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Dr. Wolfgang Dippel - Vorsitzender
Dipl.-Ing. Günter Bury - stellv. Vorsitzender
Günter Frenz
Reiner Görg

Rudolf Marx
Dipl.-Kfm. Ralf Stefan Stöppler
Bernd Woide

Geschäftsführung: Dr. Peter Szepanek

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.01.1967
Gesellschaftsvertrag: 10.11.1996, letzte Änderung 19.06.2000
Handelsregister: Fulda, HRB 84
Stammkapital: 7.420.000 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	Überlandwerk Fulda AG
Vogelsbergkreis	Landkreis Fulda
Stadt Alsfeld	Stadtwerke Lauterbach GmbH
Stadt Schlüchtern	Gemeinde Neuhaus
Stadt Steinau an der Straße	Gemeinde Großlütten
Mainz-Kinzig-Kreis	Gemeinde Bad Salzschlirf
Gemeinde Eichenzell	

Stammeinlagen:

	€	in %
Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH	2.730.000,00	36,79
Überlandwerk Fulda AG	2.730.000,00	36,79
Vogelsbergkreis	460.350,00	6,20
Landkreis Fulda	448.050,00	6,04
Stadt Alsfeld	204.600,00	2,76
Stadtwerke Lauterbach GmbH	179.050,00	2,41
Stadt Schlüchtern	158.950,00	2,14
Gemeinde Neuhaus	127.900,00	1,72
Stadt Steinau	104.200,00	1,41
Gemeinde Großlütten	88.300,00	1,19
Main-Kinzig-Kreis	68.900,00	0,93
Gemeinde Bad Salzschlirf	59.850,00	0,81
Gemeinde Eichenzell	59.850,00	0,81
	<u>7.420.000,00</u>	<u>100,00</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA	2008	2007	PASSIVA	2008	2007
	€	€		€	€
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immat. Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	7.420.000,00	7.420.000,00
1. Konzessionen und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	328.937,00	359.910,00	II. Kapitalrücklage	2.347.906,68	2.347.906,68
II. Sachanlagen			III. Gewinnrücklagen	2.542.000,00	2.538.564,00
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	332.824,00	432.792,00	IV. Bilanzgewinn	1.454.730,96	1.636.653,33
2. Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen	1.530.628,00	1.135.438,00	Summe Eigenkapital	13.764.637,64	13.943.124,01
3. Verteilungsanlagen	20.562.608,00	20.101.412,00	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	6.384.682,00	6.581.708,00
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.946,00	41.540,00	C. Rückstellungen		
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	95.996,00	86.157,00	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	95.627,00	99.003,00
Summe Anlagevermögen	22.563.002,00	21.797.339,00	2. Steuerrückstellungen	4.580,33	0,00
	22.891.939,00	22.157.249,00	3. Sonstige Rückstellungen	982.906,00	612.000,00
B. Umlaufvermögen			Summe Rückstellungen	1.083.113,33	711.003,00
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			D. Verbindlichkeiten		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.675.756,70	6.102.678,70	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.882.352,00	2.441.176,00
2. Forderungen gegen Gesellschafter	207.475,04	22.404,82	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	538.956,26	84.762,25
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.381.789,51	1.204.516,67	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	7.463.082,53	5.232.545,59
	11.265.021,25	7.329.600,19	4. Sonstige Verbindlichkeiten	2.096.847,00	3.060.636,58
II. Guthaben bei Kreditinstituten	54.914,26	2.567.128,99	Summe Verbindlichkeiten	12.981.237,79	10.819.120,42
Summe Umlaufvermögen	11.319.935,51	9.896.729,18			
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.233,25	977,25			
	34.216.107,76	32.054.955,43		34.216.107,76	32.054.955,43

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	45.256.117,45	36.181.254,07
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.006.946,57	923.479,79
Gesamtleistung	46.263.064,02	37.104.733,86
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	37.117.537,93	28.635.213,02
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.185.681,04	1.561.245,13
Summe Materialaufwand	39.303.218,97	30.196.458,15
Rohergebnis	6.959.845,05	6.908.275,71
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.283,25	12.167,48
Summe Personalaufwand	7.283,25	12.167,48
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.562.518,00	2.561.299,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.597.784,01	2.692.307,69
Betriebsergebnis	1.597.784,01	1.642.501,54
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25.268,06	63.707,38
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	190.953,19	130.652,44
Finanzergebnis	-165.685,13	-66.945,06
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.432.098,88	1.575.556,48
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	410.527,81	595.748,65
11. Sonstige Steuern	57,44	57,01
12. Jahresüberschuss	1.021.513,63	979.750,82
13. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage	3.436,00	48.988,00
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	436.653,33	705.890,51
15. Bilanzgewinn	1.454.730,96	1.636.653,33

Ausgewählte Kennzahlen

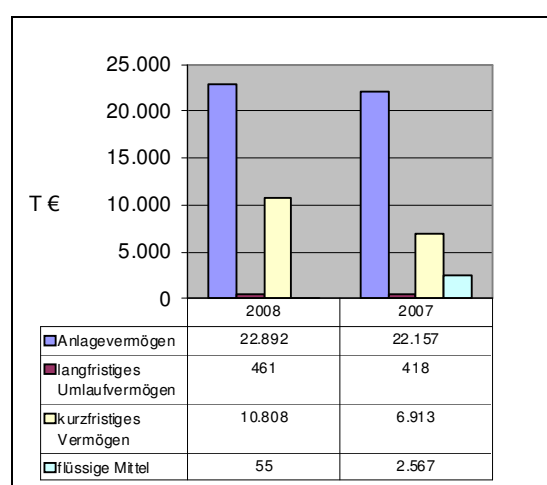
Anzahl der Mitarbeiter:

Von der Berichtsgesellschaft werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.
Die Betriebsführung nimmt die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH wahr.

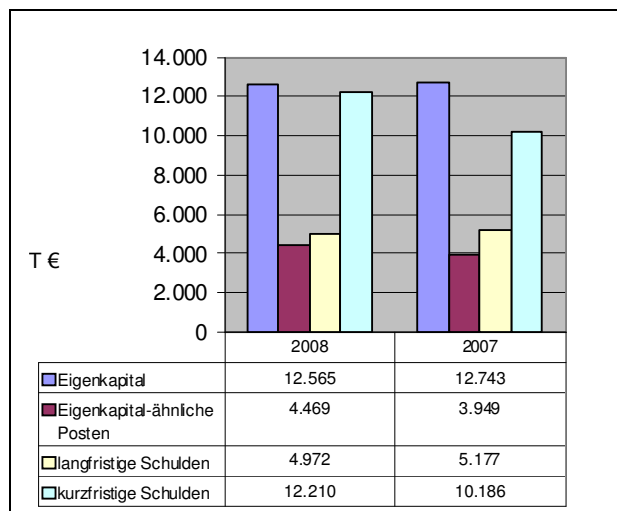
Größe der Gesellschaft:

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB.

Vermögensstruktur



Kapitalstruktur



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs:

Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens:

Dividende	1.200.000,00 €
Anteil VBK 6,2 %	74.400,00 €
abzgl. Steuern =	62.668,39 €

Kreditaufnahmen:

keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:

keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

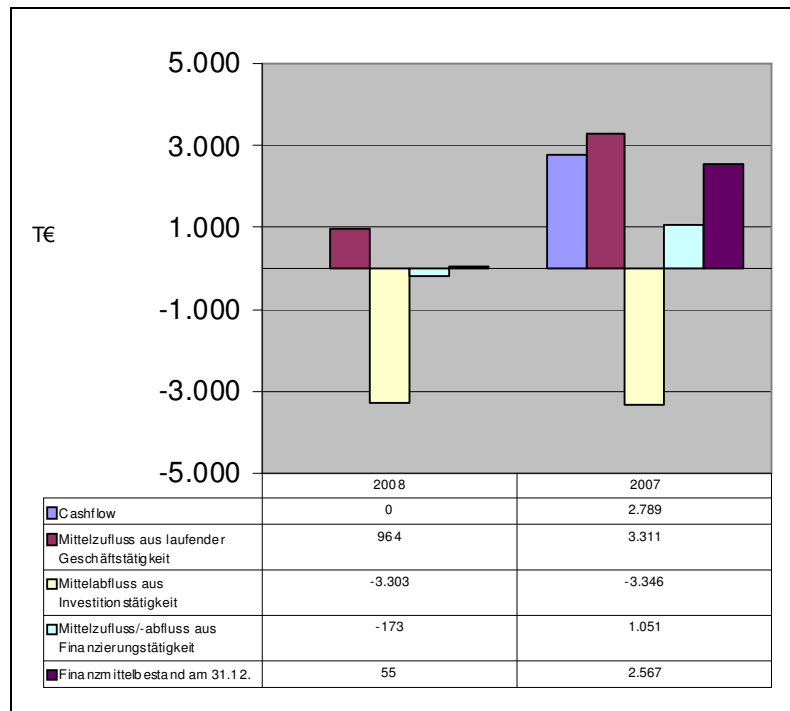
Stammeinlage 6,2 % = 460.350 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Gesellschaft dient der regionalen Versorgung mit Gas/Wasser.

Finanzlage des Unternehmens:



Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Wirtschaftliche Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2008 war trotz Rückgang des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf 1,4 Mio. € (-9,1 %) ein erfolgreiches Jahr. Der Ergebnismrückgang beruht auf einmaligen Sonderfaktoren infolge der neuen regulatorischen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus wurde das Ergebnis durch die spätere Weitergabe von gestiegenen Gasbezugskosten an die Tarifikunden belastet.

Die Wertschöpfung unseres Unternehmens lag bei 2,2 Mio. € (Vorjahr 2,4 Mio. €).

Gasversorgung

Unser Gashandel erzielte ein Gasabsatz von 1.062,0 Mio. kWh (+2,8 %). Durch die zum Vorjahr etwas kühlere Witterung stieg der Absatz an Tarifikunden aufgrund des höheren Heizbedarfs um 4,8 %. Bei den Großkunden, die weniger witterungs- als vielmehr produktionsgeprägt sind, war ein Anstieg von 2,2 % zu verzeichnen. Der Betriebsverbrauch, der überwiegend die innerbetrieblichen Lieferungen an die Wärme- und Contractingsparte enthält, erzielte einen Zuwachs von 7,8 %.

Die Absatzentwicklung an unseren öffentlichen Erdgastankstellen in Alsfeld und Lauterbach ist weiterhin sehr positiv. Insgesamt wurden an den Tankstellen 4,0 Mio. kWh verkauft, das sind 19,2 % mehr als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasgeschäft sind mengen- und preisbedingt um 21,9 % auf 49,8 Mio. € gestiegen. Infolge der „explodierenden“ Ölpreise verteuerte sich zeitverzögert auch unser Gaseinkauf, so dass wir die Nettopreise der Tarifikunden zum 01.03.2008 um

0,5 Cent/kWh und zum 01.11.2008 um 1,2 Cent/kWh anheben mussten. Bei den Großkunden erfolgten die Preisanpassungen in der Regel quartalsweise.

Die energiepolitisch gewollte Forcierung von erneuerbaren Energieträgern sowie die verhaltene Tätigkeit im Wohnungsbausektor dämpften die Akquisition von neuen Gaskunden. Trotzdem konnten zufriedenstellende Zuwächse erzielt werden. Die erfolgreiche Neukundengewinnung zeigt unter anderem auch, dass GWV marktgerechte Preise bietet. Der Gas-zu-Gaswettbewerb hat sich deutlich belebt. Der Anteil der Kunden, die im GWV-Netz durch fremde Händler beliefert wurden, lag Ende 2008 bei 1,1 %.

Wasserversorgung

Seit 01.01.2004 führen wir den technischen Betrieb der Trinkwasseranlagen für die Stadt Gersfeld (Rhön) durch. Ab dem 01.04.2008 haben wir einen weiteren Betriebsführungsvertrag abgeschlossen, und zwar mit der Gemeinde Poppenhausen (Wasserkuppe) für die Betriebsführung der Wassergewinnung, -aufbereitung und -speicherung. Die erzielten Nebengeschäftserlöse liegen projektbedingt 9,4 % unter dem Vorjahr.

Wärmeversorgung und Contracting

Das Geschäftsfeld konnte auch 2008 weiter ausgebaut werden. So erreichten wir unter anderem bei dem als „Rundum-Sorglos-Paket“ für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden konzipierten Contractingprodukt „relaxWäreme“ deutliche Zuwachsraten. Es zeichnet sich damit ab, dass sich das Produkt „relaxWäreme“ auf Dauer am Markt etablieren kann. Insgesamt stieg der Wärmeabsatz jedoch unterdurchschnittlich auf 4.083 MWh_{therm} (+2,4 %), da bei einem Großkunden produktionsbedingte Mengenrückgänge zu verzeichnen waren. Dadurch ging auch der Stromabsatz um 7,9 % zurück. Die Stromerlöse stiegen um 10,6 % auf 0,6 Mio. €.

Für die Stromerzeugung setzen wir ein BHKW sowie eine Mikrogasturbine ein. Die Mikrogasturbine ist Teil der Energieversorgung in einem Keltereibetrieb. Es handelt sich hierbei um ein Pilotprojekt, das seit Herbst 2004 im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung durchgeführt wird.

Investitionen

Das Volumen bewegt sich mit 3,3 Mio. € auf Vorjahresniveau. Der größte Teil der Investitionen floss in den weiteren Ausbau unserer Gasnetze. Davon entfielen 1,9 Mio. € auf Hauptleitungen und 0,6 Mio. € auf neue Hausanschlüsse einschließlich Zähler und Regler. Für den Ersatz einer Übergabestation wurden 0,5 Mio. € aufgewandt. In neue Contractinganlagen wurden 0,2 Mio. € investiert.

Vermögens-, Kapital- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens ist infolge des gestiegenen Gesamtvermögens von 69,1 % auf 66,9 % zurückgegangen. Das Anlagevermögen ist zu 96,1 % (Vorjahr 98,7 %) mit langfristigem Kapital gedeckt. Der Anstieg des kurzfristigen Vermögens auf 31,6 % (Vorjahr 21,6 %) ergibt sich im Wesentlichen preisbedingt aus höheren Forderungen für Gaslieferungen, dadurch reduzierten sich die flüssigen Mittel von 8,0 % auf 0,2 %.

Die Eigenkapitalquote liegt – unter Einbeziehung der eigenkapitalähnlichen Posten – bei 49,8 % (Vorjahr 52,1 %). Der Cashflow bewegt sich mit 2,9 Mio. € knapp über Vorjahresniveau. Unser Finanzmittelbestand am Jahresende umfasste 0,1 Mio. € (Vorjahr 2,6 Mio. €).

Risikofrüherkennung

Wir haben seit einigen Jahren ein systematisches Risikomanagement implementiert. Dementsprechend wurden auch in 2008 das Risikohandbuch aktualisiert, bestehende Risiken überprüft und neue Risiken – insbesondere infolge des sich verschärfenden Wettbewerbs am Gasmarkt sowie durch die ab 2009 begonnene Anreizregulierung – identifiziert. Die in der Riskmap dokumentierten Ergebnisse der Risikobewertung ergeben keine bestandsgefährdenden Risiken.

Das Risiko aus dem Einsatz von Finanzinstrumenten zur Absicherung von wichtigen Transaktionen begrenzen wir weitestgehend durch korrespondierende Vertragsgestaltung. Beim Betrieb der Gas- und Wasserversorgungsanlagen erfüllen wir die Anforderungen an die Qualifikation und Organisation des technischen Bereichs gemäß DVGW-Arbeitsblatt G1000 (Gas) und W1000 (Wasser). Das DVGW-Zertifikat zum „geprüften technischen Sicherheitsmanagement (TSM)“ wurde uns bereits 2002 erteilt. In 2007 haben wir uns erfolgreich einer Wiederholungsprüfung gestellt. Um unsere Leistungsfähigkeit, insbesondere bei Störfällen, noch weiter zu verbessern, wurden in 2008 alle Einsatzfahrzeuge mit mobiler Datentechnik und GPS-Ortung ausgestattet.

Ausblick, Chancen und Risiken:

Beim Gasabsatz sind wir mit gegensätzlichen Entwicklungen in das neue Jahr gestartet. Einerseits stieg der Gasabsatz an Tarifikunden witterungsbedingt bis Ende Februar um 29,7 %, andererseits zeichnen sich aber im Bereich der Großkunden mit -11,1 % erste Auswirkungen der Finanzkrise ab. Durch Kundenverluste reduzierte sich der Absatz anteilig um 3,0 %. Insgesamt ergab sich noch ein Absatzplus von 3,8 %. Für das Geschäftsjahr planen wir insgesamt einen leichten Absatzrückgang von 2,8 %.

Unsere Gaseinkaufspreise sind vertraglich an die Entwicklungen beim Heizöl gebunden und folgen diesen zeitverzögert. Auf den extremen Preisanstieg bis Mitte 2008 folgte im zweiten Halbjahr ein starker Rückgang der Heizölpreise. Dementsprechend ergeben sich sinkende Gaseinkaufspreise zum 01.04.2009. In Anbetracht des erwarteten hohen Preisdrucks in der allgemeinen öffentlichen Stimmungslage haben wir uns aus Marketinggründen entschlossen, die Tarifpreise schon zum 01.03.2009 massiv um 1,75 Cent/kWh netto zu senken. Die aktuellen Tarifpreise liegen somit wieder auf dem Niveau von 2006. Im Zuge der Preissenkung haben wir gleichzeitig unseren Tarifikunden versprochen, den Gaspreis bis Ende des Jahres nicht zu erhöhen. Die Weitergabe der Preissenkungen an unsere Großkunden erfolgt vereinbarungsgemäß – in der Regel quartalsweise.

Im Bereich des Gasnetztes trat ab 2009 an die Stelle der bisher kostenbasierten Genehmigung von Netzentgelten die Vorgabe von Erlösobergrenzen durch die Regulierungsbehörden im Rahmen der Anreizregulierung. Basis für die Ermittlung der Erlösobergrenzen ist der Effizienzwert des jeweiligen Unternehmens. Wir haben uns für die Option der Teilnahme am so genannten vereinfachten Verfahren entschieden, so dass sich die uns vorgegebene Erlösobergrenze an einem definierten durchschnittlichen Effizienzwert orientiert.

Chancen und Risiken, die sich aus der Anreizregulierung ergeben, werden von uns intensiv analysiert und die erforderlichen Maßnahmen rechtzeitig eingeleitet. Die nach aktuellem Stand erkennbaren mittelfristigen Risiken für unseren wirtschaftlichen Erfolg halten wir für beherrschbar.

Der Gas-zu-Gas-Wettbewerb wird auch in 2009 weiter zunehmen. Wir begegnen den mit der Marktöffnung verbundenen Risiken – insbesondere dem Verlust von Kunden – weiterhin mit günstigen und marktorientierten Verkaufspreisen, mit gutem Service, konsequenter Kundenorientierung und Beratungsleistungen zum effizienten Energieeinsatz. Um den Gasabsatz steigern zu können, werden wir unser Versorgungsnetz noch ausbauen und neue Kunden akquirieren. Im Rahmen unserer Verdichtungsaktion bieten wir für den Ein-/Zweifamilienhausbereich weiterhin unter dem Motto „Umsteigen lohnt sich“ das Förderprogramm „Erdgas-Brennwertheizung und Solar“ an. Auch die Beratung von Gewerbekunden über den ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung sowie von Erdgas als Treibstoff für Fahrzeuge setzen wir fort. Darüber hinaus unterstützen wir aktiv die Einführung von neuen Technologien. Mit Gasklimageräten, Gas-Wärmepumpen sowie mit Mikrogasturbinen, Mini-BHKWs und stromerzeugenden Heizungen bieten sich neue Chancen zur Erschließung von weiteren Absatzpotenzialen auch im Haushaltsbereich. Der Wärmeabsatz liegt derzeit witterungsbedingt 23,9 % über Vorjahr. Für das Geschäftsjahr planen wir einen Anstieg von 5,1 %.

Im Contracting-Bereich bieten wir im Rahmen der Beratung von Industrie, Gewerbe und Kommunen die Erarbeitung von kundenindividuellen Energielösungen an. Und mit „relax-Wärme“ stellen wir ein „Rundum-Sorglos-Paket“ für den Heizungsbetrieb in Wohngebäuden zur Verfügung. Wir werden unsere Akquisitionsbemühungen unverändert fortsetzen.

Für Investitionen ist ein Gesamtbudget von 2,1 Mio. € vorgesehen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 1,2 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Gasbereich, infolge der Regulierung. Für weitere Contractinganlagen steht ein vergleichbares Budget wie im Vorjahr zu Verfügung.

Infolge der Finanzkrise zeichnet sich immer mehr ab, dass auch die Realwirtschaft in eine Krise gezogen wird. Die sich hieraus ergebenden Risiken werden in der laufenden Unternehmenssteuerung berücksichtigt. Insgesamt gehen wir zuversichtlich in das Jahr 2009 und rechnen mit einem noch zufriedenstellenden Unternehmensergebnis.

Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis

Eselswörth 23, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 9671-0 - Fax: 06641 / 9671-20
E-Mail: info@zav-online.de
Internet: www.zav-online.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Einsammeln und Befördern der Abfälle im Gebiet des Vogelsbergkreises (gemäß Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAHA) § 4 Absatz 3 bis 5.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Aufgabe lt. § 2 der Satzung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01.08.1987

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Der ZAV ist auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung tätig, daher keine wirtschaftliche Betätigung gegeben.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung: Johannes Averdung - Vorsitzender

Vorstand: Jürgen Adam - Vorsitzender

Geschäftsführung: Dr. Hansjörg Fuchs

Mitglieder: Vogelsbergkreis, 18 Städte und Gemeinden des Vogelsbergkreises (außer Wartenberg - erst ab 01.01.2008)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Körperschaft des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.08.1987
<i>Satzung:</i>	13.03.1987, zuletzt geändert am 21.11.2007
<i>Handelsregister:</i>	kein Eintrag
<i>Stammkapital:</i>	kein Stammkapital
<i>Beteiligungen:</i>	Neue Energien Vogelsbergkreis GmbH AbfallEntsorgungGesellschaft Vogelsbergkreis mbH - AEGV

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Jahres-Sollabschluss

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	Insgesamt €
A. EINNAHME			
1. Soll-Einnahmen	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
2. + Neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
4. ./ Abgänge bei den HHeinnahmeresten	0,00	0,00	0,00
5. ./ Abgänge bei den Kasseneinnahmeresten aus Vorjahren		0,00	0,00
6. Summe der bereinigten SOLL-EINNAHMEN	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
B. AUSGABE			
1. Soll-Ausgaben	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
2. + Neue Haushaltsausgabereiste	0,00	0,00	0,00
3. Summe Ziffer 1. und 2.	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
4. ./ Abgänge bei den HHausgabereisten aus Vorjahren	0,00		0,00
5. ./ Abgänge bei den Kassenausgabereisten aus Vorjahren	0,00	0	0,00
6. Summe der bereinigten SOLL-AUSGABEN	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
C. ABSCHLUSS			
1. Bereinigte Soll-Einnahmen	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
2. Bereinigte Soll-Ausgaben	9.917.671,06	1.249.923,04	11.167.594,10
3. Etwaiger Unterschied Soll-Einnahmen ./ Soll-Ausgaben (Fehlbetrag = [-])	0,00	0,00	0,00

Gesamt-Rechnungsabschluss des Verwaltungs- und des Vermögenshaushalts

Bezeichnung	VWHH €	VMHH €	VG €	VS €	Gesamtbetrag €
IST-Einnahmen	9.834.468,76	1.249.923,04	7.367.072,14	9.920.000,00	28.371.463,94
IST-Ausgaben	9.983.388,16	1.249.923,04	1.873.700,00	10.670.250,00	23.777.261,20
IST-Mehreinnahmen		0,00	5.493.372,14		5.493.372,14
- Mehrausgaben = (-)	-148.919,40			-750.250,00	-899.169,40
Kasseneinnahmereste	148.960,83	0,00	0,00	0,00	148.960,83
Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	41,43	0,00	5.493.372,14	-750.250,00	4.743.163,57
./ . Kasseinausgabereste	41,43	0,00	0,00	0,00	41,43
./ . Alte Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
./ . Neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe:</i>	41,43	0,00	0,00	0,00	41,43
Ausgleich / Fehlbetrag = (-)	0,00	0,00	5.493.372,14	-750.250,00	4.743.122,14

Vermögen

Bezeichnung der Vermögensart	Stand 01.01. €	Zugang €	Abgang €	Stand 31.12. €
VERMÖGEN NACH § 37 Abs. 1 GemHVO				
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
<u>1.1 Beteiligungen</u>				
Neue Energie Vogelsbergkreis GmbH	25.000,00	0,00	0,00	25.000,00
AEGV	47.601,27	0,00	0,00	47.601,27
	72.601,27	0,00	0,00	72.601,27
<u>1.2 Forderungen aus Darlehen</u>				
Forderung aus Darlehen an AEGV	517.550,26	0,00	129.387,56	388.162,70
AEGV	53.062,18	0,00	0,00	53.062,18
	570.612,44	0,00	129.387,56	441.224,88
<u>1. Forderungen des Anlagevermögens</u>				
1.1 Beteiligungen	72.601,27	0,00	0,00	72.601,27
1.2 Forderungen aus Darlehen	570.612,44	0,00	129.387,56	441.224,88
	643.213,71	0,00	129.387,56	513.826,15
Übersicht über die Rücklagen	6.612.178,03	0,00	1.120.535,48	5.491.642,55
Versorgungsrücklage (freiwillig)	262.609,00	0,00	23.940,65	238.668,35
Versorgungsrücklage (gesetzlich)	1.818,50	569,50	0,00	2.388,00

NEUE ARBEIT Vogelsberg gGmbH

- Kirchlich-kommunale Gesellschaft
für berufliche Integration -

Altenburger Str. 40, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9641-0 - Fax: 06631 / 9641-41
E-Mail: info@neue-arbeit-vb.de
Internet: www.neue-arbeit-vb.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Die qualifizierte Beschäftigung sowie die berufliche und persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung ins Erwerbsleben von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen, insbesondere Empfängern von Sozial- und Jugendhilfe im Vogelsbergkreis.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Zweck der Gesellschaft ist die allgemeine und berufsbezogene Volksbildung sowie die Wohlfahrtspflege für die genannten Personen mit dem Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ihnen die Sicherung ihrer Existenz aus eigener Kraft möglich wird. Die Gesellschaft wird damit in praktischer Ausübung christlicher Nächstenliebe im Sinne der Diakonie als Wesens- und Lebensäußerung der evangelischen Kirche tätig.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 40 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender

Otto Bäuscher - Geschäftsführer

Inge Herchenröder - Architektin

Magdalena Pitzer - Kreisbeigeordneter

Dr. Manfred Vogel

Geschäftsführung: Pfarrer Christoph Geist

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: gGmbH

Gründungsdatum: 26.01.1999

Gesellschaftsvertrag: 26.01.1999

Handelsregister: Gießen, HRB 5161

Stammkapital: 127.822,97 €

Beteiligungen: Neue Dienste Vogelsberg NDV GmbH, Alsfeld - 100 %

Gesellschafter und Stammeinlagen:

	€	in %
Vogelsbergkreis, Lauterbach	51.129,18	40
VAU Verbund für Ausbildung und Umwelt e.V., Alsfeld	25.564,59	20
Dekanat Alsfeld	12.782,30	10
Dekanat Homberg/Ohm	12.782,30	10
Dekanat Vogelsberg	12.782,30	10
Dekanat Schotten	12.782,30	10
	<u>127.822,97</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	2008 €	2007 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände	863,57	1.526,57
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	899.824,14	915.440,00
2. Technische Anlagen	27.828,00	31.418,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	111.371,43	85.901,73
	1.039.023,57	1.032.759,73
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
	1.089.887,14	1.084.286,30
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	148.796,36	232.863,77
2. Forderungen gegen Gesellschafter	332.711,08	332.711,08
3. Forderungen geg. verbund. Unternehmen	36.270,58	0,00
4. Sonstige Vermögensgegenstände	23.641,53	101.344,02
	541.419,55	666.918,87
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	425.899,91	167.006,95
	967.319,46	833.925,82
C. Rechnungsabgrenzungsposten	140,84	693,07
	2.057.347,44	1.918.905,19

PASSIVA

	2008 €	2007 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
II. Gewinnrücklagen	148.247,87	148.247,87
III. Verlustvortrag	129.051,31	180.356,71
IV. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	45.664,55	51.305,40
	192.684,08	147.019,53
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlage- vermögens	478.157,07	335.087,51
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	291.432,32	293.797,65
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Darlehensgebern	1.022.990,33	1.079.390,28
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	24.086,31	4.600,82
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	8.178,31
4. Sonstige Verbindlichkeiten	47.997,33	50.831,09
	1.095.073,97	1.143.000,50
	2.057.347,44	1.918.905,19

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	692.449,70	718.020,57
2. Betriebskostenzuschüsse	1.727.528,76	1.516.563,88
3. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	14.550,44	10.903,63
4. Sonstige betriebliche Erträge	355.551,29	455.827,10
	2.790.080,19	2.701.315,18
5. Materialaufwand:		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	312.597,89	264.147,88
	312.597,89	264.147,88
	2.477.482,30	2.437.167,30
6. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	1.244.192,82	1.227.545,35
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	316.489,53	290.420,43
	1.560.682,35	1.517.965,78
7. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	55.396,45	63.750,61
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	808.020,10	791.974,73
	2.424.098,90	2.373.691,12
Zwischenergebnis	53.383,40	63.476,18
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.994,29	1.739,24
10. Erträge aus Investitionszuschüssen	157.620,00	228.620,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.756,85	9.882,73
12. Aufwendungen aus der Zuführung von Investitionszuschüssen zu Sonderposten	157.620,00	228.620,00
	-3.762,56	-8.143,49
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49.620,84	55.332,69
14. Sonstige Steuern	3.956,29	4.027,29
15. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	45.664,55	51.305,40

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 70 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresüberschuss 45.664,55 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

*Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

gemeinnützige GmbH auf dem Gebiet Bildungs- und Sozialwesen

Auszug aus dem Lagebericht

1. Geschäftsentwicklung

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelang es auch im Geschäftsjahr 2008 nicht nur ein positives Betriebsergebnis zu erreichen, sondern auch durch einen deutlichen Überschuss den Verlustvortrag aus dem Jahre 2006 weiter zu reduzieren. Neben dem engagierten Einsatz des Personals bewährt sich darin auch weiter die gute zielorientierte Kooperation mit der kommunalen Vermittlungsagentur des Vogelsbergkreises.

Die Ende 2007 begonnenen neuen Projekte im Programm „Passgenau in Arbeit“ und im Sofortprogramm (Werkakademie) konnten in 2008 erfolgreich weitergeführt und etabliert werden. Die Fortsetzung der Werkakademie konnte über den Zuschlag in einer entsprechenden Ausschreibung auch schon für das Jahr 2009 abgesichert werden.

Mit dem Biogemüseanbau konnte außerdem ein weiterer pädagogisch besonders wertvoller Arbeitsbereich eröffnet werden, der nach EU-Ökoverordnung zertifiziert wurde und sich jetzt in Umstellung zum Bioland-Betrieb befindet..

Das Stammpersonal konnte 2008 endlich auf den erforderlichen Stand ausgeweitet werden. Angesichts nicht nur der gestiegenen Teilnehmerzahlen, sondern auch der weiteren Zunahme der sozialen und psychischen Probleme bei den TeilnehmerInnen brachte das eine spürbare Entlastung gerade auch in der pädagogischen Arbeit.

Die Zahl der Ausbildungsplätze konnte um 10 auf 36 aufgestockt werden. 4 Auszubildende schlossen im Geschäftsjahr erfolgreich ihre Ausbildung ab und konnten in Arbeit vermittelt werden. Ein Auszubildender schied wegen Umzugs aus, setzte aber am neuen Wohnort die Ausbildung fort. Ein Teilnehmer brach die Ausbildung leider ohne Anschlussperspektive ab.

Im Geschäftsjahr betreute die NEUE ARBEIT insgesamt 447 TeilnehmerInnen (ohne die 106 TeilnehmerInnen im Sofortangebot, die auch in den folgenden Zahlen nicht berücksichtigt sind). Inclusive aller, auch der Abbrüche noch in der Testphase (ca. 40) schieden im Jahre 2008 243 TeilnehmerInnen aus Maßnahmen aus (18 davon als Reha- oder Krankheitsfälle). 32 konnten in Arbeit vermittelt werden, 15 in Ausbildung, 6 in Weiterbildung und 12 mündeten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach § 16e SGB II bei der NEUEN ARBEIT ein.

Die Leistung der NEUEN ARBEIT in Teilnahme-Monaten betrug im Geschäftsjahr 2408 zuzüglich 187 Teilnahme-Monate im Sofortprogramm. Aus dem Sofortprogramm wurden 21 TeilnehmerInnen in Arbeit vermittelt, 16 in Ausbildung, 4 in Weiterbildung und 32 in weiterführende Maßnahmen bei der NEUEN ARBEIT. 12 waren Reha- oder Krankheitsfälle. 21 Personen wurden an die Kommunale Vermittlungsagentur zurück verwiesen.

Trotz intensiver Bemühungen konnte im Geschäftsjahr noch keine Lösung für die dringenden Raumprobleme gefunden werden. Allerdings wurde der Ausbau des Dachgeschosses im Kantinengebäude in Angriff genommen und die Planung für das zusätzliche Treppenhaus am ehemaligen Produktionsgebäude soweit abgeschlossen, dass der Bauantrag gestellt werden konnte. Beide Maßnahmen sollen in 2009 nach Möglichkeit zum Abschluss gebracht werden.

Zur flexibleren und ökonomischeren Nutzung der Arbeitszeit können Stamm-MitarbeiterInnen unterschiedliche Modelle von variablen Arbeitszeiten und auch Teilzeitarbeit nutzen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden keine Veränderungen der Rechtsform, der Gesellschaftsstruktur und auch keine anderen unternehmensrelevanten Änderungen vorgenommen.

Die jährliche Überprüfung der Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb erbrachte keine Beanstandungen. Die Zertifizierung wurde 2008 bestätigt. Nach erfolgreicher Implementierung eines Qualitätsmanagement-Systems im Gesamtbetrieb und der Zertifizierung durch den TÜV nach DIN EN ISO 9001 - 2000 im Jahre 2006 ergab das Wiederholungsaudit 2008 keine Beanstandungen.

2. Darstellung der Lage

Die Zahlungsfähigkeit der NEUEN ARBEIT war im Geschäftsjahr auf Grund planvoller und ausgewogener Liquiditätsüberwachung jederzeit gegeben. Auch Dispositionskredite mussten nicht Anspruch genommen werden.

Für das Jahr 2009 gibt es mehrere Initiativen und Pläne die vorhandenen Kapazitäten der NEUEN ARBEIT für sinnvolle und notwendige Qualifizierungsmaßnahmen, speziell auch für die Zielgruppe der Alleinerziehenden zu nutzen. Angesichts der besonderen wirtschaftli-

chen Situation mit den entsprechenden Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt besteht hier auch eine besonders evidente gesellschaftliche Notwendigkeit.

Nicht geklärt ist allerdings auch die angesichts der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt dringend erforderliche weitere Aufstockung der Ausbildungsplätze. Möglichkeiten einer Unterstützung des Landes sind noch nicht kalkulierbar. Vorhandene zusätzliche Initiativen aus dem Diakonischen Werk bedürfen einer Re-Finanzierung durch die kommunale Vermittlungsagentur des Vogelsbergkreises.

Der inzwischen so gut wie abgeschlossene Kauf einer stark sanierungsbedürftigen Halle mit Grundstück in Alsfeld durch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau als weitere Betriebsstätte für die Neue Arbeit, insbesondere auch als Bauwerkstatt, bietet für die Zukunft deutlich bessere räumliche Bedingungen, ist aber vorerst einmal mit der immensen Herausforderung verbunden, durch Sanierung und Ausbau erst selbst die Nutzungsvoraussetzungen zu schaffen. Andererseits bieten sich dabei ausgezeichnete Qualifizierungsmöglichkeiten in den verschiedensten Baugewerken.

3. Hinweise auf künftige Entwicklungen

Die mit der Einführung des SGB II notwendig verbundene Konzentrierung der Arbeit auf diesen neuen Rechtskreis und damit auf die Finanzierung auf dieser Grundlage bleibt auch weiterhin - schon allein wegen der so nicht mehr ausreichend gegebenen Diversifizierung auf verschiedene Zuschussgeber - ein nicht zu unterschätzendes Risiko, um so mehr als hier auch weiterhin mit erheblichen, auch plötzlichen Veränderungen durch auch kurzfristige politische Entscheidungen gerechnet werden muss. Die sich immer deutlicher abzeichnenden strukturellen Veränderungen, die eindeutig den Möglichkeiten überregional arbeitender großer Träger entgegen kommen, schränken die Beteiligung kleiner regional arbeitender Gesellschaften, wie der NEUEN ARBEIT, weiter ein, weil sie die Vorteile regionaler Einbindung und Kontinuität nicht ausreichend berücksichtigen.

Dass sich daraus immer wieder auch plötzliche Risiken entwickeln können, ist nicht auszuschließen.

Deutlich ausbaufähig und für beide Seiten auch vorteilhaft wäre die Weiterentwicklung von immer noch in den Anfängen stehenden Auftragsarbeiten, die der Vogelsbergkreis an die NEUE ARBEIT vergeben könnte.

Stabilisierende Unterstützung der Entwicklung der NEUEN ARBEIT ist von der beabsichtigten Gründung einer gemeinnützigen kirchlichen Stiftung mit dem Zweck der Unterstützung der NEUEN ARBEIT zu erwarten. Die dafür vorgesehene Einbringung der Immobilien der Neuen Arbeit in die Stiftung sichert diese vor wirtschaftlichen Risiken ab und ermöglicht eine auch langfristige Unterstützung der Vorhaben der NEUEN ARBEIT aus Stiftungserträgen.

Ausblick:

4. Voraussichtliche Entwicklung

Auch für die Zukunft wird es notwendig sein, schnell, flexibel und kreativ auf neue Herausforderungen zu reagieren. Das wird auch weiter nicht ohne überdurchschnittliches Engagement auch aller Mitarbeitenden gelingen.

Ständiger Auftrag bleibt, dafür Sorge zu tragen, dass sich pädagogischer Auftrag und wirtschaftliche Aktivität zur Refinanzierung eines guten Teils der Kosten nicht verselbständigen, sondern zu Synergien führen.

Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH

Schwabenröder Str. 81, 36304 Alsfeld

Tel.: 06631 / 98-0- Fax: 06631 / 98-1118

E-Mail: info@kreiskrankenhaus-alsfeld.de

Internet: www.kreiskrankenhaus-alsfeld.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

Betrieb des Kreiskrankenhauses des Vogelsbergkreises in Alsfeld einschließlich zugehöriger Ausbildungsstätten, Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben als Krankenhausträger. Ferner ist Gegenstand der Betrieb der Sozialstation Alsfeld/Romrod.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Gesundheitswesen

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1999

Anteile in %: 100 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 52, 55 bis 57 der Abgabenordnung (AO).

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitzender	Landrat Rudolf Marx
stellv. Vorsitzender	Dr. Arno Wettlaufer
Mitglieder des Kreistages	Friedel Kopp Jürgen Ackermann Ingeborg Beckmann-Launer Dr. Bernd Stumpf
Sachkundige Personen	Christian Kujawa Matthias Gorsler Herbert Diestelmann
Mitglieder des Betriebsrates	Monika Raab Horst Wlodarczyk-Götz

Geschäftsführung: Henner Häfner, Dipl. Krankenhaus-Betriebswirt (DKI)

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	16.08.1999
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	16.08.1999
<i>Handelsregister:</i>	Gießen, HRB 5326
<i>Stammkapital:</i>	6.000.000 €
<i>Beteiligungen:</i>	1. Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) mit 51 % - Stammkapital 25.000 € 2. AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS) mit 100 % - Stammkapital 25.000 €

Gesellschafter: Vogelsbergkreis

Bilanz des Unternehmens (Konzern)

AKTIVA		2008	2007	PASSIVA		2008	2007
		€	Tsd. €			€	Tsd. €
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immat. Vermögensgegenstände				1. Gezeichnetes Kapital		6.000.000,00	66.000,0
Software		188.351,00	77,4	2. Gewinnrücklagen/Andere Gew.Rückl.		4.381.424,54	4.381,4
II. Sachanlagen				3. Gewinnvortrag		118.511,71	43,5
1. Grundstücke und Bauten einschließlich	21.226.604,88		21.930,6	4. Konzernergebnis		3.780,78	75,0
Bauten auf fremden Grundstücken				5. Ausgleichsposten für Anteile		50.255,99	42,3
2. Technische Anlagen	92.315,00		80,6				
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.742.482,00		1.603,9				
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen	874.116,64		424,2				
im Bau							
	24.935.518,52			B. Sonderposten für Investitions-		10.553.973,02	70.542,2
				zuschüsse zum Anlagevermögen			
III. Finanzanlagen						15.816.624,80	16.217,5
1. Beteiligungen	5.500,00		5,5	C. Rückstellungen			
	5.500,00		5,5	1. Rückstellungen für Pensionen und		508.721,85	457,1
B. Umlaufvermögen				ähnliche Verpflichtungen			
I. Vorräte				2. Steuerrückstellungen		8.330,00	4,0
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	207.073,63		201,3	3. Sonstige Rückstellungen		1.265.202,96	1.165,1
2. Unfertige Leistungen	343.429,12		374,9			1.782.254,81	1.626,2
3. Geleistete Anzahlungen	155.809,04		155,8	D. Verbindlichkeiten			
	706.311,79		732,0	1. Verbindlichkeiten gegenüber		0,00	6,0
II. Forderungen und sonstige				Kreditinstituten			
Vermögensgegenstände				2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen		627.890,91	679,5
1. Forderungen aus Lieferungen und	3.287.892,44		3.817,6	und Leistungen			
Leistungen				3. Verbindlichkeiten gegenüber		0,00	35,1
2. Forderungen nach dem Krankenhaus-	46.000,00		435,0	Gesellschaftern			
finanzierungsrecht				4. Verbindlichkeiten nach dem Kranken-		1.446.663,52	1.816,3
3. Sonstige Vermögensgegenstände	454.009,76		527,1	hausfinanzierungsrecht			
	3.787.902,20		4.779,7	5. Sonstige Verbindlichkeiten		583.453,57	536,7
III. Kassenbestand, Guthaben bei						2.658.008,00	3.073,6
Kreditinstituten							
	1.192.097,63		1.822,5	E. Rechnungsabgrenzungsposten		8.160,00	2,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten						30.819.020,63	31.461,6
	3.339,49		5,2				
	30.819.020,63		31.461,6				

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern)

	2008 €	2007 Tsd. €
1. Umsatzerlöse	24.793.792,92	23.743,7
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	-31.421,60	-19,3
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.148.815,12	1.878,7
	26.911.186,44	25.603,1
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.501.646,35	4.254,3
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	679.938,97	782,6
	5.181.585,32	5.036,9
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	14.405.992,68	13.522,3
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.705.825,29	3.507,8
	18.111.817,97	17.030,1
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.674.250,91	1.455,0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.984.012,07	2.034,0
	3.658.262,98	3.489,0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67.014,71	47,8
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	691,17	3,8
	66.323,54	44,0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	25.843,71	91,1
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	9.780,55	5,3
12. Sonstige Steuern	4.360,60	4,3
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11.702,56	81,5
14. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	7.921,78	6,5
15. Konzernergebnis	3.780,78	75,0

Ausgewählte Kennzahlen

<i>Anzahl der Mitarbeiter:</i>	KKH GmbH	433,22 (Jahresdurchschnitt)
	KAD GmbH	79,75 (Jahresdurchschnitt)
	AMANDUS GmbH	95,31 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht Stammeinlage 6.000.000 €
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 11.702,56 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	*) Bürgschaft
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

*) Beschluss des Kreistages des Vogelsbergkreises vom 11.09.2006:
Übernahme einer Bürgschaft zugunsten der Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises
in Alsfeld GmbH für einen Kontokorrektkredit bis zu einer Höhe von 2.500.000,00 €
(Schuldenurkunde vom 13.01.2007)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Gesundheitsversorgung der Region

Auszug aus dem Lagebericht

Geschäftsverlauf:

A. Vorbemerkungen

Rechtsgrundlagen für die Erstellung des vorliegenden Lageberichtes des Kreiskrankenhauses Alsfeld sind § 289 Abs. 1 HGB und § 315 HGB. Ferner liegt dem Bericht die am 01. Januar 1987 in Kraft getretene Krankenhausbuchführungsverordnung in der Fassung vom 13. Juli 2003 (BGBl I. S. 1430/1461) zugrunde. Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Eigengesellschaft des Landkreises (§ 52 HKO, § 122 HGO). Die kommunalrechtlichen Organisationspflichten und Regelungen zur Wirtschaftsführung wurden erfüllt. Vom Wahlrecht der Zusammenfassung von Lagebericht und Konzernlagebericht gemäß § 315 Abs. 3 i. V. m. § 298 Abs. 3 HGB machen wir Gebrauch.

Der Lagebericht hat nach der Gesetzesvorgabe, soweit erforderlich, den Jahresabschluss weiter zu erläutern, um einen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage für die Adressaten sicherzustellen. Darüber hinaus werden im Lagebericht die Gesamtverhältnisse, die Marktstellung, die Entwicklungsmöglichkeiten sowie deren Chancen und Risiken dargestellt.

Gemäß § 316 Abs. 1 und 2 HGB unterliegen der (Konzern-) Jahresabschluss und der (Konzern-) Lagebericht der Gesellschaft der Prüfung. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat mit der Durchführung dieser Prüfung die Beratungs- und Prüfgesellschaft BPG mbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster, beauftragt.

Lagebericht

Geschäftsverlauf

Die allgemeine Situation der Krankenhäuser in der Bundesrepublik ist seit Jahren durch große Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gekennzeichnet. Ungeachtet dessen stellt sich das Kreiskrankenhaus den Herausforderungen der Zeit.

So wird z. B. der Grundsatz, ambulant vor stationär, in Alsfeld konsequent umgesetzt. Die Zahl der ambulant durchgeführten Eingriffe erreicht mittlerweile mehr als ein Drittel der operativen Leistungen. Daneben hat das Krankenhaus sein Spektrum in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Die eingegliederte Sozialstation, Pflegeüberleitung und Sozialdienst, Kurzzeitpflege, ambulante Physiotherapie, Zusammenarbeit mit einer Dialyseeinrichtung, Gründung von Tochtergesellschaften, Kooperationen mit Fachärzten u.v.m. haben das Krankenhaus über seinen ursprünglichen Aufgabenbereich hinaus - für die stationäre Behandlung Kranker zu sorgen - in der Region als anerkannten Gesundheitsdienstleister positioniert.

Die Abrechnung der Krankenhausleistungen seit 2004 in Form von Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups - DRG`s), ist mittlerweile Alltagsroutine geworden.

Seit 2005 gilt ein landesweiter Basisfallwert als Richtgröße für die individuellen Budgets der Kliniken. Ursprünglich sollte diese Funktion als „Richtgröße“ bis zum Jahr 2009 aufgehoben und dann ein vorgegebener Landesfallwert für alle Kliniken gelten. In den Jahren zwischen 2005 und 2009 hatten die Kliniken die Möglichkeit, ihren individuellen Fallwert der Richtgröße anzupassen und zwar in fünf sogenannten Konvergenzschritten. Nun ist diese Konvergenzphase um ein weiteres Jahr verlängert worden. Allerdings gelang es dem Krankenhaus ab 2007, seinen individuellen Fallwert unter die Richtgröße zu bringen, so dass die Klinik zu den „Konvergenzgewinnern zählt“, also zu jenen Kliniken, die einen Budgetzuschlag erhalten, weil ihre Fallkosten niedriger sind als der Basisfallwert (Richtgröße) des Landes. Zu diesem erfreulichen Umstand trug zu einem kleinen Teil die Steigerung des Basisfallwertes (der jährlich neu festgelegt wird) bei; im Wesentlichen jedoch die enorme Zunahme der stationären Behandlungsfälle ab Jahresmitte 2007 sowohl in der Zahl als auch im durchschnittlichen Schweregrad aller behandelten Fälle (Case-Mix-Index - CMI).

Wirtschaftliche Lage des Krankenhauses und des Konzerns

1. Geschäftliche Entwicklung im Berichtsjahr

Die "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH" (Muttergesellschaft des Konzerns) ist durch Ausgliederung des ehemaligen Eigenbetriebes "Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld" zum 01.01.1999 entstanden.

Wie das Vorgängerunternehmen in der Rechtsform des Eigenbetriebs verfolgt die Gesellschaft ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Akutkrankenhaus mit 188 Betten ausgewiesen und nimmt an der bedarfsgerechten stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung sowie an der Notfallversorgung teil. Die Klinik verfügt über die Hauptabteilungen „Chirurgie“ und „Innere Medizin“ sowie über die Belegabteilungen „Frauenheilkunde und Geburten“ sowie „Hals-Nasen-Ohrenheilkunde“.

Im Jahr 2008 wurden insgesamt 7.652 (Vorjahr 7.575) Patienten stationär aufgenommen. Etwa 93% aller Patienten kommen aus dem Vogelsbergkreis und dem benachbarten Schwalm-Eder-Kreis.

Der Auslastungsgrad des Krankenhauses lag bei 82,60% (Vorjahr 80,72%). Die durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 7,43 Tage (Vorjahr: 7,31 Tage).

Im Berichtsjahr gab es erneut einen leichten Fallzahlenanstieg, größtenteils in den Hauptabteilungen.

2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2008 wurden von der Muttergesellschaft Investitionen in Höhe von € 2.675.579,12 vorgenommen. Dabei entfielen € 1.309.948,36 auf die Anschaffung von Gegenständen des medizinischen Bedarfs, u.a. eines Magnet-Resonanz-Tomographen (MRT) und weitere € 191.137,03 auf die Brandschutzmaßnahme für die Nachfolgeförderung des Bauabschnittes I. Weiterhin wurden für den EDV-Bereich Investitionen in Höhe von € 252.023,17 vorgenommen.

Konzernweit beliefen sich die Investitionen auf T€ 2.681. Förderzuschüsse sind mit insgesamt T€ 1.029 zugeflossen. In der Amandus GmbH und in der KAD GmbH wurden keine nennenswerten Investitionen getätigt.

3. Finanzierung

Die Finanzierung der Investitionen erfolgte durch die pauschale Förderung des Landes (§ 9.3 KHG), Einzelförderung (Brandschutz) und durch Eigenmittel.

4. Personal- und Sozialbereich

Die Personalkosten zeigen eine steigende Tendenz. Die sich im Vorjahr abzeichnende Tarifentwicklung wirkte sich in 2008 voll aus. Der Personalaufwand betrug beim Krankenhaus im Berichtsjahr T€ 14.500 (Vorjahr: T€ 13.772).

Im Betriebsteil Sozialstation bewegte sich der Aufwand für das Personal in Höhe von T€ 815 (Vorjahr: T€ 779).

Dem Kreiskrankenhaus ist eine Krankenpflegeschule angeschlossen, die bisherigen 80 Ausbildungsplätze wurden ab 01.09.2008 auf 60 Ausbildungsplätze reduziert.

Schulträger ist der Vogelsbergkreis; Ausbildungsträger sind zu gleichen Teilen die Krankenhäuser *Eichhof* in Lauterbach und das *Kreiskrankenhaus* in Alsfeld. Im Jahr 2008 wurden für Lauterbach 28 Schülerinnen und Schüler und für Alsfeld 30 Schülerinnen und Schüler ausgebildet, so dass im Jahresdurchschnitt 58 Ausbildungsplätze besetzt waren. Die Personal- und Sachkosten für die Krankenpflegeschule werden von beiden Krankenhäusern entsprechend der jeweiligen Schülerzahl gemeinsam getragen.

Konzernweit sind Personalaufwendungen in Höhe von T€ 18.112 (Vorjahr T€ 17.030) entstanden. In der Gesellschaft wurden im Berichtsjahr 433 (Vorjahr: 422), in der KAD 80 (Vorjahr: 80) und bei AMANDUS 95 (Vorjahr: 83) Personen beschäftigt, so dass der Konzern insgesamt 608 (Vorjahr: 585) Arbeitsplätze bietet.

5. Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

5.1. Medizinische Struktur

Die im Jahre 2000 infolge Chefarztwechsel durchgeführten strukturellen Veränderungen in der Chirurgie und in der Inneren Medizin haben sich bewährt. Das erweiterte Behandlungsangebot ist von der Bevölkerung akzeptiert worden, was sich u. a. in steigenden Fallzahlen niederschlägt. In den Hauptabteilungen arbeiten Fachärzte bzw. Ärzte mit Zusatzbezeichnungen folgender Disziplinen: Allgemein-, Visceral- und Gefäßchirurgie, Unfall- und Wiederherstellungschirurgie, Innere Medizin, Palliativmedizin, Proktologie, Geriatrie, Lungen- und Bronchialkrankheiten (Pneumologie), Magen- und Darmerkrankungen (Gastroenterologie) sowie Schmerztherapie.

Die Zusammenarbeit oder Kooperation mit niedergelassenen Ärzten wurde erfolgreich fortgesetzt. Im Untergeschoss der Krankenpflegeschule sind zwei Arztpraxen untergebracht. Es handelt sich zum einen um eine internistische Ärztin mit hämatologisch / onkologischer Schwerpunktbildung (hervorgegangen aus einer in 2005 vom Krankenhaus übernommen internistischen Praxis) und zum anderen um einen Urologen, der sich in Alsfeld niedergelassen hat und im Krankenhaus urologische ambulante Operationen durchführt. Dadurch konnte der Wegfall der urologischen Belegabteilung wenigstens teilweise kompensiert und die ambulante wohnortnahe Versorgung mit solchen ärztlichen Leistungen sichergestellt werden.

5.2 Tochtergesellschaft KAD

Die im Dezember 2000 gegründete Tochtergesellschaft mit dem Namen „Kreiskrankenhaus Alsfeld Dienstleistung GmbH (KAD GmbH) arbeitet erfolgreich. Nachdem Mitte des Jahres 2007 die Fa. Gies Dienstleistungen GmbH mit 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt wurde, hält die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH mit 51 Prozent die Mehrheitsbeteiligung. Durch den Mitgesellschafter ist die Entwicklung der KAD noch stärker am Marktgeschehen ausgerichtet und konnte weitere Rationalisierungsreserven erschließen. Die KAD erbringt für das Krankenhaus Dienstleistungen in den Bereichen Verwaltung, Medizincontrolling, Reinigung, Verpflegung, sonstige hauswirtschaftliche Dienste, Pforte, Empfang, Ärztlicher Schreibdienst, Haustechnik sowie EDV. Sukzessive werden

weitere Dienstarten, die nicht unmittelbar der ärztlichen, pflegerischen oder sonstigen medizinischen Versorgung zuzurechnen sind, der KAD überstellt.

Die in diesen Dienstarten vor Gründung der KAD Beschäftigten bleiben reguläres Personal des Kreiskrankenhauses und werden der Tochtergesellschaft beigestellt. Neueinstellungen erfolgen künftig grundsätzlich in der KAD. Die Entlohnung des dortigen Personals findet nach privatwirtschaftlichen Tarifstrukturen statt.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr der Gesellschaft war geprägt durch eine steigende Entwicklung der Belegung des Krankenhauses (Patientenverpflegung und medizinischer Schreibdienst). Bei sparsamer und kostenbewusster Wirtschaftsführung konnte im Geschäftsjahr 2008 ein Jahresüberschuss in Höhe von € 16.166,89 erzielt werden.

5.3 Tochtergesellschaft AMANDUS

Ende 2001 wurde eine weitere nach wie vor 100 %ige Tochtergesellschaft, die „AMANDUS Pflege- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (AMANDUS)“ errichtet. AMANDUS bot zunächst ambulante Pflegeleistungen an. Aufgrund der wenigen Betreuungsfälle und des schwierigen Marktumfeldes wurde 2003 beschlossen, AMANDUS aus diesem Bereich herauszunehmen und der Gesellschaft eine neue Aufgabe zu übertragen. Der ambulante Dienst wurde im Frühjahr 2004 eingestellt und dafür ab Mai 2004 die Trägerschaft einer Kurzzeitpflegeeinrichtung mit zwanzig Betten in den Räumen des Krankenhauses übernommen. AMANDUS hat sich damit vollständig aus der ambulanten Pflege zurück gezogen.

Die Kurzzeitpflegestation ist ein strategisches Instrument, das es dem Krankenhaus ermöglicht, Patienten unmittelbar nach Abschluss der stationären Behandlungsbedürftigkeit zu entlassen und diese ohne größeren Suchaufwand in eine geeignete Pflegeeinrichtung (Kurzzeitpflege) zu überführen. Aus Patienten des Krankenhauses werden so Bewohner in der Kurzzeitpflege.

Um dieses Angebot weiter abzurunden und zusätzliche Erlöse zu erzielen, wurde zum 01.12.2008 ein Versorgungsvertrag mit den Kostenträgern über drei integrierte Tagespflegeplätze abgeschlossen. Grundlage für diesen Entschluss bildete das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz vom 01.07.2008. Für die Inanspruchnahme von Tagespflege steht für jeden Pflegebedürftigen ein zusätzlicher Betrag über die Pflegeversicherung zur Verfügung. Die Tagespflege bildet somit das zweite Standbein der Solitäreinrichtung „Kurzzeitpflege“.

Auch der Aufgabenbereich „Personalgestellung“ fügt sich sehr positiv in die Konzernstruktur ein. Damit nimmt AMANDUS eine wichtige Querschnittsaufgabe im Konzern wahr. Es wurden insgesamt 37 Mitarbeiter eingestellt und 33 Mitarbeiter sind ausgeschieden. Vertragliche Beziehungen zwischen der Mutter- und der Tochtergesellschaft regeln den Leistungsaustausch.

Das Geschäftsergebnis schließt trotz dieser erfreulichen Entwicklung mit einem Verlust in Höhe von € 4.895,95 ab (Vorjahr: Gewinn von € 6.743,64). Ausschlaggebend für diesen Verlust sind die hohen Rückstellungen im Bereich von Urlaub und Mehrarbeitsstunden in

Höhe von € 35.053,73 für die auf der Kurzzeitpflege eingesetzten Mitarbeiterinnen (Vorjahr: € 17.226,70 €). Ursache ist die hohe Ausfallzeit von knapp 20% im Jahr 2008.

5.4 Strategische und Bauliche Zielplanung

Den Auftrag, eine strategische und bauliche Zielplanung zu erarbeiten, erledigte das Kreiskrankenhaus im Wesentlichen bereits im Vorjahr. Im Berichtsjahr erfolgte eine gründliche Überarbeitung, da die den baulichen Investitionen zugrundeliegenden Flächenberechnungen gegenüber dem Ministerium zu begründen und die Notwendigkeit der Maßnahmen nachzuweisen waren. Im Gespräch ist ein Gesamtvolumen in der Größenordnung von mehr als 20 Mio. €, das im Laufe des Jahres 2009 in Form eines Antrags dem Land vorgelegt wird.

6. Beurteilung der Entwicklung durch die Geschäftsführung

Das Konzernbetriebsergebnis ist im Berichtsjahr leicht positiv.

Das Jahresergebnis für den Teilbereich des Krankenhauses, mit rd. T€ 135 negativ, wurde durch einen Gewinn in fast gleicher Höhe der Sozialstation vollkommen ausgeglichen.

Belastet wurde das Ergebnis durch die noch nicht refinanzierte Tarifierhöhung, dies erfolgt voraussichtlich erst in 2009 und dann auch nur etwa zur Hälfte des tatsächlichen Aufwands; und ferner durch einen kräftigen Anstieg bei der Rückstellung für Altersteilzeiten. Insgesamt muss das Ergebnis noch als „befriedigend“ gewertet werden.

Ohne die Beibehaltung der Fallzahl- und Fallschwere (bessere Bewertungsrelation) aus dem Vorjahr, wäre es jedoch nicht möglich gewesen, im Krankenhausbetrieb (Krankenhaus und Sozialstation) ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses sind bis an ihre Belastungsgrenze und teilweise darüber hinaus gegangen. Man kann ihnen für diese Berufseinstellung nicht genügend danken. Allerdings stellen die aufgrund der Tarifentwicklung gestiegenen Personalkosten eine erhebliche Belastung für das Unternehmen dar. Trotzdem dürfen die Klinikbeschäftigten weder von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden, noch ist es ihnen zuzumuten, unter solch erschwerten Bedingungen dauerhaft zu arbeiten. Es ist in diesem Zusammenhang dringend an die politisch Verantwortlichen zu appellieren, den Kliniken endlich den nötigen finanziellen Ausgleich z. B. für solche Tarifsteigerungen zu gewähren bzw. die Krankenhausbudgets nicht länger an die so genannte Grundlohnsummenentwicklung zu binden.

Das Jahresergebnis macht die schwierige Situation deutlich, in der sich der Krankenhausbetrieb befindet.

Eine verlässliche Vorhersage der Kosten- und Erlösentwicklung ist momentan nicht möglich. Zu groß sind die Unwägbarkeiten. Betriebsbedingte Kündigungen, auch wenn sie das letzte Mittel sind, können in einem Krankenhaus generell nicht mehr ausgeschlossen werden.

7. Vermögens- und Finanzlage

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beläuft sich in der Muttergesellschaft auf 82% (Vorjahr 77%). Für den Konzern beträgt die Quote 82 % (Vorjahr: 77%). Das im Eigentum der GmbH stehende Krankenhaus steht dabei zum 31.12.2008 mit einem Wert von T€ 21.096 (Vorjahr T€ 21.785) zu Buche.

Die Eigenkapitalausstattung der Muttergesellschaft ist angemessen und beläuft sich zum 31.12.2008 auf 10,46 Mio. € (Vorjahr: 10,46 Mio. €) = 34% (Vorjahr: 33%) des Bilanzvolumens. Das Eigenkapital im Konzern beläuft sich auf 10,55 Mio. € (Vorjahr: 10,54 Mio. €) = 34% (Vorjahr: 34%).

Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen zuzüglich Mindestbestand an Vorräten und Leitungsforderungen) ist in vollem Umfang durch Eigenmittel unter Hinzuziehung des Sonderpostens nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz finanziert. Liquidität und Zahlungsbereitschaft waren im Berichtszeitraum gegeben.

8. Ertragslage

Für das abgelaufene Geschäftsjahr stiegen im Vergleich mit dem Jahresabschluss 2007 die Leistungserlöse um T€ 1.038 (= 4,38%). Weiterhin stiegen die Sonstigen Erlöse um T€ 270 (= 14,38%). Gleichzeitig stiegen die Personalaufwendungen um T€ 1.081 (= 6,35%). Im Materialbereich und bei den bezogenen Leistungen stiegen die Aufwendungen um T€ 145 (= 2,87%). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren Ausgabensenkungen von T€ 50 (= -2,46%) zu verzeichnen, insgesamt führte dies mit einer Ergebnisverschlechterung um rd. T€ 70 zu einem Gewinn von T€ 12.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Chancen der künftigen Entwicklung

Das Kreiskrankenhaus ist im Krankenhausplan des Landes Hessen als Standort für die Notfallversorgung enthalten. Damit und bedingt durch die Lage der Klinik in einem dünn besiedelten Raum dürfte eine Bestandssicherung dauerhaft gewährleistet sein.

Die Mitgliedschaft als Gesellschafter im Klinikverbund Hessen stärkt das Kreiskrankenhaus. Aus der ehemaligen „Dienstleistungsgesellschaft der Hessischen kommunalen Krankenhäuser GmbH“, im Jahre 2004 von acht Gesellschaftern, darunter das Kreiskrankenhaus, ins Leben gerufen, ist der „Klinikverbund Hessen GmbH - Medizinische Kompetenz in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft“ geworden. Der Verbund umfasst zz. 21 öffentlich-rechtliche Gesellschafter (Krankenhausträger), beginnend bei der Größenordnung Alsfelds bis hin zum Universitätsklinikum Frankfurt am Main. Er repräsentiert annähernd 11.000 Krankenhausbetten und hat in Hessen einen Marktanteil von rund einem Drittel.

Dem Versorgungsauftrag und -umfang entsprechend ist das Krankenhaus „aufgestellt“. Die medizinischen Abteilungen bieten ein breites Leistungsspektrum an, das von der Bevölkerung auch nachgefragt wird.

Darüber hinaus präsentiert sich das Kreiskrankenhaus als Anbieter umfassender Dienstleistungen. Die Gründung der beiden Tochtergesellschaften, die vorhandene Sozialstation,

die Kooperation mit einer internistischen Praxis in Alsfeld und die damit verbundenen Möglichkeiten, einen Behandlungskreislauf anzubieten, haben sich bewährt und passen in die gegenwärtige Struktur unseres Gesundheitssystems.

So ist um das Krankenhaus, zu verstehen als Einrichtung zur stationären Behandlung Kranker, ein immer dichter werdender Ring komplementärer und ambulanter Gesundheitsdienstleister gewachsen. Diese Entwicklung, so sieht es jedenfalls im Augenblick aus, wird von der Politik in Zukunft noch stärker gefordert und ist im Kreiskrankenhaus vorausblickend und rechtzeitig erkannt worden.

2. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsleitung hat organisatorische Regelungen und Maßnahmen getroffen, damit den Fortbestand des Krankenhauses gefährdende und sonstige wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung früh erkannt werden. Nach den vorliegenden Informationen aus diesem System ist über folgende Risiken zu berichten:

2.1 Bestandsgefährdende Risiken

Akute bestandsgefährdende Risiken sind mit Sicht auf die Jahre 2008 und 2009 nicht zu erwarten; allerdings können sich die unter Ziffer. 2.2 beschriebenen Gefahrenpotentiale zu einem bedrohlichen Szenario auswachsen.

Sonstige Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die künftige Betrachtung steht in engem Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung der Gesundheitspolitik. Davon ist die Ertragslage des Krankenhauses entscheidend abhängig.

Auf der Kostenseite ist ein weiterer Schub bei den Personalaufwendungen eingetreten. Auch die kommenden Jahre werden zusätzliche Belastungen bringen, weil aufgrund steigender Nachfrage nach qualifiziertem Personal auch der „Preis“, das Lohnkostenniveau, ansteigen wird. Wenn dieser Sprengsatz nicht entschärft wird, und sei es durch mehr Geld, das in das System einfließt, laufen die Finanzen aus dem Ruder – allerdings trifft dies nicht nur das Kreiskrankenhaus in Alsfeld. Bei unzureichender Finanzierung werden die Gegenmaßnahmen sehr hart sein müssen, um eine dann mögliche bedrohliche finanzielle Schieflage abzuwenden.

Die gesetzgeberischen Aktivitäten haben bereits zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung im Gesundheitswesen und insbesondere auch im Krankenhauswesen geführt. Ein Risiko für das Krankenhaus entsteht, wenn die vom Krankenhaus nicht oder nicht zureichend zu beeinflussenden maßgeblichen Parameter sich zu Ungunsten der Klinik entwickeln.

So unterliegt z. B. der landeseinheitliche Fallwert den jährlichen Verhandlungen zwischen der Hessischen Krankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen. Auch die durchschnittliche Fallschwere, der sogenannte Casemixindex (CMI) ist von der Klinik nur bedingt beeinflussbar und unterliegt ebenfalls jährlichen Schwankungen (z.B. Änderungen im Katalog der Fallpauschalen - DRG`s).

Den Handlungen des Gesetzgebers fehlt es nach wie vor an Verlässlichkeit.

Zwar wurde, wie angekündigt, der Gesundheitsfonds eingeführt; seine künftige Ausgestaltung oder gar sein dauerhafter Bestand sind jedoch höchst unsicher. Werden die Sozialversicherungsbeiträge und die zusätzliche steuerfinanzierte Komponente insgesamt ausreichen, um die Kosten des Gesundheitswesens zu decken, oder müssen einzelne oder viele Krankenkassen darüber hinaus zusätzliche Beiträge von ihren Versicherten fordern? Von der Beantwortung dieser Frage hängt es ab, ob die Anbieter (Krankenhäuser, Ärzte usw.) ausreichende Finanzierungsspielräume haben werden oder nicht.

Ungewiss ist auch, ob eine Regelung erfolgt, wonach die Krankenkassen verstärkt Einzel Leistungsvergütungen mit den Krankenhäusern vertraglich vereinbaren sollen. Bis vor einigen Monaten galt dieses Vorhaben als sicher; plötzlich wurde es „auf Eis gelegt“. Als Thema bleibt es im Raum und würde, so es denn zur Verwirklichung käme, zu einem Preisverfall bei den Krankenhausleistungen führen. Die derzeit noch einigermaßen funktionierende „Mischkalkulation“ würde in Frage gestellt. Wer kommt dann für die Kosten der Notfallversorgung auf, wenn insbesondere planbare Leistungen, mit deren Erlösen Unterdeckungen bei der notfallmäßigen Behandlung ausgeglichen werden, nur noch mit Abschlägen (Rabatten) vom Krankenhaus berechnet werden können? Das ist nur eine ungeklärte Frage, die aber schicksalhaft für die Kliniken werden kann.

Unabsehbar sind die Folgen der einsetzenden Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Sozialkassen und damit auf die Finanzierung des Gesundheitswesens.

Nach wie vor sind die in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kliniken aufgrund ihrer ungünstigen Personalkostenstruktur am stärksten gefährdet. Wenn man sich zur öffentlich-rechtlichen Trägerschaft wirklich bekennen will, muss man die Tarifstruktur an die Gegebenheiten privater, aber auch frei gemeinnütziger Träger anpassen; das ist nach Auffassung des Unterzeichners auch mit dem TVöD noch nicht erfolgt. Der Wettbewerbsnachteil öffentlicher Kliniken gegenüber der Konkurrenz besteht immer noch und erschwert die Bemühungen um eine dauerhafte Überlebensfähigkeit dieser Krankenhäuser.

Die wirtschaftliche Situation des Kreiskrankenhauses auf die kommenden Jahre gesehen bleibt also problematisch. Ein großer Nachteil des Kreiskrankenhauses liegt in der geringen Betriebsgröße. Die sich hieraus ergebenden tendenziell zu hohen Fixkosten stellen einen echten Wettbewerbsnachteil dar und können u. U. existenzgefährdend werden. Keine Klinik wird auf Dauer „noch alles selber machen“ können. Wenn es aber zu Spezialisierungen und Schwerpunktbildungen kommt, müssen diese der Bevölkerung in der gesamten Region dienlich sein; denn ein ausgewogenes Angebot gut ausgestatteter und medizinisch-/pflegerisch auf hohem Niveau arbeitender Krankenhäuser ist für die kommunale Infrastruktur unerlässlich. Die Zusammenarbeit mit einem oder mehreren anderen Krankenhäusern, ggf. auch in Form gemeinsam betriebener Gesellschaften, ist ein Weg, der beschritten werden muss. Von größerer Durchschlagskraft wären allerdings sinnvolle Zusammenschlüsse mehrerer Kliniken unterschiedlicher Größe und Versorgungsstruktur zu einem öffentlichen Klinikverbund. Ausgestattet mit einem konkurrenzfähigen Krankenhaustarifvertrag könnte ein echtes Gegengewicht zu privaten Trägerschaften gebildet werden.

Eine die Selbständigkeit der Klinik gefährdende Lage wird in dem Bemühen privater Krankenhausträger gesehen, ihren Einfluss durch Übernahme vermehrt auch von Akutkrankenhäusern zu stärken und als Krankenhauskette zu wachsen. Ein solcher Klinikkonzern ist in hohem Maße in der Lage, Synergien zu erzeugen und damit die fixen Kosten auf ein Minimum zu senken (zentrale Administration, einheitliche Konzernstrategie mit Schwerpunktbildungen, Haustarifverträge usw.). Damit verliert der seitherige Krankenhausträger weitestgehend seine bestimmende Rolle im übernommenen Krankenhaus.

Durch eine Zusammenarbeit bzw. Fusion benachbarter Krankenhäuser, auch über die Kreisgrenzen hinaus, könnten die beteiligten Kliniken – durchaus unter Wahrung einer gewissen Selbständigkeit – Vorteile für sich gewinnen, indem sie sinnvolle Strukturen aufbauen und damit die eingangs beschriebene nachteilige Situation verbessern. Für die Versorgung der Bevölkerung im Vogelsbergkreis und darüber hinaus kann dies zusätzliche positive Effekte bringen.

Ein zwar nicht bestandsgefährdendes, aber doch nicht zu unterschätzendes Risiko ist in der Bestrebung zu sehen, bestimmte medizinische Leistungen nur noch dann zuzulassen, wenn diese in einer bestimmten Menge erbracht werden. Das kann zwar bei bestimmten Behandlungen insbesondere aus Qualitätsgesichtspunkten sinnvoll sein, führt aber vielfach auch zu einer Aushöhlung des Leistungsgeschehens in kleineren und mittleren Krankenhäusern z. B. mit der Folge, dass es noch schwieriger würde qualifizierte Kräfte insbesondere Ärztinnen und Ärzte für diese Kliniken zu finden.

Weitere wesentliche Risiken für die kommende Zeit können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher benannt werden. Hierzu müsste man die ganze Tragweite der Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, höhere Lebenserwartung, sich ändernde medizinische Standards, Entwicklung auf dem Personalsektor, Entscheidungen der Politik usw.) und deren Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und damit auch der Krankenhäuser übersehen können.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Wie bereits erwähnt, befasst sich das Krankenhaus konkret mit seiner strategischen und baulichen Zielplanung. Insbesondere im baulichen Bereich wird sich das Krankenhaus weiterentwickeln müssen. Es stößt im Augenblick an seine Kapazitätsgrenzen.

Die Realisierung eines kleinen Anbaues an die Stationen 4 und 5 zur Entlastung der angespannten Bettensituation (hohe Fallzahlen) beschäftigt das Krankenhaus ebenso, wie die Vervollkommnung des „Ärztehauses“ durch Ausbau der Resträumlichkeiten in der Krankenpflegeschule für eine dritte Facharztpraxis. Ersteres wurde im Rahmen des Konjunkturprogramms zur Förderung angemeldet; der Ausbau zur Errichtung einer weiteren Facharztpraxis wird etwa Mitte 2009 abgeschlossen sein.

Breiten Raum zum Ende des Geschäftsjahres und zu Beginn des neuen nimmt die Diskussion um eine mögliche gesellschaftsrechtliche Verflechtung zwischen dem Kreiskrankenhaus und dem Klinikum Bad Hersfeld ein.

Wie oben beschrieben, rät der Unterzeichner seit Jahren dazu, größere und damit wirtschaftlichere Klinikeinheiten zu schaffen. Ein solcher Verbund stärkt den Klinikstandort

Alsfeld und erhöht die Versorgungsqualität in der Region. Der Zusammenschluss zweier Krankenhäuser auf unterschiedlichen Versorgungsstufen bietet hierfür besonders gute Voraussetzungen. Das Kreiskrankenhaus Alsfeld wird seinen Versorgungsauftrag in vollem Umfange weiter erfüllen, während bei Krankheiten, die nach Art und Schwere eine Behandlung auf höherer Versorgungsstufe nötig machen, das Partnerkrankenhaus in Bad Hersfeld aufgesucht werden kann. Ggf. erfolgt von dort eine zeitige Verlegung oder Rückverlegung nach Alsfeld. Darüber hinaus können in Alsfeld zusätzliche ambulante Angebote oder auch stationäre Konsiliarleistungen durch Abteilungen des Klinikums Bad Hersfeld geschaffen werden, die seither nicht zum Leistungsspektrum von Alsfeld gehörten. Dadurch ergeben sich für die Patientinnen und Patienten aus dem Raum Alsfeld völlig neue Möglichkeiten einer wohnortnahen stationären oder ambulanten Krankenhausbehandlung.

Ausblick:

Voraussichtliche Entwicklung

Für die nächsten zwei Jahre zeichnet sich voraussichtlich folgende Entwicklung ab:

Das DRG-System etabliert sich zunehmend, bietet den Kliniken auch Chancen - insbesondere den leistungsfähigen Krankenhäusern, zu denen Alsfeld gehört.

Maßgebende Kräfte in der Politik werden versuchen, die vertragliche Einzelvergütung zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern durchzusetzen.

Die zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise wird negative Auswirkungen auf die Krankenhausfinanzierung haben, wodurch die Möglichkeit, ein positives Betriebsergebnis zu erwirtschaften, zunehmend schwerer werden wird.

Die Privatisierungswelle könnte verstärkt ins Rollen kommen; dagegen muss der Auf- und Ausbau von Klinikverbünden und Netzwerken unter den frei gemeinnützigen und öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern gesetzt werden.

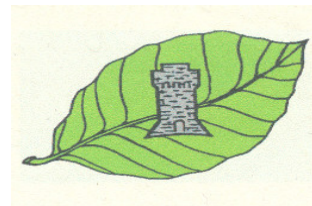
Das Land Hessen wird sich bei der Krankenhausplanung auf Rahmendaten und die Notfallversorgung beschränken. Der übrige Struktur- und Leistungskatalog wird in den Krankenhauskonferenzen zwischen den Krankenhausträgern und den Krankenkassen bestimmt.

Belegabteilungen, die von nur einem Arzt geführt werden, wird es nicht mehr lange geben. Es gilt daher, das kooperative Belegarztsystem (mindestens zwei - besser drei und mehr Ärzte) zu fördern.

Die Kreiskrankenhaus des Vogelsbergkreises in Alsfeld GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften weiterhin alles daran setzen, eine wohnortnahe Patientenversorgung auf gewohnt hohem Niveau aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt auch die mehr als 600 Arbeitsplätze in der Region Alsfeld dauerhaft zu sichern.

Zweckverband Naturpark Hoher Vogelsberg

Karl-Weber-Str. 2, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 2631 - Fax: 06044 / 987465
E-Mail: naturparkvogelsberg@t-online.de
Internet: www.natpa.de



Unternehmenszweck

Aufgabe:

- Förderung des Natur- und Landschaftsschutzes im „Naturpark Hoher Vogelsberg“
- Erschließung dieses Erholungsgebietes
- Förderung des Fremdenverkehrs, um eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Der Naturpark Hoher Vogelsberg umfasst das Gebiet der folgenden Kommunen: Freiensteinau, Grebenhain, Herbstein, Lautertal, Schotten und Ulrichstein im Vogelsbergkreis, Laubach im Landkreis Gießen, Gedern, Hirzenhain und Nidda im Wetteraukreis. Die Gemeinde Birstein aus dem Main-Kinzig-Kreis wurde zu Beginn des Jahres 2004 in den Naturpark eingegliedert. Zentraler Teil aber ist der weitgehend unbesiedelte 'Oberwald'.



Naturpark Hoher Vogelsberg: Städte und Gemeinden

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1957

Anteile in %: 42,1 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:

Rudolf Marx - Vorsitzender

Susanne Schaab-Madeisky - stellv. Vorsitzender

Sieglinde Schnell

Edda Weber

Erwin Horst

Verbandsversammlung:

Sylke Emmermann - Vorsitzende

Claudia Blum

Angelika Hönsch

Manfred Hofmann

Peter Popplow

Wolfgang Schleiter

Hans-Ulrich Schmidt

Mario Döweling

Christa Launspach

Ingrid Albert

Edwin Gottlieb

Ulrike Pfeiffer-Pantring

Otfried Würtz

Manfred Dickert

Erwin Momberger

Stefan Betz

Klaus Hövel

Monika Schermuly

Walter Pöllmann

Erwin Roth

Bernhard Ziegler

Rudolf Schlintz

Wolfgang Gottlieb

Beirat:

Vogelsberger Höhen Club

Naturschutzverbände/Nabu Kreisverband

Hessisches Forstamt Schotten

JLU, Inst. F. Tierökologie u. Allg. Zoologie

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Fachdienst f. Kreis- und Regionalentwicklung

Jürgen Klein

Walter Kreß

Dr. Bernd Ott

Prof. Dr. Volkmar Wolters

Uta Nebe

Dr. Johannes Fertig

Geschäftsführer:

Forstamtsrat Rudolf Heuchert-Frischmuth

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: Körperschaft des öffentlichen Rechts
Gründungsdatum: 1957
Verbandssatzung : Neufassung vom 22.07.1997, zuletzt geändert 16.01.2008
Beteiligungen: keine

Mitglieder und Beiträge:

Mitglied	%	Verbands- Umlage €	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
Vogelsbergkreis	42,1	48.063	615	475
Landkreis Gießen	11,1	12.663		60
Wetteraukreis	10,4	11.823		60
Stadt Schotten	13,3	15.198	615	340
Gemeinde Grebenhain	5,1	5.700		60
Stadt Ulrichstein	4,4	5.012		120
Stadt Laubach	4,0	4.527		
Stadt Gedern	3,0	3.435		
Stadt Herbstein	2,1	2.387		60
Gemeinde Lautertal	2,0	2.304		
Gemeinde Freiensteinau	0,6	728		
Stadt Nidda	0,6	647		
Gemeinde Hirzenhain	0,4	486		
Gemeinde Birstein	0,9	1.068		
Gesamt	100	114.041	1.230	1.175

Beiträge von Vereinen:

Verein	Bismarck- turm €	Licht- loipe €
TGV Schotten		60
TGV Ilbeshausen		15
VHC	615	
Gesamt	615	75

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung

	Verwaltungs- haushalt €	Vermögens- haushalt €	Gesamt- haushalt €
Einnahmen			
Solleinnahmen (= Anordnungssoll)	288.258,02	51.368,45	339.626,47
+ neue Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Solleinnahmen	288.258,02	51.368,45	339.626,47
Ausgaben			
Sollausgaben (= Anordnungssoll)	288.258,02	51.368,45	339.626,47
+ neue Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00	0,00	0,00
./. Abgang alter Kassenausgabereste	0,00	0,00	0,00
Summe bereinigter Sollausgaben	288.258,02	51.368,45	339.626,47
Unterschied			
Etwaiger Unterschied bereinigte Solleinnahmen	0,00	0,00	0,00
./. bereinigte Solleinnahmen	0,00	0,00	0,00
Fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Kassenmäßiger Abschluss zur Haushaltsrechnung

Bezeichnung	Ist- beträge €
Verwaltungs- und Vermögenshaushalt	
VWH Einnahmen	288.258,02
VWH Ausgaben	288.258,02
Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
VMH Einnahmen	51.368,45
VMH Ausgaben	51.368,45
Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
Gesamt Einnahmen	339.626,47
Gesamt Ausgaben	339.626,47
Ist-Überschuss/-Fehlbetrag	0,00
VERWAHR Einnahmen	92.316,04
VERWAHR Ausgaben	73.441,19
Ist-Überschuss	18.874,85
VORSCHUSS Einnahmen	3.696,00
VORSCHUSS Ausgaben	3.696,00
Ist-Überschuss	0,00

Ermittlung des buchmäßigen Kassenbestandes

Bezeichnung	Ist-Einnahmen €	Ist-Ausgaben €	Mehreinnahmen bzw. Mehrausgaben €
Verwaltungshaushalt	288.258,02	288.258,02	0,00
Vermögenshaushalt	51.368,45	51.368,45	0,00
Verwahrgelder	92.316,04	73.441,19	18.874,85
Vorschüsse	3.969,00	3.969,00	0,00
BUCHMÄSSIGER KASSENBESTAND	435.638,51	416.763,66	18.874,85

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1,0 Geschäftsführer (Kosten werden durch Land getragen)
2,5 Vollzeit (1/2 Büro, 2 Arbeiter Pflegegruppe)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht
Ertragslage des Unternehmens: ausgeglichener Haushalt
Kreditaufnahmen: keine
Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine
Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : keine
*Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die
Haushaltswirtschaft*

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Erholung, Naturschutz, Tourismus

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Naturschutz- und Landschaftspflege

Wie in den zurückliegenden Jahren, wurden auch im Jahr 2008 die Mitarbeiter des Naturparks für Pflegearbeiten in den Naturschutzgebieten eingesetzt. Der Einsatz der Arbeits-

kräfte erfolgte durch den zuständigen Funktionsbeamten für Naturschutz, Herr Forstamtsrat Reiner Koch. Er ist neben dieser Funktion auch offizieller Vertreter des Geschäftsführers. Durch die Übernahme dieser Arbeiten ergaben sich Einnahmen für den Naturpark in Höhe von ca. 32.000,00 €. Diese Einnahmen sind zusammen mit der institutionellen Landesförderung und der Verbandsumlage die wichtigsten Einnahmepositionen im Haushalt des Zweckverbandes. In Abhängigkeit von der Wettersituation bei der Pflege der Naturschutzgebiete im Sommer und Herbst kommt es alljährlich zu deutlichen Schwankungen bei der Arbeitsintensität. Daraus resultierend schwanken auch die Einnahmen. Zum Vergleich: Die Einnahmen im Jahr 2007 lagen hier bei ca. 25.000,00 €.

Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Forstämtern

Der Naturpark-Pflegetrupp hat auch in 2008 schwerpunktmäßig an der qualitativen Verbesserung der zahlreichen Anlagen in seiner Zuständigkeit gearbeitet. Die Tendenz, wenig genutzte Anlagen abzubauen und die Qualität der verbliebenen Anlagen zu steigern, wurde auch 2008 weiter verfolgt.

Der Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2008 lag beim Neubau von 4 Naturerlebnis-Pfaden im Bereich des Oberwaldes. Dieses Projekt wurde aus LEADER-Mitteln in Höhe von ca. 61.000,00 € gefördert. Die beteiligten Kommunen Schotten und Grebenhain haben ebenfalls Mittel in Höhe von 30.000,00 € hierfür bereitgestellt. Die zwei „Naturspurpfade“, der „Sinnespfad“ und der „Geopfad“ sind thematisch sehr unterschiedlich konzipierte Wanderpfade. Ausgangs- und Endpunkte der Pfade ist das Naturschutz-Infozentrum Hoherodskopf (NIZ) sowie die Vogelsbergklinik Grebenhain-Hochwaldhausen. Die Pfade erweitern die Angebotspalette für die Besucher des Naturparks und binden die vorhandene Infrastruktur ideal mit ein (Beidseitige Anbindung an das Netz des „Vogelsberger Vulkanexpress“). Die Attraktivität des Geopfades zwischen Grebenhain-Hochwaldhausen und dem Hoherodskopf wurde durch den Neubau von 2 Wetterschutzhütten zusätzlich gesteigert. Die offizielle Eröffnung dieser Pfade ist für den 01. Mai 2009 geplant. Das Gesamtangebot der Pfade und umfangreiche Informationen hierzu sind auf der neuen Internetseite www.naturerlebnis-vogelsberg.de eingestellt.

Die Pflege- und Unterhaltung der zahlreichen Wanderparkplätze waren in 2008 ebenfalls ein Arbeitsschwerpunkt der Naturparkmitarbeiter. Die Ausbesserung von Schäden sowie die Erneuerung von Absperrungen standen hier im Mittelpunkt. Der Wechsel von Holzabsperrungen zu Randbegrenzungen aus Naturstein-Findlingen verursachte zunächst einen höheren Aufwand, wird die Kosten in der Zukunft aber senken.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren:

- Qualitative Verbesserungen am Loipensystem im Bereich Oberwald
- Beseitigung des erheblichen Müllaufkommens im Verbandsgebiet
- Pflegearbeiten im Bereich des Vogelsberggartens in Ulrichstein

Nur Dank der tatkräftigen Unterstützung durch die Bauhöfe und Verwaltungen einiger Kommunen war die Fülle der Aufgaben zu erledigen. Gleicher Dank gilt auch der Forstverwaltung, insbesondere dem Heimatforstamt Schotten, für die zahlreichen Hilfestellungen. Das Forstamt Schotten ist Sitz der Geschäftsstelle und der Naturparkwerkstatt.

Nach der Schließung der Aus- und Fortbildungsstätte Schotten (Alte Forstschule in der Karl-Weber-Straße) ist die Geschäftsstelle des NP gemeinsam mit den Bediensteten des Forstamtes Schotten in diese Räume umgezogen.

Personalstand

Neben den beiden Stammarbeitern im Pfl egetrupp des Naturparks und der Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle werden seit vielen Jahren weitere Mitarbeiter auf der Basis sog. „geringfügiger Beschäftigung“ eingesetzt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Rentner, die im Verbandsgebiet für die Müllentsorgung und die Pflege kleinerer Anlagen eingesetzt werden. Die gesetzlichen Regelungen dieser Beschäftigungsverhältnisse bringen einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Auch die Antragsstellung und Abwicklung von Landes- und EU-Zuschüssen ist bürokratisch sehr aufwändig.

Wir danken an dieser Stelle der Stadt Schotten und ihren Mitarbeitern für die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten bei der Bearbeitung der Löhne.

Ein weiterer Dank muss auch dem Leiter der Kreiskasse des Vogelsbergkreises, Herrn Braun, ausgesprochen werden. Bei der haushaltstechnischen Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Naturparks sowie bei der Erstellung des jährlichen Haushaltsplanes leistet er wichtige Hilfestellungen, darüber hinaus trug er die Hauptlast der Umstellung von der kameralen auf die doppische Buchführung.

Neuregelungen für das Naturschutz-Informationszentrum Hoherodskopf (NIZ)

Seit Beginn des Haushaltsjahres 2008 liegt die Bewirtschaftung der Mittel für den Betrieb des NIZ in den Händen der Geschäftsstelle des Naturparks. Das Personal wurde im Wesentlichen aus den Reihen der Naturparkführer rekrutiert. Damit ist eine umfassende und kompetente Beratung der Gäste und Besucher sichergestellt. Die Einrichtung wird in Kooperation mit der Gesellschaft für Tourismus und Stadtmarketing Schotten geführt und erfreut sich wegen der großzügigen Öffnungszeiten steigender Beliebtheit.

Die Mittel zum Betrieb der Einrichtung werden ab dem Jahr 2009 ebenfalls im Rahmen der institutionellen Förderung vom Land Hessen bereitgestellt. Durch die Übernahme dieser Einrichtung fließen der Zweckverbandkasse zusätzliche Fördermittel in Höhe von ca. 33.000,00 € zu.

Die Attraktivität der Einrichtung wird durch häufig wechselnde Zusatzausstellungen gesteigert. Neben der Dauerausstellung zu Naturschutzthemen wird seit dem 01. Februar 2009 eine Ausstellung zum Thema „Wasser im Vogelsberg“ vom Fotoclub Lauterbach präsentiert. Der Eintritt in die Ausstellungen ist für die jährlich über 30.000 Besucher frei. Über die aufgestellten Spendensammler wurden in 2008 ca. 3300,00 € an Spenden eingenommen.

Naturparkführer

Die vom Naturpark Hoher Vogelsberg ausgebildeten Naturparkführer/innen haben ein weiteres erfolgreiches Jahr vorzuweisen. Die Nachfrage nach geführten Wanderungen,

Radwanderungen und anderen Ausflügen ist zu einem festen Bestandteil im touristischen Spektrum unserer Region geworden.

Für das Jahr 2008 wurden von der Naturparkbroschüre insgesamt 20.000 Stück gedruckt und weit über das Verbandsgebiet hinaus verteilt. Inzwischen ist es zu mehreren Kooperationen zwischen den Naturparkführern und anderen touristischen Anbietern, Hotels und Gastronomie gekommen.

Das erweiterte Angebot hat zu spürbar besserer Nachfrage und einer längeren Aufenthaltsdauer bei den Gästen der Region geführt.

Der größte Teil der Naturparkführer/innen wurde durch das ausgebaute und personell verstärkte Infozentrum Hoherodskopf vermittelt. Wir beabsichtigen die Angebotspalette weiter zu entwickeln und bewerben diese durch attraktive Faltblätter und Broschüren.

Neuregelung für den Betrieb des Bismarckturmes

Der Bismarckturm auf dem Taufstein dient seit über 100 Jahren als touristischer Aussichtsturm und wird auf der Basis eines Vertrages zwischen dem Vogelsbergkreis, der Stadt Schotten und dem Vogelsberger Höhen Club betrieben. Die von diesen 3 Institutionen bereitgestellten Mittel wurden bisher durch den Naturpark bewirtschaftet. Ungenutzte Mittel flossen vertragsgemäß einer Rücklage zu.

Aus verwaltungstechnischen Gründen wird diese Rücklage in Höhe von ca. 19.000,00 € (Stand 31.12.2008) ab dem Jahr 2008 durch die Stadt Schotten verwaltet. Die praktischen Unterhaltungsarbeiten sowie die jährliche Sicherheitsüberprüfung werden weiterhin vom Naturpark übernommen.

Naturparkplanung

Der Naturpark Hoher Vogelsberg verfügt seit seiner Gründung im Jahre 1957 über kein geeignetes Planwerk im Hinblick auf seine Aufgaben und Ziele. Ein im Jahre 1959 vorgelegter „Landschaftsordnungsplan“ wurde nicht beschlossen. So stützt sich die Arbeit der Geschäftsstelle seit vielen Jahren auf die wenigen in der Satzung des Naturparks genannten Ziele und Aufgaben.

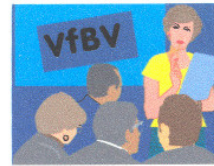
Im Jahr 2008 wurde deshalb ein „Naturparkrahmenplan“ in Auftrag gegeben. Im Teil A dieser Planung wird die aktuelle Situation des Naturparks Hoher Vogelsberg beschrieben. Der Teil B soll im Jahr 2009 realisiert werden und beinhaltet eine intensive Befragung der Verbandsmitglieder. Die Geschäftsstelle hofft auf diesem Weg die zukünftigen Arbeiten im Naturpark noch besser auf die Anforderungen der Kreise und Kommunen abstimmen zu können.

Weitere Arbeiten der Geschäftsstelle im Jahr 2008

- Betrieb des Naturschutz-Informationszentrums Hoherodskopf und Organisation wechselnder Ausstellungen
- Exkursionen verschiedener Gruppen
- Unterstützung der touristischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai am Hoherodskopf
- Mitarbeit im Naturschutzbeirat des Vogelsbergkreises
- Umfangreiche Pressearbeit
- Beteiligung an zahlreichen regionalen Entwicklungsgruppen im Bereich Tourismus und Naturschutz
- Neue Naturparkplanung
- Geschäftsführung der Länderarbeitsgemeinschaft Hessischer Naturparke
- Teilnahme am Hessentag und anderen Messen
- Mitarbeit bei der Vortragsreihe „Schottener Forum“
- Organisation der Vermietung der Vulkan-Velos
- Planungsarbeiten für den Bau von Naturerlebnis-Pfaden
- Aufbau der neuen Internetseite www.naturerlebnis-vogelsberg.de

Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V.

Goldhelg 20, 36341 Lauterbach
Tel.: 06641 / 977-331 - Fax: 06641 / 977-5317
E-Mail: vfb@vogelsbergkreis.de



Unternehmenszweck

Aufgaben sind:

- Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes
- Aus-, Fort- und Weiterbildung von AltenpflegerInnen
- Ausbildung von AltenpflegehelferInnen

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Öffentliche Aufgabe ist es, aus Gründen der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik für angemessene Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sorgen. Partiiell erfüllt der Verein für Berufsausbildung Vogelsberg e.V. dieser Zielsetzung.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Der Vogelsbergkreis ist Mitglied des Vereins für Berufsausbildung ohne besondere Stellung hinsichtlich Willensbildung (Vertretung in den Organen) und Finanzen. Für den Fall der Auflösung des Vereins für Berufsausbildung regelt § 13 der Satzung: Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des Vereinszweck fällt das gesamte Vereinsvermögen nach Begleichung etwaig bestehender Schulden dem Vogelsbergkreis zu, der es ausschließlich und unmittelbar für Zwecke der Wirtschaftsförderung zu verwenden hat.

Beteiligung seit: 1984

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet der Ausbildung tätig. Wirtschaftliche Betätigung ist nur defizitär möglich, wenn qualifizierte Ausbildung angeboten wird (Personal- und Sachaufwand sind grenzwertig errechnet). Siehe auch u. a. Ausführungen zu Landesbeteiligung.

Organe des Unternehmens

Mitglieder:

Vogelsbergkreis

Kreishandwerkerschaft Vogelsbergkreis
Deutscher Gewerkschaftsbund Vogelsberg
Stadt Alsfeld

Stadt Lauterbach

Vogelsberg Consult GmbH

Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.

Vorstand:

Rudolf Marx - Vorstandsvorsitzender

Thomas Schaumberg - Beisitzer

Peter Pilger - Beisitzer

Beratend sind vertreten:

Agentur für Arbeit
Staatliches Schulamt
Kreisberufsschulen Alsfeld und Lauterbach
Arbeiterwohlfahrt
Amt für Volkshochschule

Geschäftsführung:

Hauptamt des Vogelsbergkreises

Kassenführung/Buchhaltung:

Kreiskasse des Vogelsbergkreises

Rechnungsprüfung:

Revisionsamt des Vogelsbergkreises

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsdatum: 1984

Satzung: 04.07.1984

Handelsregister: Lauterbach, Nr. 278

Stammkapital: 0 €

Beteiligungen: keine

Hauswirtschaftliche Eckdaten:

	2008	2007
Einnahmen	907.970,68	786.735,82
abzügl. Übertrag aus Vorjahr	470.491,98	421.584,04
= Bereinigte Einnahme (Ifd. Betrieb)	437.478,70	365.151,78
Ausgaben (Ifd. Betrieb)	377.073,48	316.243,84
Differenz	60.405,22	48.907,94
Übertrag Folgejahre	530.897,20	470.491,98

Die Einnahmesituation auf die einzelnen Wirtschaftsjahre kann nicht ohne Korrektur verglichen werden. Hintergrund ist, dass die Landeszuweisungen aus den Vorjahren Abrechnungsbeträge enthalten bzw. die Vorauszahlung für die laufenden Maßnahmen in unterschiedlicher Höhe in einem Wirtschaftsjahr eingehen.

Der Übertrag aus Vorjahren resultiert aus positiven Abschlüssen seit der Vereinsgründung. Die Mittel sind als Rücklagen geführt und werden für die Deckung von Defiziten der wirtschaftlichen Betätigung (Lehranstalt für Altenpflege) eingesetzt. Die Finanzierung der Lehranstalt für Altenpflege erfordert im Durchschnitt eine Bezuschussung, da die Einnahmen den Aufwand nicht voll abdecken.

Die jährlichen Abschlüsse zeigen unterschiedliche Ergebnisse da der Landesanteil (Schulgeld) überlappend, d.h. über den Jahreswechsel hinaus abgerechnet werden.

Die Einnahmesituation ist nicht stabil, da die Landesbeteiligung abhängig ist von den Schülerzahlen. Diese sind abhängig von den Ausbildungsplätzen, die die Altenpflegeeinrichtungen anbieten und besetzen. Stabilität könnte dadurch erreicht werden, dass die Landesbeteiligung unabhängig von den tatsächlichen Schülerzahlen bemessen wird.

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 3 Vollzeitkräfte
 3 Teilzeitkräfte
 ca. 7 Honorarkräfte (Lehrauftrag)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Entgegen früheren finanziellen Beteiligungen durch den Vogelsbergkreis gewährt der Vogelsbergkreis in den letzten Jahren keine Zuschüsse mehr für den Betrieb Verein für Berufsausbildung. Wie vorstehend erwähnt, werden z. Zt. die Defizite aus Überschüssen der Vorjahre gedeckt. Soweit Überschüsse in der Zukunft verbraucht sind, erfordert der Betrieb Verein für Berufsausbildung - Lehranstalt für Altenpflege eine Kreisbeteiligung. Der Vogelsbergkreis verrechnet keine Kostenanteile für Geschäftsführung, Kreiskasse Revisionsamt, so dass hierüber eine Kreisbeteiligung festzustellen ist.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: keine

In früheren Jahren konnte bei Beendigung von Ausbildungsbereichen vorhandene Investitionsgüter (Einrichtungen, Möbel) dem Vogelsbergkreis kostenfrei zur Nutzung überlassen werden. Diese Investitionsgüter verblieben in den jeweiligen Schulen (Kreisberufsschule Alsfeld und Lauterbach).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Der Verein für Berufsausbildung bietet jährlich durchschnittlich 20 Schulplätze für die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflegeschule an. Fast jährlich kann auch für die AltenpflegehelferInnen Ausbildung angeboten werden. Damit wird sichergestellt, dass Ausbildungsplätze in den Einrichtungen angeboten werden können. Hinzu kommt, dass Nachfrage nach qualifiziertem Personal durch die Altenpflegeeinrichtung gedeckt werden kann. Zusätzlich bietet die Altenpflegeschule Weiterbildung an, so dass vorhandenes Personal der Einrichtungen nachqualifiziert wird. Qualität in der Altenpflege wird damit sichergestellt.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Aufgrund geringer Fördermöglichkeiten vom Land Hessen können Ausbildungen in gewerblichen Bereichen nicht mehr stattfinden. Der Verein für Berufsausbildung führt somit nur noch die Altenpflegeschule - Lehranstalt für Altenpflege zur Ausbildung von AltenpflegehelferInnen (1-jährig) und AltenpflegerInnen (3-jährig). Zusätzlich werden Fort- und Weiterbildungskurse angeboten.

Der durchschnittliche Finanzbedarf des Vereins für Berufsausbildung (jährliche Ausgaben) liegt bei rund 350.000,00 €. Die Finanzierung erfolgt im wesentlichen aus Schulgeldzahlungen des Landes. Der Verein ist zur Zeit noch in der Lage, die jährliche Restfinanzierung aus Rücklagen sicher zu stellen.

Die Lehranstalt für Altenpflege hatte zu Beginn des Jahres 2008 noch 56 Auszubildende AltenpflegerInnen und 8 Auszubildende AltenpflegehelferInnen in Ausbildung.

Inzwischen sind 3 AltenpflegerInnen und 2 AltenpflegehelferInnen aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden.

5 TeilnehmerInnen haben Anfang Oktober 2008 die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehilfe erfolgreich beendet.

Ebenfalls Anfang Oktober 2008 beendeten 16 AltenpflegerInnen die dreijährige Ausbildung erfolgreich. Darunter sind 3 TeilnehmerInnen, die vorher die Ausbildung zur AltenpflegehelferIn absolvierten.

Im Oktober 2008 wurden in den laufenden Kurs 3 AltenpflegehelferInnen aufgenommen, die die Ausbildung zur/m AltenpflegerIn fortsetzen.

Anfang Oktober 2008 startete ein neuer Kurs bei der Lehranstalt für Altenpflege. 16 TeilnehmerInnen begannen die 3-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegerIn und 7 TeilnehmerInnen starten die 1-jährige Ausbildung zur/m AltenpflegehelferIn.

Ausblick:

Obwohl die Schülerzahlen jährlich variieren, ist ein Bedarf an Schulplätzen deutlich erkennbar. Ebenfalls ist die Nachfrage nach Weiterbildung uneingeschränkt vorhanden.

Vogelsberg Consult

Gesellschaft für Regionalentwicklung
und Wirtschaftsförderung mbH

Am Schlossberg 32, 36304 Alsfeld
Tel.: 06631 / 9616-0 - Fax: 06631 / 9616-16
E-Mail: info@vogelsberg-consult.de
Internet: www.vogelsberg-consult.de

Vogelsberg Consult [Gesellschaft für
Regionalentwicklung und
Wirtschaftsförderung mbH

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Initiierung und Durchführung von Projekten, die durch die Europäische Union gemäß dem LEADER-Programm sowie das Land Hessen durch ergänzende Mittel unterstützt werden, in eigener Regie oder durch Beauftragung von fachkundigen Institutionen und Personen,
- die Initiierung und Begleitung von Innovationsprozessen,
- die Förderung von Existenzgründungen,
- die Förderung und Sicherung des Bestandes an Unternehmen,
- die Förderung von Wachstumsbranchen,
- die Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze,
- die Steigerung der kommunalen Wirtschaftskraft,
- die Mitwirkung am effizienten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente,
- die Erstellung regionaler Analysen und Gutachten,
- die Entwicklung und den Vertrieb von Softwareprodukten

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 01/1999 (Verschmelzung DIVO/LEADER)

Anteile in %: 33,0 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Wirtschaftsförderung/Regionalentwicklung

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Landrat Rudolf Marx	Werner Braun - Vorsitzender
Heinz Geißel	Bernd Dickel
Michael Refflinghaus	Volker Orth
Matthias Weitzel	Günter Sedlak - Vorstands-Vorsitzender
Dr. Bernd Stumpf	

Beirat:

Landrat Rudolf Marx (Vors.)	J. Ackermann	Gudrun Huber
Klaus Schönfeld	Hans Rupp	E. Fauß (stellv. Vors.)
Eva Goldbach	Peter Pilger	Hildegard Pollak
Dieter Boß	Erwin Mönning	Kurt Wiegel
Gerda Krömmelbein	Ulrich Roth	Dr. Frank Wendzinski
Margret Jöckel	Dr. Wolfgang Denkhöfer	
R.-H. Vollmöller	Eberhard Ritzel	

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Thomas Schaumburg

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

Rechtsform: GmbH
Gründungsdatum: 18.06.1999
Gesellschaftsvertrag: 15.06.1993, zuletzt geändert am 25.06.2007
Handelsregister: Gießen, HRB 5341
Stammkapital: 250.650 €
Beteiligungen: keine

Gesellschafter:

Sparkasse Oberhessen
 Volksbank Lauterbach-Schlitz eG
 Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld
Vogelsbergkreis
 Stadt Alsfeld
 Gemeinde Feldatal
 Gemeinde Gemünden (Felda)
 Gemeinde Grebenhain
 Stadt Homberg (Ohm)
 Stadt Lauterbach
 Gemeinde Mücke
 Stadt Schlitz
 Gemeinde Schwalmtal
 Gemeinde Wartenberg

VR Bank HessenLand eG
 Volksbank Ulrichstein eG
 Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG
 Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.
 Gemeinde Antrifttal
 Gemeinde Freiensteinau
 Stadt Grebenau
 Stadt Herbstein
 Stadt Kirtorf
 Gemeinde Lautertal
 Stadt Romrod
 Stadt Schotten
 Stadt Ulrichstein

Stammeinlagen

	€	in %
Vogelsbergkreis	82.700,00	33,0
Sparkasse Oberhessen	62.250,00	24,8
Wirtschaftsförderung Vogelsberg-Region e.V.	37.500,00	15,0
VR Bank HessenLand eG	36.500,00	14,6
Volksbank Lauterbach Schlitz eG	19.750,00	7,9
Volksbank eG Ulrichstein	2.500,00	1,0
Volksbank eG Grebenhain-Crainfeld	2.500,00	1,0
Spar- und Darlehenskasse Stockhausen eG	1.000,00	0,4
Stadt Alsfeld	900,00	0,4
Kreisstadt Lauterbach	750,00	0,3
Stadt Schotten	550,00	0,2
Gemeinde Mücke	500,00	0,2
Stadt Schlitz	500,00	0,2
Stadt Homberg/Ohm	400,00	0,2
Gemeinde Grebenhain	250,00	0,1
Stadt Herbstein	250,00	0,1
Gemeinde Freiensteinau	200,00	0,1
Stadt Kirtorf	200,00	0,1
Gemeinde Schwalmtal	200,00	0,1
Stadt Ulrichstein	200,00	0,1
Gemeinde Wartenberg	200,00	0,1
Gemeinde Feldatal	150,00	0,1
Gemeinde Gemünden (Felda)	150,00	0,1
Stadt Grebenau	150,00	0,1
Gemeinde Lautertal	150,00	0,1
Stadt Romrod	150,00	0,1
Gemeinde Antrifttal	100,00	0,0
	<u>250.650,00</u>	<u>100,0</u>

Bilanz des Unternehmens
AKTIVA

	2008 €	2007 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	1,00	1,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	28.988,00	26.597,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	22.496,00	29.939,00
	51.485,00	56.537,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	221.517,18	151.571,47
2. Sonstige Vermögensgegenstände	30.814,36	35.538,71
	252.331,54	187.110,18
II. Kassenbestand, Bundesbank- guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	219.540,05	258.579,19
	471.871,59	445.689,37
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	32.455,00
	523.356,59	534.681,37

PASSIVA

	2008 €	2007 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	250.650,00	250.650,00
II. Kapitalrücklage	256.163,41	256.163,41
III. Gewinnrücklagen	0,00	58.399,96
IV. Verlustvortrag	-54.526,16	-93.354,25
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-16.303,26	-19.571,87
	435.983,99	452.287,25
B. Sonderposten für Investitionszu- schüsse zum Anlagevermögen	1.353,56	1.789,33
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	20.440,00	22.100,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5,10	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.897,99	41.979,05
3. Sonstige Verbindlichkeiten	28.733,06	8.069,40
	60.636,15	50.048,45
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.942,89	8.456,34
	523.356,59	534.681,37

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	504.097,34	684.404,71
2. Sonstige betriebliche Erträge	439,77	533,13
- davon Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen: € 435,77 (i.V. € 515,77)		
	504.537,11	684.937,84
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-168.809,73	-188.714,91
	-168.809,73	-188.714,91
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	-402.747,86	-463.412,10
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-84.038,72	-102.758,45
- davon für Altersversorgung € 486,24 (i.V. € 486,24)		
	-486.786,58	-566.170,55
5. Abschreibungen auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-14.290,12	-18.681,20
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-190.208,24	-271.403,45
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.050,91	8.757,26
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.296,61	-796,86
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	348.803,26	-352.071,87
10. Außerordentliche Erträge	332.500,00	332.500,00
11. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-16.303,26	-19.571,87

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 12,5 Vollzeitstellen (Jahresdurchschnitt)

Jahresergebnis und Budget 2006:

	<u>2008 / €</u>	<u>2007 / €</u>
Budget	860.094,00	1.044.970
darin enthalten:		
- Leistungen des Vogelsbergkreises	332.500	332.500
- selbst erbrachte Leistungen	512.588,00	693.696

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag November 2004: jährlicher Zuschuss 332.500 €

Grundzüge des Geschäftsverlaufs: Siehe Lagebericht

Ertragslage des Unternehmens: Jahresfehlbetrag 16.303,26 €

Kreditaufnahmen: keine

Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten: keine

Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft: Stammeinlage VBK 33 % = 82.700 €

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Die Vogelsberg Consult ist in den im Unternehmensgegenstand genannten Bereichen erfolgreich tätig.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Geschäftsjahr 2008 – Fazit und Ausblick

Die Vogelsberg Consult GmbH behielt auch im abgelaufenen Jahr ihre strategische Ausrichtung bei. Im Bereich Regionalmanagement setzt sie auf Partizipation und Einbindung regionaler Akteure, während sie im Bereich Wirtschaftsförderung unternehmensnahe Dienstleistungen ins Zentrum stellt. Beide Linien haben sich bewährt.

Aus den Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis, die vertraglich bis Ende 2011 vereinbart worden sind, bestreitet die Vogelsberg Consult GmbH die Finanzierung der

entgeltfreien Grundberatung für GründerInnen und Unternehmen, der Veranstaltungskosten (Informationsveranstaltungen, Tagungen), die Kofinanzierung für Qualifizierungsmaßnahmen, die Fördermittelakquise für die Region Vogelsberg (z.B. EQUAL) sowie Projektentwicklungen und -umsetzung der Vorhaben aus dem Regionalen Entwicklungskonzept. Die Art der Dienstleistungen der Vogelsberg Consult GmbH ist im Vertrag mit dem Vogelsbergkreis beschrieben. Der Vogelsberg Consult GmbH stehen allerdings im Vergleich zu den Vorjahren eine jährlich um rd. 75.000 € reduzierte Leistung des Gesellschafters Vogelsbergkreis zur Verfügung.

Die Herausforderung im Jahr 2008 bestand in der Neuausrichtung der Vogelsberg Consult GmbH im Hinblick auf Veränderungen der verschiedenen Förderprogramme des Hess. Wirtschaftsministeriums und des Bundesbildungsministeriums. Einige in der EQUAL-Phase erfolgreichen Maßnahmenfelder, wie etwa die Gründungsberatung für arbeitslose Personen wurden auch in 2008 fortgeführt und finanziert.

Beratungsangebot

Das Beratungsangebot der Vogelsberg Consult GmbH umfasst Existenzgründungsberatung und -coaching, Finanzierungs- und Fördermittelberatung, Unternehmenssicherungsberatung sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsberatung. Im Vergleich zum Vorjahr war abermals eine deutliche Zunahme bei den Existenzgründungs-, Ausbildungs- sowie Qualifizierungsberatungen zu verzeichnen.

Qualifizierungsoffensive IV der Durchführungsphase

Die Ziele der Qualifizierungsoffensive sind innovative Weiterbildung für Führungskräfte und Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen zu entwickeln und durchzuführen sowie die regionale Weiterbildungsquote insgesamt zu erhöhen. Die Finanzierung basiert auf Mitteln der Europäischen Union, der beteiligten Unternehmen und der Vogelsberg Consult GmbH.

In 2008 wurde die Qualifizierungsoffensive IV (2005 - 2008) umgesetzt. Das Angebot beinhaltet Seminare für MitarbeiterInnen aus Unternehmen der Hotellerie und Gastronomie, Weiterbildung für Sekretariat und Assistenz, betriebswirtschaftliche Fragestellungen sowie Netzwerk- und Datenbankadministration. Die Qualifizierungsoffensive IV endete Mitte 2008 und wurde im Anschluss mit einer geänderten strategischen Ausrichtung fortgeführt.

Qualifizierungsoffensive V (2008 bis 2010)

Im Rahmen der Qualifizierungsoffensive Hessen (Programmteil QuIT - Qualifizierungsbeauftragte), wurde für die Laufzeit vom 01.07.2008 bis 30.06.2010 der Antrag der Vogelsberg Consult GmbH mit einem positiven Bewilligungsbescheid gewürdigt.

Die neue Förderperiode des ESF (2007 - 2013) bringt einige Veränderungen der Fördermöglichkeiten mit sich, was sich auch unmittelbar auf die Aktivitäten des Qualifizierungsbeauftragten auswirkt. So werden ab dem Zeitraum Mitte 2008 Seminarreihen nicht mehr gefördert. Informations- und Impulsveranstaltungen werden jedoch weiterhin ebenso angeboten, wie die Unterstützung von Netzwerken.

Ausbildungsförderung „Dual mit System“

Das von der Vogelsberg Consult GmbH entwickelte Konzept Ausbildungsförderung in regionaler Verantwortung hat das Leitziel „Sicherung des Fachkräftenachwuchses der heimischen Wirtschaft. Dieses Vorhaben wird im Rahmen des JOBSTARTER-Programms aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union gefördert. Es startete am 1. April 2007 und endet am 30.09.2010. Seit Beginn dieses Vorhabens ist es gelungen, bei dem Zustandekommen von 78 Ausbildungsverträgen, darunter 52 zusätzlichen, mit zu wirken.

Verpackungscluster Mittelhessen

Der Vogelsbergkreis und die Region Mittelhessen verfügen über eine außergewöhnliche Konzentration von Unternehmen rund um das Thema Verpackung. Das Spektrum reicht von ganz kleinen Betrieben bis zu „Global Players“. Durch die Initiierung und den Aufbau eines Clusters in diesem für Mittelhessen wichtigen Industriezweig kann die Wertschöpfung in den zugehörigen Unternehmen erhöht werden, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und letztlich mehr Beschäftigung aufgebaut werden.

Die Vogelsberg Consult GmbH hat sich mit dem Verpackungscluster am 1. Hessischen Clusterwettbewerb beteiligt und ist für seinen Beitrag vom Hessischen Wirtschaftsminister ausgezeichnet worden. Daraufhin wurde im ersten Schritt die Förderung der Initiierungsphase zum Aufbau eines Clusters beantragt und bewilligt.

Hessenweite Einbindung

Die Vogelsberg Consult GmbH arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen des Vereins MitteleHessen e.V. mit (AG der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen, AK Bildung). Darüber hinaus vertritt sie die Hessischen LEADER-Regionen im EFRE-Begleitausschuss des HMULV.

Im Rahmen der mittelhessischen Aktivitäten waren wir im Arbeitskreis der mittelhessischen Wirtschaftsfördereinrichtungen an der Vorbereitung der verschiedenen Standortmarketingmaßnahmen beteiligt, darunter die Teilnahme an der EXPO REAL in München im Oktober 2005, 2006, 2007 und 2008.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mit dem Geschäftsführer waren am 31.12.2008 bei der Vogelsberg Consult GmbH insgesamt 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Die Vogelsberg Consult GmbH stellt Arbeitsplätze für 7 Vollzeit- (darunter eine Auszubildende), 4 Teilzeit und 4 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Umgerechnet sind es insgesamt 12,5 Vollzeitstellen. Drei Arbeitsverhältnisse sind befristet, angepasst an die Laufzeiten der jeweiligen Projekte.

Insgesamt hat das Team im Jahr 2008 100 Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Durch ihr gleich bleibend großes Engagement gewährleisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die hohe Qualität der Dienstleistungen für die heimischen Unternehmen.

Das Jahresergebnis und das Budget 2008

Das Budget der Vogelsberg Consult GmbH (Personal- und Materialaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen und Abschreibungen) betrug im Jahr 2008 rund 860.094 € (Vorjahr: 1.044.970 €). Darin enthalten sind Leistungen des Gesellschafters Vogelsbergkreis im Jahr 2008 in Höhe von 332.500 € (Vorjahresbetrag: 332.500 €), die zur Abdeckung des negativen Betriebsergebnisses geleistet worden sind. Nahezu 512.588 € (in 2007: 693.696 €) hat die Vogelsberg Consult GmbH durch Unternehmensberatungen, Projektaufträge sowie akquirierte Projektmittel selbst erbracht. Im Geschäftsjahr 2008 ist ein Verlust von 16.303,26 € ausgewiesen.

Ausblick:

Die Auftragslage für die erste Hälfte des Jahres 2008 war aufgrund der laufenden Programme Qualifizierungsoffensive IV bzw. Jobstarter gut. Die Bewerbung um die Verlängerung JOBSTARTER bis Mitte 2011 erlaubt es uns in diesem Arbeitsfeld mittelfristig zu planen. Die Qualifizierungsoffensive V (Juni 2008 bis Mai 2010) wurde im Juni 2008 beim Hess. Wirtschaftsministerium beantragt und bewilligt. Die Umsätze liegen im erwarteten Bereich.

Umsatzerwartungen sind auch an die von uns entwickelte Software Input+ geknüpft, die in 2006 fertig gestellt wurde und in Banken zum Einsatz kommt. Bis heute wurden insgesamt neun Banken als Kunden gewonnen. Die für das Jahr 2008 erwarteten Erlöse von rd. 170.000 € konnten erzielt werden. Gleichbleibendes bzw. steigendes Interesse der Banken vorausgesetzt könnte dieses Geschäftsfeld zu dritten Finanzierungssäule der Vogelsberg Consult GmbH werden. Das Einsparpotential durch die Zusammenlegung der beiden Betriebsstätten Ende 2007 konnte in 2008 realisiert werden.

Region Vogelsberg Touristik GmbH

Vogelsbergstr. 137a, 63679 Schotten
Tel.: 06044 / 96 48 48 - Fax: 06044 / 96 48 49
E-Mail: info@vogelsberg-touristik.de
Internet: www.vogelsberg-touristik.de



Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Aufbau eines Servicecenters für Touristen,
- die Vermarktung, Präsentation und Positionierung der Region und ihrer Angebote,
- die Einrichtung einer Koordinations-, Informations- und Beratungsstelle für Gastronomie und touristische Anbieter,
- die Förderung der regionalen Kooperation,
- die Moderation regionaler Interessengruppen,
- die Entwicklung und Verbesserung von Tourismusprodukten und die Angebotskoordination,
- die Entwicklung einer Dachmarke Vogelsberg,
- das Anbieten spezifischer Dienstleistungen.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Touristische Vermarktung der Region
Steigerung Brutto-Inlands-Produkt

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: Gründung 2001

Anteile in %: 25,37 % (2009: 23,57 %)

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:

Vogelsbergkreis	Landrat Rudolf Marx - Vorsitzender
Wetteraukreis	Kreisbeigeordneter Bardo Bayer
Städte/Gemeinden Vogelsbergkreis	Bgm. Manfred Dickert
Städte/Gemeinden Wetteraukreis	Bgm. Elfriede Pfannkuche - stell. Vorsitzende
Städte/Gemeinden Landkreis Gießen	Bgm. Claus Spandau
IHK Gießen-Friedberg	Dr. Frank Wendzinski
HOGA Vogelsbergkreis	Ulrich Roth
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	Hubert Straub
VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Armin Klein

Geschäftsführung: Frau Uta Nebe, Dipl.-Betriebswirtin

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	GmbH
<i>Gründungsdatum:</i>	19.12.2001
<i>Gesellschaftsvertrag:</i>	19.12.2001, zuletzt geändert am 19.12.2008
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg, HRB 5746
<i>Stammkapital:</i>	134.000 € (2009: 144.250 €)
<i>Beteiligungen:</i>	keine

Gesellschafter:

Gesellschafter	Stamm-einlage €
Vogelsbergkreis	34.000,00
Wetteraukreis	21.250,00
Gemeinde Antrifttal	250,00
Gemeinde Feldatal	500,00
Gemeinde Freiensteinau	1.000,00
Gemeinde Gemünden (Felda)	250,00
Gemeinde Grebenhain	5.500,00
Stadt Herbstein	4.000,00
Stadt Homberg/Ohm	2.000,00
Stadt Kirtorf	250,00
Kreisstadt Lauterbach	4.000,00
Gemeinde Lautertal	250,00
Stadt Romrod	250,00
Stadt Ulrichstein	3.250,00
Stadt Schlitz	1.500,00
Stadt Schotten	3.000,00
Gemeinde Schwalmtal	250,00
Gemeinde Wartenberg	250,00
Stadt Laubach	4.500,00
Landkreis Gießen (ab 2009)	10.000,00

Gesellschafter	Stamm-einlage €
Stadt Gedern	2.750,00
Gemeinde Hirzenhain	250,00
Gemeinde Echzell	250,00
Gemeinde Birstein	500,00
IHK Gießen-Friedberg	2.500,00
HoGa Hotel- und Gaststättenverband Vogelsberg e.V.	2.500,00
Pro Vogelsberg Touristik e.V.	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Vogelsberger VG)	1.500,00
Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (ehemals Wetterauer VG)	1.500,00
Main-Kinzig-Kreis (Übernahme von Wirtschaftsförderung und Tourismus GmbH im Main-Kinzig-Kreis)	5.000,00
Tourist Center Alsfeld GmbH	5.000,00
Gemeinde Glauburg	250,00
Stadt Nidda	12.750,00
Gemeinde Ranstadt	250,00
Bauernhof und Landurlaub im Vogelsberg und Spessart e.V.	1.500,00
Stadt Hungen	1.000,00
Stadt Grünberg	4.500,00
Stadt Ortenberg	1.000,00
Stadt Büdingen (ab 2008)	3.250,00
Stadt Grebenau (ab 2009)	250,00

AKTIVA

	2008 €	2007 €
A. Anlagevermögen		
I. Immat. Vermögensgegenstände		
1. Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	17,00	105,00
II. Sachanlagen		
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.272,00	16.928,00
	11.289,00	17.033,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	4.249,99	6.684,14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	488,13	5.114,78
2. Sonstige Vermögensgegenstände	8.167,70	3.707,49
	8.655,83	8.822,27
III. Kassenbestand, Bundesbank-, guthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	168.317,46	171.230,67
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.511,98	330,88
	200.024,26	204.100,96

PASSIVA

	2008 €	2007 €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	134.000,00	130.750,00
II. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	21.012,55	25.063,21
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	16.049,02	-4.050,66
	171.061,57	151.762,55
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	913,40	2.478,50
C. Rückstellungen		
1. Sonstige Rückstellungen	20.966,29	32.960,02
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	247,55	8.490,54
2. Sonstige Verbindlichkeiten	6.835,45	8.064,70
	7.083,00	16.555,24
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	344,65
	200.024,26	204.100,96

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Umsatzerlöse	114.966,85	119.431,76
2. Gesamtleistung	114.966,85	119.431,76
3. Sonstige betriebliche Erträge	251.001,21	242.773,82
4. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.169,76	4.990,81
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	69.326,56	65.964,59
	<u>75.496,32</u>	<u>70.955,40</u>
5. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	91.660,40	91.681,74
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung € 1.000,00 (i.V. € 2.000,00)	20.744,34	20.471,02
	<u>112.404,74</u>	<u>112.152,76</u>
6. Abschreibungen	5.744,00	7.494,53
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	163.881,29	179.850,64
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.025,21	4.595,16
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>28,07</u>	<u>1,07</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	16.438,85	-3.653,66
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,17	0,00
12. Sonstige Steuern	<u>390,00</u>	<u>397,00</u>
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>16.049,02</u>	<u>-4.050,66</u>

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 5 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

Dienstleistungsvertrag Januar 2002:	Zuschuss 75.652,00 €
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	keine
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	Stammeinlage 25,37 % = 34.000 € (2009: 34.000 € = 23,57 %)

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Verbesserung der touristischen Infrastruktur.
Touristische Vermarktung der Region.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Das Unternehmen hat keine rein betriebswirtschaftliche Ausrichtung. Um den Auftrag, die „Förderung des Tourismus der Region“ zu erfüllen, sind übergreifende, strategische Aufgaben ebenso wichtig, wie die direkte Betreuung der Kunden und das Generieren eigener Umsätze und Margen. Ziel ist betriebswirtschaftlicher Erfolg für die GmbH, aber auch für die direkt am Tourismus beteiligten Unternehmen. Im Falle eines Zielkonfliktes ist abzuwägen, ob eigene wirtschaftliche Ziele oder die Umwegrentabilität für andere Unternehmen Priorität haben.

Die Tätigkeiten im Unternehmen orientieren sich an Ihrem Nutzen für die Tourismusbranche in der Region Vogelsberg im Sinne einer nachhaltigen touristischen Entwicklung. Insofern ist ein Jahresüberschuss nicht Ziel des Unternehmens, sondern die wirtschaftliche Nutzung der zur Verfügung stehenden Ressourcen, um eine möglichst hohe Wirkung zu erzielen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresüberschuss von 16.049,02 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 4.050,66 €) ab. Der auf das Geschäftsjahr 2008 übertragene Gewinnvortrag von 21.012 € wurde insofern nicht aufgebraucht.

Er steht somit für das Geschäftsjahr 2009 zur Verfügung und ist entsprechend im Erfolgsplan 2009 zur Deckung eines geplanten Fehlbetrages vorgesehen.

Grund für den Jahresüberschuss 2008 ist eine höhere Refinanzierungsquote für den Urlaubskatalog als vorgesehen. Allerdings relativiert sich dieser Überschuss dadurch, dass ein Nachdruck von 7.500 Exemplaren im April 2009 nötig war, der zusätzlich zu 7123,- € Nettokosten führte. Weitere Mittel in Höhe von 7.000 € waren für ein kooperatives Marketing für den neuen Hessischen Radfernweg, den BahnRadweg Hessen, vorgesehen. Da sich die Ausschilderung des Radweges verzögerte, wurden diese Mittel nicht eingesetzt und sollen für das Projekt auf 2009 übertragen werden.

Geringere Kosten als geplant entstanden bei den Printprodukten und im Personalbereich. Diese wurden für zusätzliche Werbemaßnahmen verwendet. Ca. 3000 € höher als geplant fielen die Kosten für Porto im Bereich Prospektversand aus, verursacht durch entsprechend viele Anfragen aufgrund der Werbemaßnahmen. Die in 2007 zurück gestellten Mittel für Ko-Finanzierung einer Förderung der von der Gesellschaft aufgelegte Broschüre „Wandern auf neuen Wegen“ und eine Bestandsaufnahme der Qualität des Vulkanring Vogelsberg im Rahmen des Förderantrages des Vogelsbergkreises für „Extratouren und Qualifizierung Vulkanring“ wurden vom Vogelsbergkreis in fast voller Höhe abgerufen. Der 125 km lange Leitwanderweg Vulkanring konnte trotz Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des Projektes leider nicht klassifiziert werden. Eine Klassifizierung wird weiterhin zusammen mit dem Naturpark verfolgt, da dies Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln für weitere Wanderwege in der Qualität einer Extratour und für privatwirtschaftliche Infrastruktur am Weg ist.

Die Umsatzerlöse betrugen im Berichtsjahr 114.966,85 € netto (Vorjahr 119.431,76 €). Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 6.205,06 € (Vorjahr: 11.180,47 €) Erlöse aus Prospektservice und Anschließerbeiträgen für Messen, 50.826,18 € (Vorjahr: 32.338,74 €) Erlöse aus Anzeigen und Einträgen in Broschüren, 35.447,10 € (Vorjahr: 32.570,91 €) Beiträge der AGMitglieder Vulkanradweg sowie Zuschüsse der Zweckverbände Vulkanradweg und des Sponsors Hassia, 8.226,47 € (Vorjahr: 21.665,42 €) freiwillige Portokostenzuschüsse der Kunden und Umsätze der Warenabgabe, 10.000 € (Vorjahr: 10.000 €) Marketingzuschuss der an den ExtraTouren beteiligten Städte, 2002 € (Vorjahr: 0 €) der AGWildwochen für zweckgebundene Werbemaßnahmen, 2259,94 € (Vorjahr: 11.676,22 €) sonstige Erlöse für Dienstleistungen wie Klassifizierungen und Eigenveranstaltungen. Die Differenzen bei den Umsätzen aus Warenabgabe resultieren daher, dass dort nicht nur die regelmäßigen Umsätze wie z.B. der Verkauf von Kartenmaterial gebucht werden, sondern auch unregelmäßige, wie die Produktion und der Verkauf der Infokärtchen an Anbieter und der Infokärtchenstände an Auslagestellen.

Unter sonstigen betrieblichen Erträgen werden insbesondere 239.748,26 € (Vorjahr: 232.231,25 €) an Einnahmen aus den Dienstleistungsverträgen mit den Kommunen und Kreisen ausgewiesen. Außerdem wurden 8229,41 € (Vorjahr: 4.595,16 €) an Zinsen und ähnlichen Erträgen erzielt. Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln wurden die Kosten des Geschäftsbetriebes gedeckt sowie ein Beitrag an den Hessischen Tourismusverband in Höhe von 3.182,12 € geleistet.

Die Vermarktung der Kataloge schlug sich in den Kosten für die Warenabgabe nieder (Portokosten, Frachten, Vertriebskosten). Sie betrugen im Berichtsjahr 10.580,99 € und lag damit weit über den kalkulierten Kosten von 7.500 €, da weit mehr Prospekte angefragt

wurden, als kalkuliert. Schriftlich wurden 3.981 (Vorjahr 2.711) Prospektanfragen beantwortet zzgl. ca. 300 Anfragen für kostenpflichtige Serviceartikel.

Im Berichtsjahr war die Region mit einem eigenen Stand alleine 8 mal auf zwei- oder mehrtägigen Veranstaltungen und Messen vertreten und 6 mal auf eintägigen Veranstaltungen meist Radreisemärkte, die vom ADFC in verschiedenen Städten veranstaltet werden. An weiteren 13 Messen und Plätzen wurden die Themenkataloge an Themenständen ausgelegt sowie auf der Wächtersbacher Messe vom Main-Kinzig-Kreis.

Mit dem Dienstleister „PBV Tourismus Consulting“ wurde im zweiten Jahr eine Road Show mit einem mit Vogelsbergmotiven gestalteten Wohnmobil organisiert. Hier wurden insgesamt 15 Veranstaltungen an insgesamt 18 Tagen besucht. An der Finanzierung beteiligen sich neben der Region Vogelsberg Touristik GmbH (1/3) und Sponsoren (1/3) auch die Kommunen Grünberg, Freiensteinau, Herbstein, Ulrichstein, Gedern, Schotten und Nidda. Insgesamt konnte durch die finanzielle und personelle Beteiligung der Kommunen und Leistungsträger an vielen Plätzen geworben werden. Dieses Engagement setzt sich auch 2009 fort.

Zusammen mit der Rhein-Main-Presse wurde zum vierten Mal eine in der Presse umfangreich angekündigte Promotion-Aktion in Mainz und Wiesbaden durchgeführt, die sehr erfolgreich verlief und das gestiegene Interesse an der Destination Vogelsberg im Rhein-Main-Gebiet deutlich machte.

Das Konzept „Wandern auf dem Vulkan“ führte dazu, dass fünf Kommunen in neue Rundwanderwege im Tagesformat mit zertifizierter Erlebnisqualität investierten, davon erhielten vier Wege eine Förderung über Leader+. Alle Wege erhielten am 4. Mai 2008 im Rahmen des von der Region Vogelsberg Touristik GmbH veranstalteten Wanderfestes das Deutsche Wandersiegel.

Das Wanderfest wurde genutzt, um umfangreich in Presse und durch Werbung auf das neue Wanderangebot im Vogelsberg aufmerksam zu machen. Durch das Projekt ist insgesamt die Bereitschaft der Kommunen gestiegen, das ausgewiesene lokale Wanderwegenetz zu überprüfen.

Die touristische Webseite der Region www.vogelsberg-touristik.de wurde in 2008 datenbankbasiert und Suchmaschinen optimiert komplett neu aufgebaut und viele neue Inhalte eingepflegt. Die Besuchszahl der Webseite ist in 2008 auf hohem Niveau bei ca. 300.000 geblieben. Den höchsten Traffic hatte die Seite im Mai mit 37.536 Besuchen. Gegenüber dem Vorjahr zugenommen haben die Besuche auf www.vulkanradweg.de. In den Monaten April bis August konnten regelmäßig mehr als 10.000 Besuche im Monat gezählt werden mit der Spitze im Mai mit 13.675 Besuchen. Insgesamt hatte die Webseite mehr als 100.000 Besuche im Jahr 2008.

Des weiteren betreibt unsere Organisation seit Mai 2007 eine eigene Webseite für die Vogelsberger ExtraTouren (www.extratouren-vogelsberg.de), die pro Monat 2000 bis 3000 Besuche verzeichnet.

Auch in der amtlichen Übernachtungsstatistik (Betriebe über 8 Betten und Touristikcamping) legte die Region im zweiten Jahr hintereinander zu. Alleine im Vogelsbergkreis um 3,7% gegenüber dem Vorjahr. Wobei die amtliche Statistik einen Bruch in der Kette erhält, da die Übernachtungsstatistik mit der des Touristikcamping zusammengeführt wurde. Vergleichszahlen mit anderen Regionen sind insofern nicht vorhanden.

Die Region erhält mehr Aufmerksamkeit auch bei Investoren. Neue Produkte entstehen, wie der am 1. Mai 2008 eröffnete Kletterwald am Hoherodskopf oder das am 25. April 2008 eröffnete Schlosshotel in Laubach.

Der Graf zu Solms Laubach setzt zur Zeit einen Freizeitpark unter dem Titel „Entdeckungswald Grünes Meer“ an der B 276 um, der Anfang Juli 2009 eröffnet werden soll. Genau zu diesem Zeitpunkt soll auch der neue Hessische Radfernweg durch Vogelsberg und Rhön, der BahnRadweg Hessen, an den Markt gehen. Insgesamt kann auch eine qualitative Verbesserung der Dienstleistungen wahrgenommen werden und das Angebot sowie die Buchungszahlen für Pauschalen steigen, wenn auch langsam. Auf die Unterstützung von Qualitätsinitiativen, wie die der Service Qualität Deutschland, wird die Region Vogelsberg Touristik GmbH in den nächsten Jahren einen Focus legen.

Kennzahlen der Vermögenslage:

	T€ / %	Vorjahr - T€ / %
Eigenkapital	171,1	151,8
Anlagevermögen	11,3	17,0
Umlaufvermögen	188,7	187,0
Bilanzsumme	200,0	204,1
Umsatzerlöse	115,0	119,4
Erträge aus Dienstleistungsverträgen mit den Kommunen	239,7	232,2
Eigenkapitalquote	86,0	75,6
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	16,0	-4,1
Finanzergebnis	8,0	4,6
Personalintensität	97,7	93,9
Abnutzungsgrad	82,3	73,2
Liquidität 1. Grades	600,1	342,4

Die „Flüssigen Mittel“ zum 31.12.2008 lagen bei 168,3 TEUR (Vorjahr 171,2 TEUR). Es bestanden am Stichtag 0,5 TEUR Forderungen. Nennenswerte Forderungsausfälle sind nicht zu verzeichnen.

Die Liquiditätslage im Geschäftsjahr kann als gut bezeichnet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres:

In der Gesellschafterversammlung am 19. November 2008 wurde die Erhöhung des Stammkapitals mit Übernahme durch den Kreis Gießen um 10.000 € und durch die Stadt Grebenau um 250 € beschlossen. Die Beträge wurden 2009 überwiesen und die Eintragung in das Handelsregister ist zwischenzeitlich erfolgt. Mit beiden Gesellschaftern wurde ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Die Tourist Center Alsfeld GmbH i.L. hat dagegen den Dienstleistungsvertrag zum 31.12.2008 gekündigt. Das Stammkapital in der Höhe von 5000 € will die Stadt Alsfeld übernehmen.

Ausblick:

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft.

Die Entwicklung der Gesellschaft steht vor dem Hintergrund einer generellen Bereitschaft der Gesellschafter, Mittel für ein Kompetenz und Dienstleistungszentrum zu bündeln und ein zentrales Marketing für die Region zu finanzieren. Durch die Dienstleistungsverträge

mit den kommunalen Gesellschaftern, dem Vogelsbergkreis, dem Wetteraukreis und seit dem 1.1.2009 mit dem Kreis Gießen ist die Gesellschaft bis Ende 2011 gesichert. Durch den Beitritt des Kreises Gießen wird die Region gestärkt.

In der Region Vogelsberg sind drei „regionale Entwicklungsgruppen“ tätig, die Infrastrukturprojekte vorantreiben, die auch dem Tourismus zugute kommen. Dies sind das „Regionalmanagement Oberhessen“, die „Vogelsberg Consult“ und das „Regionalmanagement Giesener Land“. Mit dem „Entwicklungskonzept Vulkan Vogelsberg“, das über Fördergelder und mit Mitteln des Vogelsbergkreises, des Wetteraukreises und der Stadt Schotten finanziert wird, werden in Herbst 2009 grundsätzliche Aussagen zur Entwicklungsmöglichkeit des Geotourismus in der Region Vogelsberg vorliegen.

Neue Angebote bedingen einmal mehr Professionalität, Schlagkraft und die Fähigkeit auf den Markt zu reagieren. Entscheidend wird sein, dass Strukturen (Infrastruktur-, Organisations- und Marketingstrukturen) aufgebaut und langfristig gesichert werden können, die den wachsenden Erfordernissen Rechnung tragen.

Die Region Vogelsberg Touristik GmbH steht mit ihren Aufgaben im Spannungsfeld zwischen Destinationsmanagement (Tourismusverband) und Marketingorganisation. Dies ist keine Einheit, sondern ein Gegensatz, wie bereits eingangs erwähnt wurde.

Um diese „allumfassende Aufgabe“ zu bewältigen stehen knappe Mittel zur Verfügung. Ein Risiko stellt damit einhergehend die dünne Personaldecke dar, die es kaum erlaubt, neue Projekte anzugehen oder neue Geschäftsfelder aufzubauen. Im Schnitt waren im Berichtsjahr 3,5 Stellen besetzt.

Die Konjunkturkrise belastet zunehmend auch die touristischen Betriebe in der Region Vogelsberg. Geschäftsreisende und der Tagungstourismus sind rückläufig. Im Urlaubstourismus scheinen die Gästezahlen noch leicht zu steigen mit leicht höherer Verweildauer, jedoch sparen die Besucher bei den Nebenkosten, wie auch die Einheimischen weniger im Gastgewerbe konsumieren. Durch die Zusammenlegung der amtlichen Übernachtungsstatistik mit der Statistik für das Touristiking, ist die Interpretation der vom statistischen Landesamt veröffentlichten Zahlen im Moment sehr schwierig. Aussagekräftige Kennzahlen, die ein Indikator für den Tourismus in der Region sein könnten, fehlen.

Sparkasse Oberhessen

Kaiserstr. 155, 61169 Friedberg
Tel.: 06031 / 86-0 - Fax: 06031 / 86-128
E-Mail: info@sparkasse-oberhessen.de
Internet: www.sparkasse-oberhessen.de



Unternehmenszweck

Erbringung von geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen, insbesondere Geben der Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern; Wecken des Sparsinns der Bevölkerung und Förderung des Sparens zusammen mit den übrigen Formen der Vermögensbildung..

Die Sparkasse Oberhessen ist keine Beteiligung gem. der Definition in 1.2. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem Vogelsbergkreis als Gewährträger.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Beteiligungsverhältnis des Vogelsbergkreises

Beteiligung seit: 1991 (Fusion KSK Alsfeld mit KSK Lauterbach zur Sparkasse Vogelsbergkreis und 2006 Fusion Sparkasse Vogelsbergkreis mit Sparkasse Wetteraukreis zur Sparkasse Oberhessen)

Anteile in %: 26 %

§ 121 (2) 2 Wirtschaftliche Betätigung:

Anstalt des öffentlichen Rechts.

Organe des Unternehmens

Vorstand:

Günter Sedlak - Vorsitzender
Reinhold Wintermeyer - stellv. Vorsitzender
Thomas Falk - Mitglied

Verwaltungsrat:

Oswin Veit (01.01.-30.06.2009)) - Vorsitzender	Annedore Musch
Joachim Arnold (seit 01.07.2008) - Vorsitzender	
Rudolf Marx - stellv. Vorsitzender	Elfriede Pfannkuche
Manfred Cleve	Bernd Stiebeling
Bettina Giller	Fritz Hartmut Ulrich
Gerold Helfrich	Rainer-Hans Vollmöller
Otfried Käufer	Gerd Wagner
Friedel Kopp	Bernfried Wieland
Heike Müll	

Rechtliche und wirtschaftliche Daten

<i>Rechtsform:</i>	Anstalt des öffentlichen Rechts
<i>Gründungsdatum:</i>	01.01.2006 Fusion Sparkasse Wetterkaukreis und Sparkasse Vogelsbergkreis zur Sparkasse Oberhessen
<i>Gewährträger:</i>	Wetteraukreis und Vogelsbergkreis
<i>Satzung:</i>	Neufassung vom 01.01.2006
<i>Handelsregister:</i>	Friedberg HR A 1455
<i>Eigenkapital:</i>	216.071.895,99 €
<i>Beteiligungen:</i>	siehe Lagebericht

Bilanz des Unternehmens

AKTIVA

	31.12.2008	31.12.2007
	€	€
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	29.043.561,15	28.451.853,83
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	141.831.862,54	64.814.891,52
	170.875.423,69	93.266.745,35
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind		
a) Schatzwechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen sowie ähnl. Schuldtitel öffentlicher Stellen	0,00	0,00
b) Wechsel	0,00	0,00
	0,00	0,00
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	2.987.492,95	3.432.923,50
b) andere Forderungen	819.455.877,24	51.097.907,82
	822.443.370,19	54.530.831,32
4. Forderungen an Kunden	2.809.782.698,42	2.724.606.475,80
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.434.535.341,92	1.368.715.767,51
Kommunalkredite	301.702.570,60	274.752.433,08
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	0,00	0,00
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	12.896.761,22	62.777.084,42
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	12.896.761,22	62.777.084,42
bb) von anderen Emittenten	564.315.025,79	895.736.843,35
darunter: beleihbar b. d. Dtsch. Bundesbank	560.315.025,79	865.425.245,63
c) eigene Schuldverschreibungen	1.000.084,04	943.169,97
Nennbetrag	990.500,00	971.000,00
	578.211.871,05	959.457.097,74
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	339.977.852,54	390.934.765,97
7. Beteiligungen	185.007,00	221.234,00
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
9. Treuhandvermögen	1.221.745,81	1.273.434,19
darunter: Treuhandkredite	690.536,94	737.339,31
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	0,00	0,00
11. Immaterielle Anlagewerte	533.759,00	473.027,00
12. Sachanlagen	74.296.577,07	78.583.365,71
13. Sonstige Vermögensgegenstände	46.009.509,45	31.284.340,65
14. Rechnungsabgrenzungsposten	1.955.936,88	2.529.070,10
Summe der Aktiva	4.897.684.619,38	4.390.031.256,11

PASSIVA

	31.12.2008	31.12.2007
	€	€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) täglich fällig	260.467.610,67	18.188.274,15
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.183.631.855,76	898.969.786,69
	1.444.099.466,43	917.158.060,84
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) Spareinlagen		
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist v. 3 Monaten	1.036.025.260,76	1.091.707.960,36
ab) mit vereinb. Kündigungsfrist v. mehr als 3 Mon.	39.355.760,22	96.549.364,52
	1.075.381.020,98	1.188.257.324,88
b) andere Verbindlichkeiten		
ba) täglich fällig	1.051.888.351,59	991.260.152,26
bb) mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist	866.808.405,73	785.322.354,54
	1.918.696.757,32	1.776.582.506,80
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	128.678.678,76	162.925.063,69
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	128.678.678,76	162.925.063,69
4. Treuhandverbindlichkeiten	1.221.745,81	1.273.434,19
darunter: Treuhandkredite	690.536,94	737.339,31
5. Sonstige Verbindlichkeiten	11.707.969,88	12.461.318,67
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1.859.762,39	2.276.937,77
7. Rückstellungen		
a) Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen	13.813.349,00	13.814.618,00
b) Steuerrückstellungen	1.804.633,24	479.788,60
c) andere Rückstellungen	23.203.398,25	26.708.958,96
	38.821.380,49	41.003.365,56
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	30.713.527,88	40.927.310,86
10. Genussrechtskapital	4.431.878,03	4.894.597,18
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig	4.336.266,45	2.330.979,69
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	26.000.000,00	26.000.000,00
12. Eigenkapital		
a) gezeichnetes Kapital	900.000,00	900.000,00
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00
c) Gewinnrücklagen		
ca) Sicherheitsrücklage	214.471.335,67	210.393.525,50
cb) andere Rücklagen	0,00	0,00
d) Bilanzgewinn	700.560,32	4.977.810,17
	216.071.895,99	216.271.335,67
Summe der Passiva	4.897.684.083,96	4.390.031.256,11

Fortsetzung Passiva

	31.12.2008	31.12.2007
	€	€
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00	0,00
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	43.402.995,17	42.716.039,52
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	0,00
	43.402.995,17	42.716.039,52
2. Andere Verpflichtungen		
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00	0,00
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00	0,00
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	110.154.818,54	148.905.937,18
	110.154.818,54	148.905.937,18

Gewinn- und Verlustrechnung

	2008 €	2007 €
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	165.077.687,47	157.620.582,35
b) festverzinsl. Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	43.926.535,39	54.098.397,64
	209.004.222,86	211.718.979,99
2. Zinsaufwendungen	138.621.101,29	127.831.663,92
	70.383.121,57	83.887.316,07
3. Laufende Erträge aus		
a) Aktien und anderen nicht festverzinsl. Wertpapieren	19.178.390,43	9.267.138,03
b) Beteiligungen	2.239.753,40	1.916.849,92
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
	21.418.143,83	11.183.987,95
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0,00	0,00
5. Provisionserträge	29.236.112,35	30.368.371,92
6. Provisionsaufwendungen	1.823.804,80	2.289.292,54
	27.412.307,55	28.079.079,38
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	50.908,08	18.530,92
8. Sonstige betriebliche Erträge	4.077.264,04	2.675.194,72
9. Erträge a. d. Auflösung v. Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
	123.341.745,07	125.807.047,20
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	38.260.041,81	36.719.541,80
ab) Soz. Abgaben u. Aufwend. f. Altersversorgung u.f. Unterstützung	11.172.657,24	11.346.379,15
	49.432.699,05	48.065.920,95
b) andere Verwaltungsaufwendungen	23.981.832,19	21.943.375,03
	73.414.531,24	70.009.295,98
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	6.165.290,42	6.382.211,90
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.772.372,28	1.538.752,63
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	37.142.144,09	28.668.650,21
13. a) Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	2.000.000,00
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	0,00
14. a) Entnahme aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	0,00
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	1.872.827,00	9.402.862,14
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0,00	0,00
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	451.435,84	219.944,67
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	1.523.144,20	7.585.329,67
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	694.625,92	2.472.472,14
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	127.422,54	135.047,36
	822.048,46	2.607.519,50
25. Jahresüberschuss	701.095,74	4.977.810,17
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0,00	0,00
	701.095,74	4.977.810,17
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) aus anderen Rücklagen	0,00	0,00
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00	0,00
b) in andere Rücklagen	0,00	0,00
29. Bilanzgewinn	701.095,74	4.977.810,17

Ausgewählte Kennzahlen

Anzahl der Mitarbeiter: 1.114 (Jahresdurchschnitt)

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des Vogelsbergkreises

<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs:</i>	Siehe Lagebericht
<i>Ertragslage des Unternehmens:</i>	Jahresüberschuss 701.095,74 €
<i>Kreditaufnahmen:</i>	keine
<i>Vom Vogelsbergkreis gewährte Sicherheiten:</i>	Gewährträgerhaftung 26 %
<i>Kapitalzuführungen und -entnahmen durch den : Vogelsbergkreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft</i>	keine

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Begründung:

Kredit- und geldwirtschaftliche Versorgung im Satzungsgebiet (Vogelsbergkreis und Wetteraukreis), öffentlicher Auftrag.

Auszug aus dem Lagebericht

Lage der Gesellschaft:

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den Vogelsbergkreis und auf den Wetteraukreis.

Träger der Sparkasse sind der Vogelsbergkreis und der Wetteraukreis. Sie unterstützen die Sparkasse bei ihren Aufgaben. Darüber hinaus haften die Träger der Sparkasse für alle vor dem 19. Juli 2005 eingegangenen Verbindlichkeiten der beiden Vorgängereinstitute Sparkasse Vogelsbergkreis und Sparkasse Wetterau. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Verbindlichkeiten der Sparkasse aus der Begebung von Genussrechtskapital und von stillen Beteiligungen sind von der Haftung der Träger ausgeschlossen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Die Träger der Sparkasse haften nicht für deren Verbindlichkeiten, sofern diese nach dem 18. Juli 2005 vereinbart wurden.

Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband, dem Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe, angeschlossen. Der Sparkassen-Finanzgruppe gehören 438 Sparkassen, 11 Landesbanken, 11 Landesbausparkassen, 12 öffentliche regionale Erstversicherungsgruppen und zahlreiche weitere Finanzdienstleistungsunternehmen an.

Darüber hinaus ist die Sparkasse dem Stützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und dem Sicherungssystem der Deutschen Sparkassen-Organisation angeschlossen. Diese Systeme sind als institutssichernde Einrichtungen im Sinne von § 12 Abs. 1 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes anerkannt. Institutssichernde Einrichtungen im Sinne der vorstehend genannten gesetzlichen Bestimmungen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die angeschlossenen Institute selbst schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz gewährleisten.

Geschäftstätigkeit

Die Sparkasse fühlt sich ihrem öffentlichen Auftrag verpflichtet. Als Wirtschaftsunternehmen kommt sie vor allem der Aufgabe nach, die Bevölkerung und die Wirtschaft innerhalb ihres satzungsrechtlichen Geschäftsgebietes kredit- und geldwirtschaftlich zu versorgen. Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen und aufsichtsrechtlichen Grundsätzen geführt. Gleichzeitig unterstützt die Sparkasse durch Spenden und im Rahmen von Sponsoringmaßnahmen das Engagement der Menschen vor Ort.

Geschäftsentwicklung

Jahr	2008	2007	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Bilanzsumme	4.897.685	4.390.031	507.654	11,6
Geschäftsvolumen	4.941.088	4.432.747	508.341	11,5
Forderungen an Kreditinstitute	822.443	54.531	767.912	1.408,2
Forderungen an Kunden	2.809.103	2.724.606	84.497	3,1
Wertpapiere	918.190	1.350.392	-432.202	-32,0
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	53.056	53.092	-36	-0,1
Sachanlagen und Immaterielle Anlagewerte	74.830	79.056	-4.226	-5,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.444.099	917.158	526.941	57,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.994.078	2.964.840	29.238	1,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	128.679	162.925	-34.246	-21,0
Sicherheitsrücklage	214.471	210.394	4.077	1,9

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen konnten im Geschäftsjahr 2008 deutlich ausgeweitet werden.

Zuwächse im Kundenkreditgeschäft sowie ein bedeutender Anstieg in der Anlage bei Kreditinstituten sind zu verzeichnen. Dieser erhöhte Finanzierungsbedarf wirkt sich auf der Passivseite in der verstärkten Refinanzierung mit Kreditinstituten aus.

Kreditgeschäft

Forderungen an Kreditinstitute

Im Geschäftsjahr 2008 wurden sukzessive Festgeldanlagen mit einer kurzen Laufzeit in erheblichen Umfang getätigt. Weiterhin bestehen zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 Wertpapierleihgeschäfte in Höhe von fast einem Drittel der Gesamtposition, die hier ausgewiesen werden.

Kundenkreditgeschäft

Das gesamte bilanzielle Kundenkreditvolumen hat sich im Gegensatz zum Vorjahr positiv entwickelt. Die Finanzierungen an private und öffentliche Haushalte konnten in fast gleichem Umfang ausgeweitet werden. Die Ausweitung der Darlehensvergabe an Geschäftskunden fiel dagegen etwas geringer aus. Im öffentlichen Sektor kam es zu einer Ausweitung der Kassenkredite und von langfristigen Darlehen. Schwerpunkt der Kreditvergabe an die privaten Haushalte sind die klassischen Wohnungsbaufinanzierungen.

Gemäß Kreditnehmerstatistik der Bundesbank liegen die Schwerpunkte des gewerblichen Kreditgeschäftes in den Bereichen Handel, verarbeitendes Gewerbe sowie beim Dienstleistungsgewerbe.

Wertpapiere

Aufgrund der Situation an den Finanzmärkten wurden keine Neuinvestitionen im Geschäftsjahr 2008 bei den „Schuldverschreibungen und anderen festverzinsliche Wertpapieren“ sowie „Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren“ getätigt. Die zugeflossene Liquidität aus Wertpapierfälligkeiten wurde zur Refinanzierung von Festgeldanlagen bei Kreditinstituten verwendet. Anlageschwerpunkt sind die Ausleihungen in Form von Bankschuldverschreibungen. Weiterhin befinden sich Anleihen von öffentlichen Emittenten und Finanzdienstleistungsinstituten in geringem Umfang im Bestand. Die Restlaufzeiten betragen zwischen einem und dreizehn Jahren, wobei fast zwei Drittel der Anleihen in den Jahren 2009 bis 2011 endfällig werden.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 sind Schuldverschreibungen im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften verliehen und werden in den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen.

Die von uns gehaltenen Wertpapiere betreffen überwiegend die Liquiditätsreserve sowie in eingeschränktem Umfang auch Wertpapiere im Anlagebestand. Für die Wertpapiere des Anlagebestandes besteht unsererseits Dauerbesitzabsicht.

Das Portfolio „Handelsbestand“ ist nach wie vor von untergeordneter Bedeutung.

Beteiligungen und Anteile an verbundene Unternehmen

Die Beteiligungen blieben im Geschäftsjahr 2008 weitgehend unverändert.

Die wesentlichsten Beteiligungen halten wir nach wie vor am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG. Die Beteiligungen an der Illustra Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Beteiligungs KG, an der Deutschen Sparkassen Leasing AG & Co. KG und an der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG blieben unverändert. Weitere Beteiligungen bestehen in geringem Umfang auch an lokalen Unternehmen.

Darüber hinaus besitzen wir mit der GIW Gesellschaft für Gewerbe- und Immobilienmanagement Wetterau mbH, Gedern, eine Tochtergesellschaft, deren Aufgabe es ist, für uns und für andere Unternehmen insbesondere Beratungsdienstleistungen sowie spezifische Dienstleistungen im Bereich der Immobilienentwicklung, -sanierung und -verwertung zu erbringen.

Sach- und immaterielle Anlagen

Im Geschäftsjahr 2008 wurde das KompetenzCentrum in Bad Nauheim fertig gestellt. Weitere Investitionen wurden für die Realisierung der neuen KompetenzCentren in Büdingen und Karben getätigt, die im März 2009 fertig gestellt wurden. Der Rückgang bei den Grundstücken und Gebäuden steht im Zusammenhang mit planmäßigen Abschreibungen und dem Verkauf der alten KompetenzCentren in Bad Nauheim und Büdingen. In der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden Investitionen für das KompetenzCentrum in Bad Nauheim und Ersatzinvestitionen vorrangig bei den Selbstbedienungsgeräten und Telefonanlagen vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Investitionen im Immobilienportfolio in Form von geschlossenen Immobilienfonds wurden im Geschäftsjahr 2008 entsprechend unseren Planungen geringfügig ausgebaut. Eine Erweiterung steht in geringem Umfang für 2009 an. Weiterhin sind im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche in dieser Position enthalten.

Refinanzierung

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Im Zusammenhang mit dem deutlich erhöhten Finanzierungsbedarf erfolgte die Refinanzierung durch Offenmarktgeschäfte und eine Ausweitung der Tagesgeldaufnahme bei Kreditinstituten. Die längerfristige Finanzierung erfolgt durch Sparkassenbriefe und Festgeldaufnahmen. Weiterhin bestehen Weiterleitungsdarlehen, die bei der Landesbank Hessen-Thüringen aufgenommen wurden.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Unser traditionelles Kundengeschäft bildet weiterhin den Hauptbestandteil unserer Finanzierung. Bedingt durch die Verunsicherung an den Finanzmärkten kam es zu deutlichen Zuwächsen bei Tages- und Termingeldanlagen unserer Kunden, zum Teil getragen durch den Rückgang in den Spareinlagen.

Ein verändertes Anlageverhalten im Vorfeld des Wirksamwerdens der Abgeltungssteuer sowie ein verändertes Emissionsverhalten seitens der Sparkasse aufgrund der Prospektpflicht für Eigenemissionen gemäß WpPG führte zu einem erheblichen Rückgang bei den Verbrieften Verbindlichkeiten.

Eigenkapital

Nach der vom Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung des Bilanzgewinns wird die Sicherheitsrücklage 215,2 Mio € betragen. Zum 31. Dezember 2008 setzten sich die ergänzenden Eigenkapitalbestandteile aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach

§ 340g HGB, den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter, den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, den Genussrechtsverbindlichkeiten sowie den nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

Dienstleistungsgeschäft

Die Erträge im Wertpapierkommissionsgeschäft fielen im Geschäftsjahr 2008 bedingt durch die Verunsicherung an den Finanz- und Kapitalmärkten geringer aus. Aufgrund der Zurückhaltung unserer Kunden im vierten Quartal 2008 wurde ein niedrigeres Ordervolumen gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 abgewickelt. Beim Nettoneuabsatz von Investmentanteilen musste ebenfalls ein Rückgang gegenüber 2007 verzeichnet werden.

Im Geschäftsjahr 2008 konnte die Beitragssumme für die Vermittlung von Versicherungsprodukten leicht gesteigert werden. Die damit verbundenen Erträge waren allerdings rückläufig. Die Vertragsabschlüsse und das Volumen bei der Vermittlung von Bausparverträgen mit unserem Verbundpartner, der Landesbausparkasse Hessen-Thüringen, gingen im Geschäftsjahr 2008 um 13 % zurück. Ebenfalls rückläufig waren im Geschäftsjahr 2008 die Absatzzahlen für Produkte zur Altersvorsorge unserer Verbundpartner Deka und Sparkassenversicherung.

Das Vermittlungsgeschäft von Derivaten und Finanzprodukten in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen-Thüringen und die damit verbundenen Erträge waren im Geschäftsjahr 2008 leicht erhöht.

Entwicklung im Vergleich zum Prognosebericht für das Jahr 2008

Entgegen unserem Prognosebericht 2007 waren die Bestände der kundenbezogenen Passivseite leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr. Dies ist auf das Angebotsverhalten der überregional agierenden Geschäftsbanken zurückzuführen. Wie Direktbanken versuchen auch die Großbanken vor allem das Privatkundengeschäft neu zu erschließen und dringen mit Anlageangeboten, die teilweise deutlich über den marktüblichen Einstandssätzen liegen, vor. Zudem hat die besondere Qualität des Haftungsverbunds der Sparkassen-Finanzgruppe durch die umfassende Garantieerklärung der Bundesregierung im Oktober 2008 an Bedeutung für die privaten Anleger verloren.

Die von uns erwarteten Steigerungen im bilanzneutralen Dienstleistungsgeschäft konnten im Geschäftsjahr 2008 nicht umfänglich realisiert werden. Dies ist in erster Linie auf einen drastischen Rückgang im kundenbezogenen Wertpapiergeschäft - bedingt durch die Verunsicherungen der Anleger aus der im Geschäftsjahr 2008 sich nach der Lehman-Pleite noch deutlich verschärfenden Finanz- und Kapitalmarktkrise - zurückzuführen.

Im Eigengeschäft wurden aufgrund der anhaltenden und sich verschärfenden Marktunsicherheiten risikobehaftete Anlagepositionen abgebaut und Neuinvestitionen vermieden. Es wurden nur entsprechende Abweichungen zwischen dem Prognosebericht und der tatsächlichen Entwicklung in 2008 dargestellt.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

	Jahr	2008	2007	Veränderungen gegenüber Vorjahr	
		in TEUR	in TEUR	in TEUR	in %
Zinsüberschuss und laufende Erträge		91.801	95.071	-3.270	-3,4
Provisionsüberschuss		27.412	28.079	-667	-2,4
Handelsergebnis		51	-19	70	-368,4
Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen		79.580	76.391	3.189	4,2
Betriebsergebnis vor Bewertung		40.538	47.657	-7.119	-14,9
Betriebsergebnis nach Bewertung		1.523	7.585	-6.062	-79,9
Steuern		822	2.608	-1.786	-68,5
Jahresüberschuss		701	4.978	-4.277	-85,9
Aufwands-Ertrags-Verhältnis		67,0%	62,1%		
Eigenkapital-Rentabilität ¹		0,6%	3,3%		

¹ Ergebnis vor Steuern in % des Eigenkapitals (Sicherheitsrücklage + Fonds für allgemeine Bankrisiken zu Beginn des Geschäftsjahres)

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2008 musste ein Rückgang im **Zinsüberschuss** von 13,5 Mio EUR hingenommen werden. Bedingt durch die Einbringung von festverzinslichen Wertpapieren und anderen Schuldverschreibungen in einen Spezialfonds zum Jahresende 2007 kam es in diesem Bereich zu einer Verlagerung zwischen **Zinserträgen** und den **Laufenden Erträgen** um 10,2 Mio EUR im Geschäftsjahr 2008. Durch rückläufige Margen im Kundenkreditgeschäft sind die Zinserträge, trotz gestiegenem Kundenkreditvolumens, um 0,4 Mio EUR gesunken. Insbesondere durch deutlich erhöhte Festgeldanlagen bei Kreditinstituten konnten die Zinserträge in diesem Segment um 7,9 Mio EUR gesteigert werden. Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden weiteten sich um 11,4 Mio EUR aus. Gründe hierfür liegen im gestiegenen Zinsniveau bis zum dritten Quartal 2008 und einem veränderten Anlageverhalten. Die Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten blieben nahezu unverändert.

Der Provisionsüberschuss war im Geschäftsjahr 2008 rückläufig. Es kam zu Rückgängen im Vermittlungsgeschäft mit Versicherungen und Bausparverträgen sowie mit dem Vertrieb von Investmentfondsanteilen.

Bedingt durch geringfügige Handelsaktivitäten mit Eigenemissionen konnte im Geschäftsjahr 2008 ein leicht positives **Handelsergebnis** ausgewiesen werden.

Innerhalb der **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich die Personalaufwendungen durch den Gehaltsanstieg aufgrund des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst mit Wirkung zum 1. Januar 2008. Dies konnte durch einen geringeren Mitarbeiterbestand im Geschäftsjahr 2008 nur teilweise kompensiert werden. Der Sachaufwand erhöhte sich durch gestiegene Mietaufwendungen und Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter. Im Geschäftsjahr 2008 haben sich die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 geringfügig reduziert.

Die Steuerzahlungen waren im Geschäftsjahr 2008 aufgrund des niedrigeren Gesamtergebnisses deutlich rückläufig.

Das reduzierte operative Ergebnis spiegelt sich auch in dem Anstieg des Aufwands-Ertrags-Verhältnisses wieder.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im vergangenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin gemäß § 11 des Kreditwesengesetzes aufgestellte Liquiditätsverordnung wurde stets eingehalten. Die errechnete Liquiditätskennzahl, die mindestens 1 betragen muss, lag im Jahresdurchschnitt bei 3,01 und zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2008 bei 1,91 (Vorjahr: 3,61). Die Zahlungsfähigkeit kann im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln sowie die vorhandenen Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten der Sparkasse als gewährleistet angesehen werden.

Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden ausreichende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Das Angebot im Rahmen des ESZB-Verfahrens Refinanzierungen in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen (Hauptrefinanzierungsgeschäfte) wurde genutzt. Für mögliche Inanspruchnahmen der von der Zentralbank eingeräumten Refinanzierungsangebote hat die Sparkasse Wertpapiere im Rahmen des Pfandpoolverfahrens verpfändet. Darüber hinaus stellt uns die Landesbank Hessen-Thüringen auf unserem laufenden Konto eine Liquiditätskreditlinie zur Verfügung.

Vermögenslage

Das Verhältnis des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG überschreitet – bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva und der operationellen Risiken gemäß Solvabilitätsverordnung per 31. Dezember 2008 – mit 13,23 % (Vorjahr: 12,4 %) deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Im Jahresdurchschnitt lag die Gesamtkennziffer bei 13,25 %. Die Ermittlung der Gesamtkennziffer erfolgt nach dem Kreditrisikostandardansatz, die Ermittlung der operationellen Risiken mit dem Basisindikatoransatz. Damit bietet die Eigenkapitalquote neben der Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen auch Spielraum für eine zukünftige Geschäftsausweitung.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personalbereich

Zum 31. Dezember 2008 hatten wir 1.113 Beschäftigte in unserem Haus. Diese Anzahl setzt sich aus 915 aktiv bankspezifisch Beschäftigten, 61 Auszubildenden, 1 Praktikant, 34 Raumpflegerinnen und aus 102 ruhenden Arbeitsverhältnissen zusammen.

Von den genannten Beschäftigten hatten zum Jahresende 2008 insgesamt 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Altersteilzeitvertrag mit der Sparkasse geschlossen, im Rahmen des Blockmodells befanden sich hiervon bereits 32 Beschäftigte in der Freizeitphase.

Dies ist eine Stichtagsbetrachtung zum 31. Dezember 2008 und weicht zu den Mitarbeiterzahlen im Bilanzanhang, in dem ein Durchschnittsbestand ausgewiesen wird, ab.

Ausbildung Personalqualifizierung und -entwicklung als wesentliche Bausteine der Personalarbeit

„Finanzplanung ist Lebensplanung“ - eine Beratungsphilosophie hält Einzug in der Sparkasse Oberhessen. Unsere Berater entwickeln Finanzkonzepte anhand der Lebensplanung ihrer Kunden, die ganzheitliche Beratung steht im Vordergrund. Dabei ist es uns wichtig, dass Kunden Vertrauen in unsere Sparkasse haben und die Glaubwürdigkeit der Berater in unser Leistungsangebot erhalten bleibt, Freude am aktiven Verkaufen, Verständnis und Einfühlungsvermögen kennzeichnen neben einem hohen Fachwissen die Mitarbeiter der Sparkasse Oberhessen.

Die Personalentwicklung verfolgt fünf Ansätze:

Führung

„Manche Menschen glauben, ein Baum müsse sogleich Früchte tragen, wenn man ihn pflanzt. Wir müssen ihn jedoch zuerst ein bisschen wachsen lassen“ - Gemäß diesem Motto unterstützen wir ganzjährig junge und erfahrene Führungskräfte in unserem Haus mit Führungstrainings und Coachings. Dabei ist es uns wichtig, die einzelne Führungskraft in ihren Stärken zu stärken, um die ihr übertragene Funktion authentisch (vor)leben zu können.

Vertrieb

Sparkassenberater übernehmen mehr und mehr die Funktion eines „Kunden-Coaches“: in einem persönlichen Beratungsgespräch geht es um die Erstellung eines Lebensplanungskonzepts für den Kunden. Der Beratungsprozess ist hierfür in drei Phasen aufgeteilt. Die erste Phase ist die Erstellung des Lebensplans, die zweite Phase beinhaltet die Beratung, dient also der Erstellung eines Finanzkonzepts. In der dritten Phase wird geprüft, ob das Finanzkonzept in Bezug auf den Lebensplan stimmt. Eine in diesem Sinn gestaltete Kundenorientierung garantiert uns eine nachhaltige Kundenbindung und Erhöhung der Kundenloyalität.

Kreditrisikosteuerung

In praxisintegrierten Analyseworkshops wurden sowohl Mitarbeiter der Kundensegmente Geschäfts- und Firmenkunden als auch die Mitarbeiter der Kreditsachbearbeitung geschult. Auch hier beziehen wir den Unternehmer = Kunde wieder in unsere Analyse mit ein. Gemeinsam mit ihm erarbeiten unsere Berater, was Unternehmensstrategie heute kann und was sie noch nicht kann. Einvernehmlich mit unserem Kunden schaffen wir Klarheit für sein Unternehmen hinsichtlich Managementaufgaben, Geschäftszweck und strategische Schlüsselfaktoren - damit helfen wir, mittelständische Unternehmen in der Region zu erhalten.

Persönlichkeitsentwicklung

„Das Ziel ist die authentische Persönlichkeit, d.h. die Gewinnung von natürlicher Autorität, an der sich andere Menschen orientieren können.“ Wir wollen mit Seminaren zur Persönlichkeitsentwicklung das Bewusstsein schaffen über die eigene Person, ihre Sonnen- und Schattenseiten, ihre Gewohnheiten und Verhaltensmuster, als Voraussetzung für eine zielorientierte Selbstführung und einen konstruktiven Umgang mit Mitarbeitern, Vorgesetzten oder Kunden.

Potenzialanalyse

Als Instrument zur Sichtung und Förderung von Potenzialen werden regelmäßig Assessment-Center für Auszubildende, Vertriebsmitarbeiter und (angehende) Führungskräfte durchgeführt.

Im Rahmen der jährlichen Geschäftsplanung ist es unsere Aufgabe, Qualifizierungsziele zu definieren und für deren Nachhaltigkeit in der Umsetzung zu sorgen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nach Ablauf des Geschäftsjahres 2008 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

Risikosteuerung

Risikomanagementziele

Im Rahmen der Realisation der Unternehmensziele der Sparkasse ist eine kontrollierte Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken unabdingbar.

In die Risikobetrachtung sind sämtliche wesentlichen Produkte, Dienstleistungen und Prozesse, die in der Sparkasse erstellt werden, sowie Dienstleistungen, welche die Sparkasse gemäß der Definition der MaRisk von Dritten bezieht, integriert.

Bei der Anlage des Sparkassenvermögens wird stets darauf geachtet, dass zum einen das eingegangene Risiko die - in Abhängigkeit von der Risikotragfähigkeit - budgetierten Risikodeckungsmassen nicht übersteigt und zum anderen das Vermögen unter Abwägung von Chancen und Risiken effizient allokiert wird.

In Erfüllung des § 25a KWG und der MaRisk sind geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken fester Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Diese Regelungen werden in einem Risikohandbuch der Sparkasse und den Risiko-Strategien der Sparkasse zusammengefasst dargestellt.

Risikomanagementprozess

Zu Beginn steht die Risikoidentifikation. Sie dient der Abgrenzung und Beschreibung des betrachteten Risikos.

Die Risikoprognose beinhaltet Aussagen im Zusammenhang mit der Ursache. Im Rahmen der Risikobewertung werden die sich daraus ergebenden Auswirkungen thematisiert.

Anschließend wird eine Kennzahl vergeben, welche die jeweilige Relevanz der Wirkung des Risikos auf das bilanzielle oder das ökonomisch erwartete Vermögen zum Betrachtungshorizont der Sparkasse beschreibt.

Die Risikolimitierung bringt innerhalb der Risikotragfähigkeit die Risikoneigung der Sparkasse zum Ausdruck. Vor jeder wesentlichen Entscheidung werden die Wirkungen auf Ertrag, Risiko und Limitsystem analysiert.

Im Rahmen der Risikokontrolle werden die Wirkungen der Risikosteuerung transparent gemacht. Mit ihren standardisierten Berichten verfügt die Sparkasse über geeignete Instrumente, mit denen ihre finanzielle Lage jederzeit mit hinreichender Genauigkeit bestimmt wird. Aus Gründen der Vorsicht werden risikoreduzierende Effekte zwischen den einzelnen Risikoarten nicht berücksichtigt.

Risikomanagementsystem

Der Gesamtvorstand ist für die Entwicklung der Unternehmens- und Risikostrategien sowie für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich. Ihm obliegt darüber hinaus die Verantwortung für die gesamte Risikoüberwachung.

Der Gesamtvorstand erörtert mit dem Verwaltungsrat die Risikostrategien, das Überwachungssystem sowie mittels der Limitauslastung und der Limitveränderungen die Risikosituation der Sparkasse.

Der Verwaltungsrat überwacht, ob der Vorstand die Risiken angemessen steuert und die in diesem Zusammenhang definierten sparkasseninternen Richtlinien ausreichend sind.

Das Risikosteuerungssystem umfasst alle Geschäftsbereiche der Sparkasse mit wesentlichen Risiken und gewährleistet eine integrierte Risikoüberwachung, die es ermöglicht, kurzfristig auf Veränderungen der marktmäßigen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Die einzelnen Elemente des Risikosteuerungssystems sind detailliert dokumentiert, werden regelmäßig überprüft und laufend weiterentwickelt.

Die Interne Revision beurteilt in Form von regelmäßigen Ex-post-Prüfungen die Angemessenheit und Wirksamkeit der gesamten Risikosteuerung.

Ausblick:

Ausblick 2009 und Prognosebericht

Als führendes Kreditinstitut unserer Region bieten wir unseren Kunden stets ein bedarfsorientiertes Produktangebot, kompetente Beratungsleistungen und maßgeschneiderte Lösungen in allen Finanzfragen. Ferner ist es unser Ziel, zusätzliche Markt- und Ertragspotenziale noch gezielter auszuschöpfen. Im Jahr 2009 werden wir konsequent an der kontinuierlichen Steigerung unseres Vertriebs Erfolges arbeiten. Ein weiteres zentrales Thema wird die Verbesserung unserer Prozesseffizienz und damit verbunden unserer Kosteneffizienz sein. Hierfür wird die Sparkasse Oberhessen ein Prozessmanagementsystem etablieren.

Dabei orientiert sich die Sparkasse Oberhessen an den Grundsatzzielen der Sparkassen-Finanzgruppe und wird ihre strategische Ausrichtung kontinuierlich an die veränderten Anforderungen der Finanzdienstleistungsmärkte anpassen und fortschreiben. Hierbei streben wir strategisch eine Aufwands-Ertrags-Relation von unter 60 % - die jedoch in den Jahren 2009 und 2010 nach unserer Planung kaum erreichbar ist - bzw. zumindest jeweils einen Wert innerhalb der besten 33 % der Sparkassen in Hessen an.

Für die Jahre 2009 und 2010 erwarten wir ein schwieriger werdendes Marktumfeld. Unsere Planungen orientieren sich an den Prognosen der Wirtschaftsexperten und den zu erwartenden Markt- und Wettbewerbsbedingungen.

Die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft haben sich nach der abermaligen Verschärfung der Finanzkrise im Herbst 2008 und der damit einhergehenden weiteren Eintrübung in der Weltwirtschaft markant verschlechtert. Zwar haben die inzwischen ergriffenen Rettungsaktionen in vielen Ländern eine breite Grundlage geschaffen um die

globale Vertrauenskrise einzudämmen, allerdings sind nach Analysen der Deutschen Bundesbank auch im weiteren Verlauf des Jahres 2009 die Belastungsfaktoren als hoch einzuschätzen. Erst im Zuge der erwarteten weltwirtschaftlichen Belebung im Jahr 2010 dürfte die deutsche Wirtschaft wieder an Schwung gewinnen.

Die Deutsche Bundesbank kommt in ihrer Einschätzung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu dem Ergebnis, dass sich die widrigen außenwirtschaftlichen Bedingungen verstärkt auf die Investitionstätigkeit auswirken werden. Vom privaten Verbrauch werden keine nennenswerten Impulse erwartet. Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad wird entsprechend deutlich zurückgehen. Angesichts der zunehmenden Unsicherheit über die zukünftige Einkommenssituation wird das Vorsichtsmotiv wieder stärker in den Vordergrund treten. Deshalb ist davon auszugehen, dass sich trotz der ungünstigen Rendite für Finanzanlagen der Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte fortsetzt. Damit wird sich die prognostizierte Verbesserung der Realeinkommen vermutlich kaum in einer Ausweitung des privaten Verbrauchs zeigen. Zudem ist von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit auszugehen.

Die Teuerungsrate wird wegen Preiskorrekturen bei Energieträgern und Nahrungsmitteln zunächst weiter nachlassen, ab Herbst 2009 aber wieder steigen, wenn die Basiseffekte auslaufen und sich die höheren Lohnkosten bei dann besserer wirtschaftlicher Lage vermehrt bemerkbar machen.

Die folgenden Analysen beruhen auf Erwartungen der Sparkasse. Die tatsächlichen Verhältnisse können von der voraussichtlichen Entwicklung abweichen. Wie dargestellt, verfügt die Sparkasse über Instrumente und Prozesse, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und gegebenenfalls steuernd zu handeln.

Trotz der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation wollen wir weiterhin im gewerblichen Kreditgeschäft ein angemessenes Wachstum zur Stärkung unserer Marktanteile und eine Steigerung der Ertragspotenziale erreichen. Dabei richten wir unseren Fokus auf die adäquate Bepreisung der geschäftstypischen Risiken und die nachhaltige Begrenzung des Bewertungsergebnisses im Kreditgeschäft. Bei den Finanzierungen im Privatkundenbereich, hier insbesondere im Wohnungsbau, und im kommunalen Bereich sowie im Passivgeschäft mit Kunden rechnen wir mit einem moderaten Wachstum. Bei den Eigenanlagen planen wir, den aus der Finanzmarktkrise weiterhin resultierenden Verwerfungen mit einer risikoreduzierenden Anlagepolitik zu begegnen. Im bilanzneutralen Dienstleistungsgeschäft rechnen wir aufgrund der allgemeinen Verunsicherung aus der Finanzmarktkrise mit einem eher verhaltenen Wertpapiergeschäft.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und der sich weiter verschärfenden Wettbewerbsintensität rechnen wir in 2009 und 2010 mit einer Belastung des Zinsüberschusses und damit verbunden des Betriebsergebnisses vor Bewertung. Dem könnte ein Ansteigen der Zinsstrukturkurve und die dadurch möglichen höheren Fristentransformationserträge entgegen wirken. Die Verwerfungen aus der Finanzmarktkrise und die hohen Volatilitäten an den Geld- und Kapitalmärkten lassen hierzu aber keine seriösen Schätzungen zu. Die Verwaltungsaufwendungen werden in 2009 vermutlich leicht ansteigen, was auf den bestehenden Tarifabschluss im öffentlichen Dienst zurückzuführen ist. Für das Jahr 2010 sehen wir Chancen auf einen leichten Rückgang im Personalaufwand. Die investiven Maßnahmen der Sparkasse beschränken sich weitgehend auf Neuerrichtungen von zwei KompetenzCentren.

Damit setzen wir ein Zeichen dafür, dass auch zukünftig der stationäre Vertriebsweg für unser Haus von erheblicher Bedeutung sein wird.

Risiken für die Geschäftsentwicklung können sich aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den möglichen Auswirkungen insbesondere auf die Unternehmensergebnisse und den Arbeitsmarkt ergeben. Zudem sehen wir ein weiteres Risiko bei einer wieder einsetzenden Verflachung der Zinsstrukturkurve. Andererseits ergeben sich aus der aus dem Absinken der kurzfristigen Zinsen resultierenden steileren Zinsstrukturkurve Chancen, weitere Erträge aus der Fristentransformation zu generieren. Auch der Wettbewerb auf dem Bankenmarkt und der damit verbundene Druck auf Margen und Provisionserlöse zur Deckung der Zahlungsverkehrskosten können Risikofaktoren für die Ertragslage darstellen. Kritisch beurteilen wir das Angebotsverhalten verschiedener Banken, die aktuell staatliche Hilfen in Anspruch genommen haben und mit aggressiven Preisangeboten im Privatkundenmarkt agieren. Im Aufwandsbereich sind als Risikoindikatoren die steigenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen, mit entsprechendem Personalbedarf, sowie steigende Kosten für Gebäude, Energie und Datenverarbeitung zu nennen.

Da die Finanzmarktkrise bereits die Realwirtschaft erfasst hat, ist mit einer Zunahme von Insolvenzen und damit verbunden von Wertberichtigungen und Ausfällen im Kreditgeschäft zu rechnen. Eine weitere Verschärfung der Liquiditätsverknappung an den Geld- und Kapitalmärkten kann wegen der davon abhängigen Bewertung der Wertpapierbestände ein Risiko für die Ertragsentwicklung bedeuten. Dem gegenüber besteht bei einer Erholung der Geld- und Kapitalmärkte die Chance, Erträge im Wertpapiergeschäft zu generieren.

Die Sparkasse begegnet diesen belastenden Tendenzen aktiv. Im Jahr 2009 wird ein Prozessmanagementsystem eingerichtet, dass zu einer höheren Prozess- und Kosteneffizienz führen soll. Aufgrund ihrer Größe und der auf den Vertrieb ausgerichteten Aufbau- und Ablauforganisation sollen Synergien erzielt werden. Diese liegen in der Realisierung von Einsparungspotenzialen bei den Verwaltungsaufwendungen durch Abbau von Redundanzen und Nutzung von Degressionseffekten sowie in der Ausschöpfung zusätzlicher Ertragspotenziale im Kundengeschäft durch Vertriebsaktivierung und Spezialisierung im Vertrieb begründet.

Sonstige Beteiligungen
Mitgliedschaften in Verbänden und Vereinen
(Stand zum 31.12.2008)

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
AG Deutsche Sportämter	Landrat Marx	Mitglied	1995	55,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
AG Hessischer Sportämter	Frau Scherer	Mitglied	2000	0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Agentur für Arbeit	Landrat Marx	Mitglied Verwaltungsausschuss (stellv. Mitglied Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen)			Landrat
Arbeitskreis Jugendzahn-pflege	Frau Meudt + Herr Dr. Reygers	Mitglied Mitglied	1992	0,00	Gesundheitsamt
AZN - Ausbildungszentrum für Naturschutz - Förderverein Kirtorf e.V.	Kreisbeigeordneter Diening	Mitglied Vorstand	1996	Zuwendung + Mitgliedsbeitrag 1.023,00	Schulverwaltungsamt / Amt CFWN
B 24 - Beratungsstelle für Schüler und junge Arbeitslose	Frau Lucas	fachliche Zusammenarbeit	1996	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 10.240,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Bildungszentrum für Elektrotechnik e.V.	Landrat Marx bzw. Vertreter Landrat KA	Mitglied	1970	307,00	Amt für Finanzen
Caritasverband Gießen e.V.	kein Vertreter	Vertrag mit AfJS zur Durchführung der Sozialpädagogischen Familienhilfe		0,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
CIP-Anwendergemeinschaft Hessen	Herr Braun	Mitglied (z.Z. nicht aktiv)	2001	0,00	Kreiskasse

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Deutscher Verband für Facility Management e.V.	Herr Keil	Korrespondierendes Mitglied	2005	250,00	Amt für Gebäude-management
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	wird i.d.R. auf HLT del.	-	1985	466,00	Amt für soziale Sicherung
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	Amtsleiter Amt für Jugend, Familie und Sport	Mitglied (Mitgliedschaft ist Voraussetzung für Tätigkeit der Beistände)		1.459,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Jugendherbergswerk LV Hessen e.V.	NN	Mitglied		511,00	Amt für Jugend, Familie und Sport
Deutsches Rotes Kreuz, Ortsverband Lauterbach	Dr. Reygers	als Kreisarzt	2008	0,00	Gesundheitsamt
Deutsches Seminar für Tourismus Berlin	Landrat Marx	Mitglied Kuratorium	2000	0,00	Landrat
Deutsche Vulkanologische Gesellschaft e.V.	Landrat Marx	Mitglied	2008	60,00	Amt CFWN
DRK Kreisverband Alsfeld	Landrat Marx	stellv. Vorsitzender			Landrat
Fachverband der Kommunal-kassenverwalter e.V.	Herr Braun	stellv. Landesvorsitzender	1970	50,00	Kreiskasse
Geschichts- und Museums-verein Alsfeld e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied kraft Amtes	1951	150,00	Amt für Finanzen
GVV - Kommunalversicherung	Landrat Marx	Regionalbeiratsmitglied		Vers.-Beiträge nach Vers.-Schutz	Landrat
Helios Kliniken GmbH	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. AG für Gesundheits-erziehung Marburg e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1973	512,00	Gesundheitsamt

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Hess. Akademie für musisch kulturelle Bildung	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Hess. Akademie für Forschung/Planung im ländlichen Raum e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Fink	Mitglied Beirat	1990	511,29	Amt für Finanzen
Hess. Arbeitgeberverband	Landrat Marx	Vertreter kraft Amtes		3.803,50	Hauptamt
Hess. Fürsorgeverein für Körperbehinderte e.V.	nach Bedarf	-	1982	41,00	Amt für soziale Sicherung
Hess. Landesdenkmalrat	kein Vertreter	-		0,00	Bauamt
Hess. Museumsverband Kassel	Landrat Marx	Mitglied	1954	76,00	Amt für Finanzen
Hess. und Deutscher Landkreistag	verschiedene Vertreter in verschiedenen Gremien	-		46.704,00	Hauptamt
Hilfe für das verlassene Kind e.V.	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Hess. Volkshochschulverband e.V.	Herr Oer	Mitglied	2003	1.876,09	Amt für vhs
Hohhausmuseum Lauterb e.V.	Landrat Marx - Vertretung durch Kbg Meyer	Mitglied Vorstand kraft Amtes	1951	150,00	Amt für Finanzen
Jugend- und Drogenberatungsstelle	Kreisbeigeordnete/r Kreistagsabgeordnete/r Kreisbeigeordnete/r	Mitglied Kuratorium Mitglied Vertreterversammlung Mitglied Vorstand	1982	Zuschüsse entsprechend Gremienbeschlüsse	Amt für soziale Sicherung
Jugendhilfe Land e.V. Groß-Felda	Landrat Marx	Mitglied	1952	0,00 <u>Zuschuss VBK:</u> 1.000,00	Amt für Jugend, Familie und Sport

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen, Gießen	Frau Weber	Mitglied Verbandsversammlung	1993	2.631,82	Hauptamt
Kreisfeuerwehrverband	Landrat Marx	Mitglied	1973	<u>Zuwendung VBK:</u> 8.200,00	Allgemeine Gefahrenabwehr
Kulturförderkreis Mittelhessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1992	25,60 <u>Zuwendung VBK:</u> 3.570,00	Amt für Finanzen
Laborgemeinschaft Giessener Ärzte	Frau Meudt	Mitglied	1982	einmalige Einlage 2.000,00 DM	Gesundheitsamt
Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung Hessen e.V.	Herr Herget	Mitglied	2002	20,00	Amt für soziale Sicherung
Landesbank Hessen-Thüringen	Landrat Marx	stellvertr. Verwaltungsratsmitglied			Landrat
Landesverband des Wasser- und Bodenverbandes in Hessen	kein Vertreter	Mitglied (ab 2003 Ruhen der Mitgliedschaft)	1951/53	0,00	Amt für Finanzen
Landeswohlfahrtsverband	Landrat Marx	Mitglied Verbandsversammlung Ausschuss für Soziales und Jugendhilfe			Landrat
Lebenshilfe für Behinderte e.V., Alsfeld	nach Bedarf	Mitglied	1982	51,00	Amt für soziale Sicherung
Lebenshilfe für Behinderte e.V., Lauterbach	nach Bedarf	Mitglied	1982	51,00	Amt für soziale Sicherung
Marketing-Projekt der hess. Volkshochschulen (über hvv)	Herr Oer	Mitglied	2003	592,96	Amt für vhs

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Migrationsrecht.net	Herr Schrimpf, Frau Geisel, Frau Kretschmer, Frau Dietz	Mitglied	2006	285,60	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Naturlandstiftung Vogelsberg e.V.	NN	Mitglied Vorstand	1985	250,00	Amt CFWN
Natur- und Lebensraum Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Vorstandsmitglied			Landrat
Netzwerk Migration Vogelsberg	Herr Schrimpf	Mitglied	2006	0,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Oberhessen Gas	Landrat Marx	Beiratsmitglied			Landrat
Präsidium der Planungsversammlung Regionalversammlung	Herr Künz (Präsident) Herr Kopp (Mitglied)	Mitglied	1983	Umlage rd. 7.000,00	Amt für Finanzen
Radio im Vogelsberg e.V.		Mitglied		30,00	Amt CFWN
Schutzgemeinschaft Vogelsberg	Landrat Marx	Mitglied	1990	130,00	Amt CFWN
Stiftung Heilanstalt für Kranke	Frau Meudt	beratendes Mitglied		0,00	Gesundheitsamt
Unfallkasse Hessen	Landrat Marx			71.534,07	Hauptamt
Verband Deutscher Naturparke	Landrat Marx	Vorsitzender AG Hess. Naturparke			Landrat
Verein Behindertenhilfe e.V.	Kreistagsabgeordnete/r	Mitglied Vertreterversammlung			Amt für soziale Sicherung

Institution	Name des Vertreters	Position des Vertreters	Mitglied seit	Jahresbeitrag €	Amt
Verein Bonifatius-Route e.V.	Herr Greb	Mitglied des Vorstandes	2003	200,00	Amt CFWN
Verein für Strukturverbesserung im Vogelsberg e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1973	61,36	Amt für Finanzen
Verein Klimabündnis e.V.	kein Vertreter	Mitglied	1993	583,80	Amt CFWN
Verein Mitte Hessen e.V.	Landrat Marx	Mitglied im AK Leitbildprozess Verein Mitte Hessen e.V.	2006	20.000,00	Amt CFWN
Verein Rotes Höhenvieh e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	35,00	Amt für den ländlichen Raum
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Frau Meudt	Mitglied	1987	51,13	Gesundheitsamt
Verein zur Förderung der Jugend- und Drogenberatungsstelle e.V.	Landrat Marx	Mitglied	1987	52,00	Amt für soziale Sicherung
Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	kein Vertreter		1998	386,00	Amt für Aufsichts- und Ordnungsangelegenheiten
Verkehrsgesellschaft Oberhessen	Landrat Marx	Aufsichtsratsmitglied			Landrat
Weiterbildungsdatenbank Vogelsberg (über VB Consult)	Herr Oer	Mitglied	2003	138,52	Amt für vhs
Weiterbildung Hessen e.V.	Herr Oer	Mitglied	2008	575,00	Amt für vhs

Die Informationen basieren auf Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetriebe, Verbände und Vereine und betreffen das Haushaltsjahr 2008.

Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.

© Kreisausschuss des Vogelsbergkreises 2009

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreisausschuss des Vogelsbergkreises

Goldhelg 20

36341 Lauterbach

Telefon: 06641 / 977-0

Telefax: 06641 / 977-336

Homepage: www.vogelsbergkreis.de